

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle  
 oder deren Raum 40 Pf. für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Paul I., Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 15. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### An die Parteigenossen!

Durch Beschluß des Parteitages in Hamburg ist als Sitz der Parteileitung Berlin bestimmt worden. Damit hat die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses ihr Ende erreicht. Für das laufende Jahr sind die Unterzeichneten mit der Leitung der Parteigeschäfte betraut worden. Entsprechend den Bestimmungen des Organisationsstatuts hat sofort im Anschluß an die Wahl die Konstituierung der Parteileitung stattgefunden, bei welcher Gelegenheit nachstehende Beschlüsse gefaßt wurden:

Die Adresse des Parteibüros ist von nun an:  
 J. Kuer, Berlin SW., Kaybachstr. 9.  
 Sämtliche für den Parteivorstand bestimmte Briefe und sonstigen Zusendungen sind nur an die vorstehende Adresse zu richten.

Alle Geldsendungen dagegen sind nur an den Parteikassierer  
 Albin Gerisch, Berlin SW., Kaybachstr. 9,  
 zu adressieren.

Beschwerden über den Parteivorstand oder dessen Geschäftsführung sind an

Heinrich Meißner, Hannover, Pferdestr. 9,  
 einzusenden.

Parteigenossen! Nach den Bestimmungen des § 4 des Organisations-Statuts hat die Neuwahl der Vertrauenspersonen alljährlich im Anschluß an den Parteitag stattzufinden. Wir richten deshalb an Euch das Ersuchen, die Neuwahlen überall wo sie notwendig sind, schleunigst vorzunehmen und von dem Ergebnis derselben unter genauer Angabe der Adresse des Gewählten dem Parteivorstand unter der oben angegebenen Adresse Mitteilung zu machen.

Nach die Vertrauenspersonen jener Orte, welche im neuen Jahre die Parteigeschäfte wie bisher weiter besorgen, werden ersucht, davon dem Parteivorstand Mitteilung zu machen, damit das Adressenverzeichnis auf dem Laufenden gehalten werden kann und Irrthümer vermieden werden. Die Vertrauenspersonen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht genügt, wenn ihre Neuwahl in irgend einem Partei-Organ veröffentlicht wird. Bei der großen Zahl unserer Presseorgane ist es ausgeschlossen, daß seitens des Parteivorstandes eine so genaue Kontrolle stattfindet, um jede Notiz über etwa erfolgte Wahl von Vertrauenspersonen feststellen zu können.

Die Wahlen der Vertrauenspersonen haben in öffentlichen Parteiversammlungen stattzufinden, zu denen jedermann Zutritt hat, der sich zu den sozialdemokratischen Grundföhen bekennt.

Wo solche Versammlungen nicht stattfinden können, sei es, weil die Genossen kein Lokal bekommen, oder weil, wie in Mecklenburg, sozialdemokratische Versammlungen überhaupt nicht geduldet werden, da genügt es, wenn die Parteigenossen sich privatim verständigen, und einen aus ihrer Mitte als Vertrauensperson in Vorschlag bringen.

Parteigenossen! In das begonnene Geschäftsjahr fallen die Reichstagswahlen. Dieselben stellen die höchsten Anforderungen an die Gesamtpartei wie an jeden Parteigenossen. Die Parteileitung wird auch im neuen Jahre ihre Pflicht erfüllen, wir erwarten, daß Eurerseits das gleiche geschieht.

Vorwärts trotz alledem!  
 Hoch die internationale Sozialdemokratie!  
 Berlin, den 15. Oktober 1897.

Für die Parteileitung:  
 August Bebel, Paul Singer,  
 Vorsitzende.  
 J. Kuer, W. Pfannkuch, Schriftführer.  
 Albin Gerisch, Kassierer.

### Die politische Justiz.

Von einer politischen Polizei haben wir seit Jahrzehnten gehört; und jeder gebildete Mensch auf der ganzen Erde weiß, daß der üble Ruf und Geruch, der dem an sich so nützlichen, ja notwendigen Institut der Polizei anhaftet, einzig und allein daher rührt, daß die Polizei zu politischen Parteizwecken benutzt wird.

Die Dienste, welche die sogenannte „politische Polizei“ der Reaktion leistet, lassen die heilsame, ja geradezu unentbehrliche Tätigkeit der Wohlfahrts- und Sicherheitspolizei ganz in den Hintergrund treten.

Wie die Reaktion sich der Polizei bemächtigt hat, so sucht sie sich auch der Justiz zu bemächtigen. Polizei und Justiz sind die zwei Werkzeuge, auf welche sie hauptsächlich rechnet. Nur daß die Justiz, weil sie nicht einfache Verwaltungssache ist, nicht so bequem sich am Schnürchen lenken läßt, wie die Polizei, welche der herrschenden Regierungspartei blinden, militärischen Gehorsam zu leisten hat. Indes auch die Justiz ist, trotz der stereotyp auf dem Papier verbürgten Unabhängigkeit der Richter, dem Einfluß und Druck der herrschenden Parteien unterworfen, umso mehr, da man dieselben ja nicht verhindern kann, selbst in die Justiz einzudringen.

Sogar in England, wo das germanische Volkrecht niemals aus der Justiz entfernt werden konnte, ist diese Unterjochung der Justiz während längerer Zeit dem Absolutismus

gelingen. Man lese nur die Geschichte der Sternkammer, jenes englischen Reichsgerichts, das durch seine Rechtsprechung den Haß gegen den Absolutismus dermaßen gesteigert hat, daß die blutige Katastrophe des Jahres 1648 unvermeidlich wurde. In Macaulay's „Geschichte Englands“ findet sich das nähere über die Sternkammer, die im Interesse der Machthaber das Recht beugte und die Justiz zur Handlangerin fürstlicher Pannen herabwürdigte. Ihr und ihren Richtern ist die Unsterblichkeit der Familie zu theil geworden.

Auch nach der englischen Revolution hat der Absolutismus noch zu verschiedenen Malen die Justiz in England sich zu unterwerfen gesucht, jedoch stets nur mit kurz dauerndem Erfolg. Und mit gutem Grund betrachtet der Engländer die Justiz seines Landes heute als eins der Hauptbollwerke der Freiheit.

In Deutschland, wo das selbständige Volksleben im Mittelalter erblüht und das lebendige deutsche Volkrecht durch das todte lateinische Schreiberrecht ersetzt ward, hatte die Justiz dem Absolutismus gegenüber weniger Widerstandskraft als in England. Von Freiheitskämpfen, siegreich angefochten in Gerichtshöfen hat die deutsche Geschichte wenig zu melden. Desto mehr von Tendenzprozessen, in denen der Wille der Machthaber oberstes Gesetz war und das, was das Volk als Recht betrachtete, in sein Gegenteil verkehrt wurde.

Von der Zeit der Demagogenprozesse an unter Metternich sehen wir, wie die Reaktion mehr und mehr danach trachtet, die Justiz in ihrem Sinne umzugestalten, sie zu politischer Parteilosigkeit heranzuziehen, — mit einem Wort: eine politische Justiz zu schaffen.

Politik und Justiz sind aber einander entgegengesetzt wie Feuer und Wasser. Die Politik bedingt den Parteilampf, die Justiz heißt Parteilosigkeit. Die Politik sagt: wer nicht für mich ist, ist wider mich und mein Feind. Die Justiz sagt: Es giebt keine Freunde und Feinde, es giebt nur ein Recht, und nur ein Recht. Die Politik sagt: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Und die Justiz sagt: —

„Doch was hat denn Herr Schönstedt, der neueste preussische und Reichs-Justizminister voriges Jahr in dem Reichstag gesagt?“

„Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.“  
 Die Justiz ist zur Politik gekommen, die Justiz ist politisch geworden. Der Justizminister hat durch dieses denkwürdige Wort bewußt oder unbewußt vor aller Welt die Thatsache zum Ausdruck gebracht, daß im neuesten deutschen Reich unter dem Säckelmeißel die Justiz sich nicht immer frei von den Einflüssen der Politik hält.

Und das dies wirklich der Fall, wer könnte angesichts der stets sich mehrenden politischen Prozesse und Verurtheilungen politischer Gegner es bezweifeln?

Was Metternich begann und Bismarck mit höchstem Eifer fortsetzte, — das ist heute ein vollendeter Bau: die politische Justiz, diese logische Ergänzung der politischen Polizei.

Die politische Polizei und die politische Justiz sind die zwei Säulen der Fänge, mit der jeder Gegner der Reaktion gefaßt werden kann. Wer von der Polizei nicht zu packen ist, verfällt ohne Gnade der Justiz; beide Säulen der Reaktionszange arbeiten so gut zusammen, daß es schlechterdings kein Entkommen giebt.

Was die politische Polizei ist, das zeigt uns der unvergleichliche Ledert-Pühow-Tausch-Prozess. Was die politische Justiz ist, das zeigen uns die Prozesse Liebknecht und Stenzel.

Im Prozeß Liebknecht ist festgestellt worden, daß in Deutschland ein jeder Mensch der Majestätsbeleidigung schuldig ist, der eine kritische Bemerkung macht, die von irgend einem anderen Menschen auf den deutschen Kaiser bezogen werden kann. Da nun ein jeder Mensch mit einiger Phantasie je die Neugier auf jeden und jedes begehren kann, und da es kein Gebiet giebt, auf welchem ein vielseitiger Monarch sich nicht äußert oder äußern kann, so ist durch das Urtheil des Reichsgerichts im Prozeß Liebknecht festgestellt, daß in Deutschland über jeder die innere Politik betreffenden kritischen Bemerkung das Guillotinmesser des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen hängt. Ja noch mehr: auch über jeder anderen kritischen Bemerkung, die irgend ein nicht politisches Gebiet, das der Monarch öffentlich betritt, hängt das Guillotinmesser der Majestätsbeleidigung. Wir sagen: jeder! Der Richter, der mit Hilfe des dolus eventualis jede den Machthabern des Augenblicks unangenehme Aeußerung nach der gegen Liebknecht angewandten Schablone nicht spielend zur Majestätsbeleidigung stempeln kann, muß verurteilt tiefmütterlich von der Natur ausgestattet sein.

Also das Feld der inneren Politik wäre von der politischen Justiz der feindlichen Kritik glücklich verschlossen. Blicke das Feld der auswärtigen Politik.

Wohlan, auch hier hat die politische Justiz ihre Schuldigkeit getan. Am Vorabend des Schlusssatzes im Prozeß Liebknecht füllte die politische Justiz in Hamburg die Lücke aus. Und zwar mit einer Schwimmglast, die offenbar berechnet ist, unserem „schwachenwärtigen Jahrhundert“ zu impouieren. Nur daß die böse Sozialdemokratie so gute Nerven hat!

Acht Monate Gefängniß für Beleidigung des Königs von Belgien!  
 Der Majestätsbegriff ist erweitert und gewissermaßen exportirt, internationalisiert — er ist über die nationalen

Grenzen hinaus ausgereicht und gilt nicht mehr bloß für Deutschland, sondern für die ganze Welt — alle Monarchen der Welt sind unter den Schutz des deutschen Majestätsbeleidigungs-Paragrafen gestellt.

„Deutschland marschirt an der Spitze der Zivilisation“ — des Preßknebel.

Dem eine Knebelung der Presse, schlimmer als unter Metternich und Bismarck — ist die Anwendung des Majestäts-Paragrafen, wie im Prozeß Liebknecht und die Erweiterung des Majestätsbegriffs, wie im Prozeß Stenzel.

Vorüber kann man ohne Gefahr schwerer Verurtheilung da noch in Deutschland schreiben?

Die ganze innere Politik verschlossen durch das Leipziger, die ganze äußere Politik verschlossen durch das Hamburger Urtheil!

Mag sein, daß König Leopold in dem Fall, der zu dem Prozeß Stenzel den Anlaß gab, nicht schuldig war, aber ist er nicht ein Monarch, dem derlei Geschäfte zuzutrauen sind? Hat er — gleich allen seinen Verwandten — nicht stets die Politik mit dem Geschäft zu vereinigen gewußt? Ist es nicht er gewesen, daß er bei der Gründung des Kongo-Staates mit großen Kapitalien interessiert war und kommerziell spekuliert hat? Hat ein Brüsseler Blatt, der „Peuple“, nicht Briefe autographisch veröffentlicht, die über die höchst bedeutlichen Geschäftspekulationen des Königs der Belgier das hellste Licht verbreiteten? Und hat der König es nicht unterlassen, den „Peuple“ vor die Schranken des Gerichts zu laden? In Belgien herrscht eben Pressefreiheit und das absolute Recht der Vertheidigung.

König Leopold mußte nach Deutschland flüchten, um Ankläger und Richter für seine beleidigte Majestät zu finden.

Ja, eine Majestät! König Milan von Serbien ist eine Majestät. König Alphons von Spanien ist eine Majestät. Zar Nikolaus II. von Rußland ist eine Majestät. Königin Viktoria von England ist eine Majestät.

Ent, wer in Zukunft die Beutelschneidereien und Orgien des dicken Milan kennzeichnet — acht Monate Gefängniß.

Wer die Grenel von Montjuich brandmarkt — acht Monate Gefängniß.

Wer die „russischen Grenel“ in Polen, die Massen-Verhaftungen nach Sibirien, die Todthungerung hunderttausender von Unterthanen „Bäckerhens“ nach Gebühr beurtheilt — acht Monate Gefängniß.

Wer die englischen Grenel in Indien, die Pest und den Hungertyphus unter dem milden Szepter der Kaiserin von Indien“ an den Pranger stellt — acht Monate Gefängniß.

Mit Hilfe des dolus eventualis ist's kinderleicht, jede Kritik, auch die maßvollste und sachlichste, zu einer Majestätsbeleidigung zu drehen — und dann acht Monate Gefängniß!

Vor der französischen Revolution rief Figaro aus: „Mit Ausnahme des Monarchen, des Pöbels, des Adels, der Geistlichkeit, der Politik und der Religion darf die Presse von allem frei sprechen.“

Die Presse war damals in Frankreich noch freier als heute in Deutschland. Der Majestätsbeleidigungs-Paragraf, die Internationalisierung des nationalen Majestätsbegriffs und der dolus eventualis haben der deutschen Presse auch nicht das kleinste und verborgenste Gächchen gelassen, wo sie vor dem Strafrichter sicher wäre.

Und das deutsche Volk? Der deutsche Reichstag? Wie lange noch werden solche Zustände geduldet?

Ist die politische Polizei schon schlimm, tausendmal schlimmer ist die politische Justiz.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, 14. Oktober.

**Die Militär-Strafprozess-Reform.** Aus den Chaos unklarer und einander widersprechender Nachrichten über Stand und Aussichten der Reform des Militär-Strafverfahrens hat sich jetzt endlich ein Bestimmtes, Greisbares herausgebildet. Die allgemeine Mißstimmung darüber, daß nicht einmal Aufschluß gegeben wurde, wie weit oder auch wie wenig weit denn eigentlich diese so wichtige Angelegenheit gediehen sei, und das allgemeine Verlangen nach endlicher Aufklärung hat nun zu einer Auskunftsertheilung seitens des bayerischen Kriegsministers, Herrn v. Asch, geführt.

Allerdings, viel hat Herr v. Asch auf die im Finanzanschluß des Landtages an ihn gerichteten Anfragen nicht verathen, ist doch den Mitgliedern des Bundesraths die Geheimhaltung der betreffenden Verhandlungen vorgeschrieben, sobald der bayerische Kriegsminister nur sehr allgemeine Angaben zu machen in der Lage war. Nachdem Herr v. Asch in einer Sitzung des Finanzanschlusses am Dienstag eine nähere Auskunftsertheilung gänzlich abgelehnt hatte, gab er in der geistigen Sitzung namens der bayerischen Regierung folgende Erklärung ab:

Da der Entwurf der Militär-Strafprozess-Ordnung ausdrücklich als „geheim“ bezeichnet wurde, sind der bayerischen Regierung für ihre Mittheilungen über den Gang und den derzeitigen Stand der Angelegenheit sehr enge Grenzen gezogen. In formeller Beziehung kann nur mitgetheilt werden, daß die bisherigen Verhandlungen sich auf Ausschüßberatungen beschränkt haben, welche noch nicht vollständig zum Abschluß gediehen sind, und daß eine Verathung im Plenum des Bundesraths noch nicht stattgefunden hat. Hinsichtlich der Gestaltung des



Inhalts der Militär-Strafprozess-Ordnung hat sich die bayerische Regierung im Laufe der Beratungen auf den Boden des Landtags-Abschlusses vom 28. Mai 1892 gestellt und demgemäß die in der bisherigen bayerischen Militär-Gesetzgebung und Militär-Strafprozess-Ordnung enthaltenen Grundsätze, insbesondere jene über Gerichtsorganisation, die Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Hauptverfahrens, insoweit sich diese Grundsätze durch Erfahrung erprobt hatten, mit Nachdruck vertreten. Nicht minder ist die bayerische Regierung für Wahrung der bayerischen Reservatrechte in vollem Umfange eingetreten und wird dies mit Festigkeit auch in den weiteren Stadien der Verhandlungen thun. Eine Mittheilung über das bei den bisherigen Verhandlungen Erreichte und über die noch in der Schwebe befindlichen Punkte vermag bei dem gegenwärtigen Stande der Sache nicht gemacht werden. Zu irgend einer Beurlaubung ist für Bayern kein Anlaß gegeben. Sollte eine gemeinsame Militär-Strafprozess-Ordnung für das Reich nicht zu Stande kommen, verbleibt es in Bayern bei dem bestehenden Gesetze. Eine reichsrechtliche Regelung kann aber ohnehin nicht stattfinden, ohne daß die Volksvertretung im Reichstage gebührend zu Worte kommt.

So wissen wir denn, daß die Beratungen über die Neugestaltung des Militär-Strafprozesses bisher noch nicht über den militärischen Ausschuß des Bundesraths hinaus gediehen sind. Das Plenum hat sich noch gar nicht damit beschäftigt. Im Ausschuß liegt die Sache fest, dort kann man zu keinem Resultat gelangen.

Die Gründe für diesen Stillstand der Beratungen gehen aus dieser Antwort des Kriegsministers nicht mit völliger Klarheit hervor. Sehr bemerkenswerth ist ja die Betonung der bayerischen Reservatrechte, welche sich in der Hauptsache bekanntlich auf den besondern obersten Militärgerichtshof beziehen. Aber die Darlegung des Herrn v. Mich läßt keineswegs erkennen, ob die Grundsätze, welche Bayern bezüglich der Gerichtsorganisation, der Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Hauptverfahrens im Bundesrathsausschuss vertreten hat, auf Widerspruch gestossen sind oder nicht. Es ist nach wie vor ungewiß, ob nur die Wahrung der bayerischen Reservatrechte oder zugleich der Inhalt der Reform selbst der Anlaß zur Stockung der ganzen Frage gegeben hat.

Wie dem aber auch sei: die Ausführungen des Kriegsministers deuten wohl die Ursachen der heillosen Verschleppung dieser Angelegenheit an, aber sie entschuldigen dieselbe in keiner Weise.

Die Frage, ob Bayern jenes behauptete Reservatrecht wirklich zukommt, konnte seit Jahren entschieden werden; würde sie zu Gunsten Bayerns entschieden oder gedächte man, auch wenn Bayern kein formelles Recht besitzt, ihm aus Nachgiebigkeit seine Sonderwünsche zu erfüllen, so wäre das Neben- und Nebeneinanderbestehen von zwei obersten Gerichtshöfen ein unvergleichlich geringerer Nachtheil gegenüber dem Nichtzustandekommen der Reform überhaupt.

Die Vorlegungen des bayerischen Kriegsministers bestärken nur die Auffassung, daß gewisse Kreise das bayerische Reservatrecht als Deckmantel für ihre Absicht benutzen, die Reform womöglich ganz zu hintertreiben. Man weiß ja zur Genüge, wie abhold man im kaiserlichen Militärkabinet einer Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung ist, wie sie der Reichskanzler versprochen hat.

Aber dynastische Reservatrechte und Eigenstimmigkeiten einiger hoher Offiziere dürfen nicht auf die Dauer die Erfüllung einer so dringlichen Reform hindern. Schluß genug, daß sie so ungeheuerliche Verschleppungen verursachen konnten. Offenlich macht der Reichstag diesem Treiben endlich ein Ende. In den Schlussworten der Ausführungen des bayerischen Kriegsministers kommt ja dieser Wunsch zum Ausdruck.

Thut es der Reichstag nicht, so wird es das Volk selbst thun, wenn es bei der nächsten Wahl das Urtheil spricht über die Politik der letzten Jahre.

**Die Marinevorlagen und die Reichs-Postverwaltung.** Man erinnert sich, wie entschieden der alternde Staatssekretär v. Stephan jede Verbesserung und Verbilligung der Verkehrs-einrichtung mit dem Hinweis auf die Finanzlage des Reiches abwies. Nun aber, wo es anlässlich der bevorstehenden ersten Schritte zur Verwirklichung der ulerlosen Flottenpläne Aufgabe aller der Regierung zur Verfügung stehenden Geldern ist, die glänzende Finanzlage des Reiches und aller Einzelstaaten in beuglicher Beleuchtung zu zeigen, mußte man daran denken, daß seitens der oppositionellen Presse an die Forderungen aus den Kreisen des Volkes erinnert werden würde, die stets mit Rücksicht auf die Finanzlage abgelehnt wurden. Wir haben es an solchen Erinnerungen selbstverständlich niemals fehlen lassen. Um wenigstens einigen dieser Einwürfe zu begegnen, soll ein Theil der auf die Reichspost-Verwaltung bezüglichen Wünsche erfüllt werden. Nach der „Rdn. Ztg.“ stehen folgende Fragen bei der gegenwärtig tagenden Postkonferenz zur Berathung: Ausdehnung des Meistgewichts der Briefe (auf 20 Gramm), Ermäßigung des Briefpostes für den Nahverkehr und der Postanweisungsgebühr für kleinere Sendungen. Ueber die in Aussicht genommenen ermäßigten Sätze verlaunt zwar noch nichts, es ist aber anzunehmen, daß so auf die Hälfte des jetzigen Betrages, also auf 5 Pf. für Briefe im Nahverkehr — worunter wohl hauptsächlich der Verkehr in Berlin zu verstehen ist — und auf 10 Pf. für Postanweisungen kleineren Betrages lauten sollen.

Wenn geschäftige Federn nun die Verdienste des Herrn Bobbelski als Postreformator rühmen, so thun sie dem Herrn General sehr schweres Unrecht. Erstens ist es nicht ein Zeichen für ein reformatorisches Talent, das was vielfach verlangt und als durchführbar nachgewiesen wurde, auszuführen, und dann haben der Kriegs- und Finanzminister und die Staatssekretäre für die Marine und das Reichshohamt weit mehr Veranlassung zu diesen kleinen Reformen gegeben, als der neue Herr der Posten. Bloss der leichteren Durchführung der Marinepläne wegen wird man das Meistgewicht der Briefe ändern und andere kleine Wünsche des Handelsstandes erfüllen.

**Die deutsch-soziale Reformpartei hat ihren Parteitag** abgehalten, vieles und breites aber gar nichts tiefes wurde über die Arbeiterfrage gesprochen, deren Behandlung die meiste Zeit des Parteitages verbrauchte. Es wäre ungerecht von uns, wenn wir über die Arbeiterfrage betreffende Reden nicht unsere vollste Genugthuung ansprechen würden. Jeden, der für die Interessen des Proletariats den Anschlag des selben an die Sozialdemokratie für das förderlichste hält, muß es nur angenehm berühren, wenn Parteien, die sich als „soziale“ empfehlen, ihre Arbeiterfeindlichkeit so offen zeigen, wie die Leute von und hinter Zimmermann und Liebermann auf dem eben geschlossenen Parteitag, wie schön ist es bei der Agitation, in einem auch von den Antisemiten umwundenen Kreise an das Wort des Herrn Michendorff zu erinnern, daß das bishen, was Herr Raab als Arbeiterchun-

Programm gefordert hat, die Arbeitgeber entrechteten würde, wie schön ist es, daß der Abg. Lohse die Mittelstandspolitik als die beste Arbeiterfreundlichkeit bezeichnet. Wie wird es auf die Arbeiter bei den Wahlen wirken, wenn man sie darauf aufmerksam macht, daß die sich ihnen anbietenden Antisemiten auf ihrem Parteitage behaupten, daß die Arbeiter in den großen Städten durchweg besser gestellt seien wie Arbeitgeber aus dem Mittelstande. Ja werden die Antisemiten antworten, das ist wohl alles gesagt worden, aber wir haben doch im Interesse der Arbeiter trohdallem Beschlüsse gefaßt und stolz werden sie darauf hinweisen, daß sie die gesetzlich geschätzte Durchführung der Koalition der Arbeiter gefordert haben.

Was solche Beschlüsse werth sind, zeigt die Haltung der Antisemiten im Reichstage, wenn Arbeiterfragen auf der Tagesordnung stehen. Dann war Herr Dr. Viehhaber, der Syndikus des Hamburger Arbeitgeber-Bundes, der Redner der Partei. Und was er sagte, hat stets das höchste Wohlgefallen des Königs Stimm von Saarabien gefunden. Man wird dann an jene Haltung anlässlich der Besprechung der Interpellation Mantensfel über die Bäckerei-Verordnung erinnern, wo der Herr ganz wie der Manchestermann Eugen Richter die Aufhebung des § 120 der Gewerbe-Ordnung gefordert hat, durch den dem Bundesrathe einige wenige eng umgrenzte Rechte zum Schutze der Gesundheit, Sicherheit und Sittlichkeit der Arbeiter eingeräumt werden. Wir würden dann auf die Leistungen des Abgeordneten Viehhabers in der berühmten Debatte über die Werstanlagen, pardon über die berüchtigte Broschüre des Herrn Lorenzen hinweisen, auf die unerhörten Entstellungen über die Haltung der Arbeiter bei Streiks, die gefälschte Arbeiterfeindlichkeit, die er dabei zu tage brachte. Daß er sich selbst nicht scheute, zum Demagoganten gegen Arbeiter zu werden. Die Reden auf dem antisemitischen Parteitage und die des Herrn Viehhaber im Reichstage sind die besten Waffen in unseren Händen, um die schönsten Agitationskniffe der Antisemiten bei den Arbeitern zu paralysiren.

**Das Urtheil gegen Stenzel** wird sogar von der national-liberalen Presse getadelt. Dasselbe gründet sich juristisch auf den § 103 des Reichs-Strafgesetzbuchs, der da lautet:

Wer sich gegen den Landesherrn und die Regierung eines nicht zum Deutschen Reich gehörenden Staates einer Verleumdung schuldig macht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft, sofern in diesem Staat dem Deutschen Reich die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Daß mit diesem Paragraph die Presse für die Besprechung ausländischer Angelegenheiten vollständig lahm gelegt werden kann, namentlich wenn der deutsche Majestätsbegriff auf das Ausland übertragen wird, das bedarf keiner näheren Auseinandersetzung. Der „Hannoversche Courier“ des Herrn von Bennigen kann nicht genug protestiren gegen jedes neue Unterfangen, die Urtheilsfreiheit der deutschen Presse anzusehen. Der jahnlöse Löwe brüllt gut — bis zu der Konsequenz, die Ausmerzung dieses durch und durch reaktionären Paragraphen zu fordern, versteigt sich der national-liberale Helldemuth natürlich nicht.

Uebrigens wird von verschiedenen Blättern versichert, die deutsche Regierung habe die belgische im Fall Stenzel zur Stellung des Strafantrages gebrängt, eine Mittheilung, die bis jetzt nicht demontirt worden ist und — es auch ute werden wird.

**Ein deutscher Klassiker über Majestätsbeleidigungen.** In seinem Staatsroman „Der goldene Spiegel oder die Könige von Scheschian“ äußert sich Christoph Martin Wieland, der berühmte Verfasser des „Oberon“, folgendermaßen über Majestätsbeleidigungen:

Insbesondere schien das Verbrechen der beleidigten Majestät ein herrliches Mittel, sich der Güter der Großen und Reichen mit guter Art zu bemächtigen. Die Rechtsgelehrten von Scheschian (Leute, welche für einen leidlichen Preis alles, was der Hof gern sah, für recht erklärten) erschöpften daher alle ihre Scharfsinnigkeit, die Theorie eines so einträglichen Verbrechens aufs feinste auszuarbeiten; sie festten alle seine Wette und Zweige bis auf die feinsten Hässerchen sehr künstlich auseinander, und bewiesen zum Schwere der armen Scheschianer, daß man zu gewissen Zeiten kaum ein Glied rühren, kaum Athem holen könnte, ohne sich dieses fürchtbaren Lasters schuldig zu machen. Es konnte mit einem bloßen Worte, mit einer Miene, in Gedanken, ja sogar in Traume — es konnte an dem elendesten Gemälde, das den König vorstellte, an einem Bedienten der königlichen Küche, an einem königlichen Hunde, an dem Raps, worin der König spuckte, begangen werden. Der behutsamste Tadel der Missethäter des Hofes, der kleinste Spitzer, den das Mitleiden mit sich selbst einem Unrecht leidenden Scheschianer auspreste, die leiste Verurteilung auf die Rechte der Menschheit war ein Majestätsverbrechen. Zum Beweise, daß man des Vergnügens zu strahlen nicht satt werden könne, schien man nichts angelegeneres zu haben, als der Nation täglich neue Gelegenheiten zu geben, sich strafbar zu machen; und niemand, ach niemand! ließ sich in den Sinn kommen, daß das strafwürdigste, das ungeheuerste aller Verbrechen — die Beleidigung der Menschheit sei.

### Deutsches Reich.

— Ein Kronrath fand heute Vormittag unter Vorsitz des Kaisers im Neuen Palais statt. Es nahmen die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums und die Staatssekretäre der Reichskammern an der Berathung theil. Ueber den Gegenstand der Berathung ist nichts bekannt geworden. Offenbar handelt es sich um die Einleitung der parlamentarischen Session und die Feststellung der Regierungspolitik für die nächste Zeit.

— Unsere Bemerkungen über die Erhöhung des Zinsfußes der Reichsbank haben in der Presse viel Staub aufgewirbelt. Einige mit der hohen Bank befreundete Zeitungen machten gegen unsere Ansicht, daß die Einschränkung des Bankkredits durch das Näherücken an die Zeit der Krisen verursacht sein dürfte, theoretische Einwendungen.

Wir lassen deshalb das Urtheil des erfahrensten unserer jüngeren Bankpolitiker, des Münchener Professors W. Loh, hier folgen: Einmal werden durch die Vertheuerung des Kredits, die in der Diskont-Erhöhung liegt, diejenigen Kreditnehmer zur Zurückhaltung veranlaßt, die nicht unbedingt zu dem kritischen Zeitpunkt bereits Kasse bedürfen, also der inländische Diskontierungsdruck verringert. Die Wirkung, welche eine rechtzeitige Diskont-Erhöhung weiter in Zeiten einer gesteigerten Spekulation und vor Krisen ausüben soll, aber nicht immer ausgeht hat, ist Ernüchterung derjenigen, welche vorwiegend mit Kredit spekuliren. (Conrad v. Handw. d. Staatsw. S. 389.) Mehr haben wir auch nicht gesagt. Interessant ist, daß so ausgesprochene Organe des Großkapitalismus mit allem Eifer unsere Deutung der Erhöhung der Bankrate aus der Welt lägen möchte.

Wir fürchten, daß nur zu bald unsere Deutung dieses wirtschaftlichen Vorganges sich als richtig erweisen wird.

Wir sind weit näher dem Ende der Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges als die meisten meinen. Der Krach kommt plötzlich, aber es giebt Zeichen, die sein Herankommen ahnen lassen.

— Zum Prosekt Liebknecht bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heute einen Artikel, der, inmitten albernem Geschwafels als einzigen Inhalt eine dicke Unwahrheit und einen plumpen Sophismus aufweist.

Die dicke Unwahrheit: daß Professor Rißt das Breslauer Erkenntniß gegen Liebknecht angefochten habe, ehe er den Wortlaut gefaßt. Das Gegenheil ist selbstverständlich wahr.

Der plumpe Sophismus: Liebknecht habe durch die Form, die er für die inkrimirte Stelle gewählt, nicht eine Majestätsbeleidigung, sondern nur die Verstrafung für eine Majestätsbeleidigung vermeiden wollen.

Welch haarsträubender Widsinn!

Sätmaligen Majestätsbeleidigungen in Deutschland bestraft werden, wer Verstrafung vermeiden will, auch eine Majestätsbeleidigung vermeiden. Das sieht jedes Kind ein, aber der Gelehrte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dessen Ingenium wir schon mehrfach zu bewundern Gelegenheit hatten, daß sich so thurmbach über den gesunden Menschenverstand erhoben, daß er nicht mehr in Gefahr schwebt, mit demselben in Berührung zu kommen.

— Die National-Sozialen und das sächsische Versammlungs-„Recht“. Das hiesige Agrarierblatt berichtet aus Leipzig:

Unter dem Vorhabe des theologischen Professors Gregory tagte hier eine nationalsoziale Versammlung, in der meist Nichtsachsen gegen die sächsische Wahlrechtsänderung zu Felde zogen. Durch zwei Vorkommnisse war die Versammlung von besonderem Interesse. Sekretär Wend rief seinen Parteigenossen, niemals nationalliberale oder konservative Abgeordnete zu unterzügen. Das ist ungenügsam eine indirekte Unterführung der Sozialdemokratie. Der vielgenannte Pastor a. D. Göhre nannte die Wahlrechtsänderung eine Entrechtung, eine Thorheit, eine Unsitlichkeit, so daß ihm vom überwachenden Beamten das Wort entzogen werden mußte. Daß derartige Angriffe unter dem Vorhabe eines theologischen Professors der Landes-Universität stattfinden können, wird hier nicht verstanden. Man erwartet allgemein, daß Professor Gregory dieselben Konsequenzen ziehen werde, wie die Pastoren Naumann, Göhre und Köhler.

Gewiß, in Leipzig und Sachsen wird nur verstanden, wenn im Namen des Christenthums die gründlichsten Uebelthaten am Volk begangen werden. Und wenn ein Theologieprofessor es wagt, gegen die Entrechtung der Arbeiter zu wirken, so demagogirt man ihn als unwürdig seines Amtes und die „Deutsche Tages-Zeitung“ macht sich am Werkzeuge der niedrigen Demagogation.

— Vom „groben Unfug“. Das Merklers „Nebenb. Morgenblatt“ erhielt ein Strafmandat von 25 M. und das Amtsgericht hat das Mandat bestätigt, weil das Blatt den Fürsten Bismarck einen „alten Stänkerer“ genannt hatte. Diesen Ausdruck hatte das Blatt in der Abwehr eines Artikels des Hamburger Organs des Fürsten Bismarck gebraucht, in dem gesagt war, daß die Beleidigung der Zentrumsvereinschaft die dringendste nationale Aufgabe sei. In der Urtheilsbegründung des Amtsgerichts heißt es, der „Älteste“, „alter Stänkerer“ sei geeignet, Bismarck zu beleidigen und ihn in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen. Durch den Ausdruck habe sich eine große Anzahl Personen, ja jeder auf Bildung Anspruch machende Mensch in seinem Gefühl verletzt fühlen müssen. Vielleicht wird die Berufungsinstanz diesen erneuten Versuch, Bismarck-Beleidigungen ohne Strafantrag als „groben Unfug“ zu ahnden, zurückweisen.

— Nationale Gesinnung. In einer in Thorn am 12. d. M. abgehaltenen Sitzung des Hauptvorstandes des „Vereins zur Förderung des Deutschtums“, an welcher zwölf Mitglieder theilnahmen, wurde nach längerer Berathung der Ausschluß des Oberlehrers Dr. Friede in Dirschau aus dem Verein einstimmig beschlossen. Dr. Friede hatte bei der letzten Landtags-Erwahl in Brest-Dirschau-Pr. Stargard sich für den Kandidaten erklärt, der die Reichsische Vereinsgesetz-Novelle wieder bestimmen helfen wollte, und das war ein Pole, der dann auch über den freikonservativen Neck-Gesetz-Freund siegte. Dr. Friede hatte sein Verhalten in einem längeren Schreiben an den Hauptvorstand durch Bezugnahme auf seine Stellung zu den innerpolitischen Fragen zu rechtfertigen gesucht. Der Hauptvorstand vertrat indessen die Auffassung, daß das Verhalten des Dr. Friede mit den von den Mitgliedern des Vereins übernommenen „nationalen Pflichten“ unvereinbar sei.

Die Durchführung des Neck-Gesetzes hätte das Deutschtum gewiß bedeutend gefördert. „Verein zur Förderung des Deutschtums“ nennt man sich, Verein zur Förderung der schlimmsten Reaktion ist man. Wer unter Deutschtum etwas anders versteht, steigt hinaus.

— Die Kretzelkammer von Pessen-Nassau hat in ihrer am letzten Dienstag hier abgehaltenen Sitzung den neuen Gesetzentwurf über ärztliche Ehrengerichte für unannehmbar erklärt.

— Unsere Brandenburger Parteigenossen wollen ihren liberalen Stadtvätern eine harte Probe auferlegen. Wie in vielen anderen Städten ist auch dort die Anstie in Schwung, daß das Wahlrecht zur Stadterweiterung abhängig ist von der Zahlung eines sogenannten Bürgergeldes. Diese Bestimmung der Städte-Ordnung, die sich die liberale Verwaltung der Stadt Brandenburg bisher zu nütze machte, hatte wie überall den Erfolg, daß zahlreiche Arbeiter das Wahlrecht nicht ausüben konnten, da man diese Extraktsteuer für das Wahlrecht nur ungenügend leistete. In den letzten Jahren ist nun in dem Wahlrecht eine recht starke Verschiebung zu Gunsten der beiden oberen Klassen eingetreten. Die erste Abtheilung zählte 1889 noch 286, d. i. 9,3 pCt. aller Wähler; 1897 zählte diese Zahl bereits auf 27, d. i. 6,8 pCt. Die zweite Abtheilung zählte in demselben Zeitraum einen Rückgang von 880 auf 288 Wähler, oder von 29 pCt. auf 8 pCt. Demgegenüber ist seit 1889 die Zahl der Wähler dritter Abtheilung von 1791 auf 3240 gestiegen und beträgt gegenwärtig 91,2 pCt. aller Wahlberechtigten.

Wie wir bereits mitgetheilt haben, wollen nun unsere Parteigenossen um Aufhebung des Bürgergeldes petitioniren und das Stadterweitern-Kollegium wird dadurch vor die unangenehme Frage gestellt, ob es die Ausdehnung des Wahlrechts unter dem Dreiklassen-Wahlrecht ablehnen will. Unsere Parteigenossen haben keineswegs große Hoffnungen, daß die liberalen Stadtväter ihrem Wunsche entsprechen werden, aber solche kleine Prüfung volksfreundlicher Gesinnung ist für uns recht werthvoll.

— Der ambulant gerichtliche Stand fordert neue Opfer. Die „Schaumburg-Lippische Landeszeitung“ in Bielefeld hat vor einiger Zeit eine Zeilung mit einer Empfehlung der Braun-schweigischen Landeslotterie beigelegt. Von dieser Zeitungs-Nummer waren, wie der Berliner „Volk-Zeitung“ geschrieben wird, natürlich auch einige Exemplare in das preussische Staatsgebiet gekommen, und der verantwortliche Redakteur deshalb vom Amtsgericht Obernkirchen zur Verantwortung gezogen. Da der Vertrieb Braunschweigischer Loose in Schaumburg-Lippe nicht verboten ist, erfolgte Freisprechung. Bald darauf wurde der Redakteur wegen desselben Vergehens vor demselben Amtsgerichte abermals freigesprochen. Gegen das zweite freisprechende Urtheil erhob nun aber die Staatsanwaltschaft Widerspruch und vor dem Landesgericht wurde der Redakteur zu 10 M. Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Was „Ort des Gerichtsstandes“ wurde Obernkirchen angesehen, und in Preussien ist bekanntlich die Verdretung und Empfindung auswärtiger Protection und ihrer Loose verboten. Hiernach kann also jeder nicht-preussische Redakteur in Deutschland vor irgend ein beliebiges preussisches Gericht zitiert werden. Also ein badischer Redakteur in Konstanz muß es sich gefallen lassen, in Memel abgestraft zu werden, wenn sein Blatt dort auch nur in einem Exemplar gelesen wird. Gegen das Urtheil ist an die höhere Instanz appellirt worden.



— Die Emser Depesche. Im letzten Artikel, welchen die „Cosmopolis“ aus der Feder des Professors G. Max Müller bringt, heißt es S. 629, September-Heft:

„Aber, der während der Kriege Bismarck's rechte Hand gewesen, war dort (in einer Gesellschaft bei Kaiser Wilhelm I. in Genu) und ich erfuhr von ihm, daß er das samose Emser Telegramm geschrieben, natürlich unter Inspiration und Billigung Bismarck's. Das ist jetzt bekannt und eine alte Geschichte.“

Das „samose Emser Telegramm“ ist die berühmte Emser Depesche. Professor Max Müller war intim bekannt mit Bismarck, Kaiser Wilhelm I., Kaiser Friedrich III. und so ziemlich der ganzen „hohen“ Welt.

— Ueber die Verwendung von Soldaten als Landarbeiter wird dem „Braunschweiger Volksfreund“ aus Helmstadt geschrieben: Auf der Domäne St. Ludgeri (Kintmann Brandt) sind 20 Mann Soldaten (Infanterie) von Braunschweig angekommen, um 14 Tage in Alford Rüben zu roden, nachdem die Magdeburger (68er) nach ihrer Garnisonstadt zurück mußten. Es ist doch eine herrliche Sache: erst wendet man sich nach Magdeburg, von dort senden sie einem 14 Tage lang die Soldaten, dann nach Braunschweig, da desgleichen — und die Steuerzahler können zusehen, wo sie Arbeit bekommen. Es müßten 6—7 Jahre der sein, da machte Brandt dasselbe Manöver, was die hiesigen Arbeiter wunnte; daher steht ein gewisser Gerede eine Beschwerdekrift auf, die er nach Berlin ans Kriegsministerium schickte. Ein paar Tage darauf wurde er vor den hiesigen Bürgermeister geladen, der ihm Vorwürfe machte, da er erst hätte zu ihm kommen sollen, ehe er sich nach Berlin wandte. Anderen Tags waren jedoch die Soldaten weg und die Bürger bekamen die Arbeit. Die Soldaten bekommen für den Morgen zu roden 12 M. und freie Station, während hiesige Arbeiter 16 M. bekommen; dafür müssen sie sich ihr Werkzeug halten, sich beköstigen, Nichte, Kleidung etc. bezahlen. Hieraus ersieht man, schreibt der Gewährsmann des „Braunschweiger Volksfreund“, daß die zweijährige Dienstzeit noch viel zu lang ist, sonst würde den Soldaten die Ausbildung nicht Zeit zum Zuderrücken lassen.

— Der übersehene Untersuchungsgefangene. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Der bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt beschäftigte Schreibgehilfe Ruz wurde am Montag wegen Unterschlagung von 9 Mark verhaftet. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß Ruz, um seine Unterschlagung zu verheimlichen, die Akten über einen wegen Unterschlagung in Untersuchungshaft sitzenden Mann besichtigte, so daß durch das Hauptverfahren gegen den Beschuldigten nicht eingeleitet werden konnte und dieser nun schon seit sechs Monaten in Untersuchungshaft sitzt. Am Sonnabend wurde das Gericht auf den Untersuchungsgefangenen aufmerksam gemacht. Infolge dessen wurde die Unterschlagung des R. und die damit verbundene Besichtigung der Akten aufgehoben. Die obere Gerichtsbehörde in Darmstadt hat eine strenge Untersuchung angeordnet.“

Es handelt sich um einen jungen Mann, dem es zur Last gelegt wird, 400 M. unterschlagen zu haben, während er behauptet, er habe das Geld verloren. Eine Voruntersuchung war nicht mehr möglich, die Anklageschrift war schon gefertigt, und es handelt sich nur noch um die Ueberweisung an das Schöffengericht. Wie konnte ein Mensch sechs Monate seiner Freiheit „in Untersuchungshaft“ beraubt werden, gegen den gar keine Untersuchung mehr schwebte? Wie konnte der Beamte der Staatsanwaltschaft, der die Anklage gefertigt hatte, die Kontrolle über den Fall vollständig verlieren? Wie ist es möglich, daß der Erste Staatsanwalt bei den in kurzen Fristen vorgeschriebenen Inspektionen des Arresthauses nicht auf die ungeheuerliche Thatsache dieser widerrechtlichen Freiheitsberaubung stieß? Man darf wohl annehmen, daß auch das hiesige Justizministerium sich diese Fragen vorlegen wird. Denn außer der Aktenbesichtigung durch Ruz muß noch irgend etwas nicht in Ordnung gewesen sein, da man sonst wohl früher auf den verzeigten Gefangenen aufmerksam geworden wäre.“

Das scheint denn doch dieser Fall so haarsträubend, daß wir eine Berichtigung der Behörde abwarten wollen, bevor wir uns weiter äußern.

München, 14. Oktober. Nach dreitägiger Debatte nahm die Abgeordnetenkammer vom Antrag Steininger an, wonach die Staatsregierung bei dem Bundesrath erwirken soll, daß ausländisches Schlichtrecht an der Grenze mindestens einer zehntägigen veterinär-polizeilichen Beobachtung und am Bestimmungsort einer nochmaligen hierarchischen Kontrolle unterzogen werden soll und ferner die Transporten gründlich desinfiziert werden sollen. Außerdem wurde der Theil des Antrages Dr. Hahinger's angenommen, nach welchem die Einfuhr bereits geschlachteten Viehes verboten werden soll. Alle weitergehenden Anträge wurden abgelehnt.

Karlsruhe, 19. Oktober. Die Furcht vor jeder Sozialreform wird auch im badischen Bänden zu einer der Tendenzen der herrschenden Klassen charakterisirenden Erscheinung. Als unlängst die an den badischen Hochschulen angehefteten Professoren der Nationalökonomie, die mit voller Ueberzeugung auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsförderung stehen, der Furcht, Furcht, Schulz-Verweh und Genossen hier eine Art nationalökonomischer Ferienkurse abhielten, waren viele junge Pastoren als eifrige Zuhörer anwesend. Das muß der obersten Kirchenbehörde des bei den Pöblisten als liberal vertriebenen badischen Ministerlandes ganz besonders gefällig erschienen sein. „Nun ist es ein Erlaß, in dem sie die jüngeren „Diener des Wortes Gottes“ mahnte, die sozialpolitischen Probleme vorfichtig zu behandeln und vor allem die Kanzel von solchen Erörterungen rein zu halten. Und kann es nur freuen, wenn die Diener der herrschenden Gewalten eine so ungeheure Furcht vor jeder Bekanntheit der Dingen mit den sozialpolitischen Problemen unserer Tage haben. Wenn die Herren ahnten, wie sehr diese Äußerungen ihrer Angst für uns agitiren! —

Oesterreich. Wien, 14. Oktober. Abgeordnetenhause. Nachdem Vizepräsident Abrahamovich die Anträge des Abgeordneten Aust wegen des Berichtes der Anoten-Deputation, sowie wegen Vorlage des Wortlauts des gestern beschlossenen Regierungserlasses ablehnend beantwortet hatte, beantragte die Abgg. Ruz und Hofmann-Wellenhof die Debatte über die Antwort, worüber zwei namentliche Abstimmungen stattfanden. Die Anträge der Abgeordneten Ruz und Hofmann-Wellenhof wurden in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Hieraus wurden die Eingänge verlesen, bei welchen abermals namentliche Abstimmungen vorgenommen wurden.

Schweiz. Bern, 12. Oktober. (Sig. Ber.) Die radikal-liberal-freisinnige Mehrheit der Bundesversammlung fährt fort, von ihrer Macht ausschließlichen und rücksichtslosen Gebrauch zu machen und damit einen Despotismus des Parteiregiments zu befestigen, der nicht viel schöner ist, als der persönliche Despotismus, den der russische Zar allein ausübt. Wie vorige Woche in der Frage der Vertretung der Wirtschaftsverbände in Verwaltungsrath der Staatsbahnen, so hat sie gestern bei der Schlussberatung der Krankenversicherungsgesetz ausschließlich und rücksichtslos gehandelt. Der von uns bereits früher besprochene Antrag des freisinnigen Banneisters Burgi in Bern, daß der Unternehmer in Fällen von ungerechtfertigten Wegbleiben von der Arbeit dem Arbeiter die ganze Prämie in Abzug bringen darf, wurde mit 60 gegen 38 Stimmen im Nationalrath angenommen. Mit dieser läppischen Bestimmung steht das schweizerische Krankenversicherungsgesetz selbst unter den bezüglichlichen Gesetzen in Deutschland und Oesterreich. Groß in kleinen Lügen“, das ist das Programm der schweizerischen Liberalen, welche sich immer mehr zur reinen und unverfälschten Partei des Erfolgs und des Unternehmertums entwickeln. Die schweizerische Arbeiterschaft darf froh sein, daß diese Leute nicht das eidgenössische Fabrikgesetz zu machen haben, denn es

würde heute mehr Unternehmertum, als Arbeiterschutz werden. Eine weitere neue Bestimmung, die gestern noch ins Krankenversicherungsgesetz aufgenommen wurde, verpflichtet den Bund, den Kreis-Krankenkassen an die Mehrkosten der ärztlichen Behandlung in entlegenen Gebirgsgegenden angemessene Beiträge zu entrichten. In der Schlussabstimmung wurde das Krankenversicherungsgesetz mit 101 gegen 9 Stimmen angenommen. 9 Abgeordnete entzieten sich der Abstimmung. Die 18 letzteren waren mit einer Ausnahme lauter Ultramontane, die eine Ausnahme machte unser Genosse Wulfschleger, der vor der Abstimmung erklärte, sich der Stimmabgabe enthalten zu wollen, weil die Forderungen der Arbeiter nicht genügend berücksichtigt worden sind. Diese Erklärung giebt eine Charakteristik des Nationalrathes als einer Unternehmervertretung und ist eine Feststellung des Niederganges des schweizerischen Parlamentarismus. Da werden die demokratischen Postulate: Volkswahl des Bundesrathes und Proportionalwahl des Nationalrathes zu immer dringenderen Forderungen.

Bern, 14. Oktober. Der Nationalrath erklärte einstimmig den Antrag für erheblich, nach welchem der Bundesrath untersuchen soll, welche Maßnahmen zu treffen seien, um die Pflicht zur Annahme der ausländischen unterwerthigen Silber-Scheidmünzen zu beseitigen. Bundesrath Hauser halte zu dem Antrage die Erklärung abgegeben, daß, wenn die Ausrückung der Schweiz, das Kontingent der Silber-Scheidmünzen zu erhöhen, bei den übrigen Mitgliedern der lateinischen Münzunion resultatlos bleiben werde, der Bundesrath werde untersuchen müssen, wie er den unerträglich werdenden Zuständen ein Ende machen könne.

Das sieht ja ganz wie eine Drohung aus, den lateinischen (Doppelwährungs-) Münzband zu verlassen. Würde die Schweiz ernst machen, so müßte Frankreich folgen und die goldbaren Länder Belgien und Italien blieben übrig. Die armen Bimetallisten! —

Frankreich. Paris, 18. Oktober. Im Gemeinderath wurde heute eine Tagesordnung angenommen, in welcher gegen den Seine-Präfekten ein Tadel ausgesprochen wird, weil derselbe sich geweigert hat, den Gemeinderath zu einer Verathung über die Brotvertheuerung einzuberufen.

Paris, 18. Oktober. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Budgetkommission trat der Kriegsminister lebhaft für die Vermehrung der Effectivbestände der Armee ein, welche die Kommission vor einigen Tagen verweigert hatte. Er erklärte, daß die Schaffung der vierten Bataillone unmöglich werde, wenn die Zahl der jetzt unter den Waffen befindlichen Mannschaften nicht erhöht würde, denn man müßte sonst die Effectivbestände der Compagnien verringern. Dies sei jedoch gefährlich für die Sicherheit des Landes zu einer Zeit, wo Deutschland ohne Unterlaß seine aktiven Kontingente an der Grenze verstärke. Die Reducirung des letzten Jahres habe gestattet, 12500 Soldaten mehr anzuziehen. Dies müsse man sich zu nütze machen und hoffen, daß diese Vermehrung andauere. Die Kommission nahm nach diesen Ausinandersetzungen die verlangte Erhöhung der Effectivbestände im Prinzip an. Demgegenüber verpflichtete sich der Kriegsminister, um Ersparnisse zu machen, bei den Armeekorps-Kommandanten dahin zu wirken, daß einer größeren Anzahl von Soldaten Gente- und Weinlese-Arbeit bewilligt würde. Die hierdurch erzielte Ersparnis, die sich gewöhnlich auf 8 1/2 pCt. der Gesamtsumme des Soldes stellt, würde sich dann auf 9,25 pCt. belaufen. Daraus ergäbe sich ein Gewinn von netto 1848000 Fr. General Billot erzielte überdies die Wiedererrichtung des Krebels von 1100000 Fr. für die Exzerzierplätze, Schießstände, Reitbahnen etc. Für das Armeemuseum wurden 20000 Fr. bewilligt. Dafür erklärte sich der Minister mit einer Reduktion von 500000 Fr. dem Artilleriematerial und einer solchen von 400000 Fr. dem Geniematerial für einverstanden und akzeptirte die übrigen Verminderungen. Die im ganzen erzielte Ersparnis beträgt 6 1/2 Millionen, doch müßten in anbeacht der Getreide- und Futtermittelpreise die diesbezüglichen Kapitel um 2 1/2 und 1 Million erhöht werden, so daß die definitive Ersparnis nur etwa 3 Millionen ausmacht.

Der große Wechsel in der diplomatischen Vertretung der französischen Republik hat nun stattgefunden. Drei Botschafter und drei Gesandte sind ernannt worden. Herr Bogé, der in Algier die schmutzigen Geschäfte des Herrn Meline nicht verrichten wollte, ist aus dem Dienste entlassen worden. An seine Stelle des Herrn Lepine, der die von Bogé verschmähte Stelle des Generalgouverneurs von Algerien freudig akzeptirte, ist der bisherige Chef der Pariser politischen Polizei, Plans, zum Polizeipräsidenten der Hauptstadt ernannt worden.

Belgien. Die Parlamentssession war bei Beginn der Ferien nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden, so daß bei dem gestrigen Wiederzusammentritt ohne weitere Formalitäten sofort zur Verathung der vorliegenden Gesetzesentwürfe geschritten werden konnte. Wie bereits mitgetheilt, handelte es sich um die Verleihung der Korporationsrechte an die Berufsvereine auf der Tagesordnung. Der liberale Abgeordnete Begerem vertheidigte den Entwurf der Kommission, die den Regierungsentwurf in jeder Beziehung verschlechtert hat. — Der sozialistische Abgeordnete für Südtlich, Gen. Farnémont, tritt für die Regierungsvorlage ein. Er verlangt, daß das Gesetz auch allen den Vereinigungen und Gesellschaften zu gute komme, die sich mit wissenschaftlichen, künstlerischen, humanitären etc. Zwecken befassen. Der Redner kündigt ferner die Einbringung eines Amendements zum Regierungsentwurf an, das die schwere Bestrafung (3 Monate bis zu 3 Jahren Gefängnis) derjenigen Unternehmer vorzieht, welche durch Entlassung, durch Geschenke, Bestechungen oder Drohungen die Freiheit der Berufsvereine oder deren Mitglieder einschränken. Ueber den Artikel 310 des Code pénal, der unserm § 133 der Gew.-Ordn. entspricht, äußerte sich Farnémont: „Der Artikel 310 enthält eine große Unrecht; er scheint für beide Theile (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) gemacht; aber man hat ihn noch niemals anders anwenden sehen, als zu Gunsten der Unternehmer gegen die Arbeiter; nur diese allein werden getroffen.“ — Der Redner kam bis zum Schluß der Sitzung mit seinen Ausführungen nicht zu Ende, er wird sie in der nächsten fortsetzen.

England. London, 14. Oktober. Der Unterstaatssekretär des Krieges Brodrick führte in einer Rede, welche er in Guildford hielt, aus, die Friedensstärke des Heeres stehe in keinem Verhältnis zu dem großen Anwachsen des Reiches. Wegen der Anforderungen, welche die Kolonien stellen, sei die Heeresverwaltung nicht im Stande, im Hinterlande eine angemessene Präsenzstärke zu erhalten; dieselbe betrage 54 000 Mann gegenüber 78 000 Mann in den Kolonien.

London, 14. Oktober. Wie die „Times“ hört, ist von der Mehrheit der leitenden City-Männer ein Schreiben entworfen worden, in welchem nachdrücklich Einspruch erhoben wird gegen jede Bewegung der Regierung in der Richtung auf den Bimetallismus hin. Da die Regierung in einigen Tagen den amerikanischen Kommissären Bescheid geben müsse, sei keine Zeit zu verlieren.

Dänemark. — Das vom Folkething zugegangene Budget ist wieder sehr wenig erfreulich. Während das im Mai vorgelegte provisorische Budget einen Ueberschuß von 2 Millionen Kronen bringt, das jetzige nur 138 000 Kr. Ueberschuß. Befürchtlich soll der Ueberschuß für „soziale Reformen“ verwendet werden. Da, die werden ja sehr üppig werden bei solchen Mitteln! Aber natürlich, das Budget fordert auch an Extra-Ausgaben für ein paar Prinzen und Prinzessinnen 340 000 Kr. (mehr als das doppelte, als das, was für die sozialen Reformen bleibt). Und für das Militär werden abermals 785 000 Kr. mehr verlangt (im ganzen 18 561 741 Kr.). Da aber in diesem Jahre die sonst üblichen Kasernen-

bauten fortfallen, für die sonst stets eine halbe Million eingekehrt ist, beträgt der Mehrbedarf eigentlich 1 240 000 Kronen. Zur Erhaltung der Festungen werden auch wieder 18 000 Kr. mehr verlangt. Gut bedacht ist außerdem in dem Budget die Kirche, so allein für Kirchenbauten in Kopenhagen 240 000 Kr.

Es ist nicht anzuschließen, daß das neue Budget zu einem Konflikt führt. Die Militärauforderungen werden ziemlich sicher nicht bemängelt werden. Es ist zweifelhaft, ob die Regierung sich in diesem Falle lösen wird.

Ein Aenderungsantrag zum dänischen Verfassungsgesetz ist von der Linken (Reformpartei) beim Folkething eingereicht worden. Es ist derselbe, der schon im vorigen Jahre eingereicht war, damals aber nicht einmal bis zur zweiten Lesung kam, da Koeddy-Thoit, der damalige Minister, sich durchaus ablehnend verhielt und insolge dessen die Gemäßigten sich von dem Antrag fernhielten. Man will nun versuchen, ob das neue Ministerium Görning sich wohlwollender verhalten wird. Uebrigens ist der Antrag in einer Beziehung etwas gemildert; in besonders dringenden Fällen ist der Regierung das Recht zur Erlassung eines provisorischen Gesetzes mit Gültigkeit bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstages eingeräumt. Man denkt dabei an Seuchengefahr oder dergleichen, aber wer sichert das Parlament und das Volk, daß die Regierung den Paragraphen benutzt, um gelegentlich unbedeutende politische Agitationen zu unterdrücken?

Schulgesez-Entwurf. Unter den neuen dem dänischen Folkething zugegangenen Gesetzentwürfen befindet sich auch ein neues Schulgesetz. Dasselbe läuft in der Hauptsache auf eine Beschränkung des Verwaltungsrechtes der Gemeinden in bezug auf die Lehrkräfte hinaus, während im Vorjahre ein Antrag des Folkething diese Rechte im Gegentheil erweitern wollte; der Folkething wollte schließlich zu gunsten sonstiger Reformen sich mit der Erhaltung des heutigen Zustandes begnügen. Dieser ganze Antrag scheiterte im Landesthing, der die Rechte der Gemeinden beschränken wollte. Wenn jetzt das Ministerium sich ebenfalls auf den Standpunkt des Landesthing stellt, ist wenig Aussicht auf Annahme des Gesetzes.

Italien. Rom, 12. Oktober. (Sig. Ber.) Die Bewegung der italienischen Kaufleute gegen die Erhöhung der Einkommensteuer. Alle 2 Jahre wird eine Revision der Einkommensteuerverordnung vorgenommen. In Wirklichkeit bedeutet das weiter nichts andres, als eine Umgehung des Parlaments, das auf diese Weise nicht mehr zu entscheiden hat über die Höhe der Steuererhöhung. Es sind 135 Millionen Franken, die nach dem neuen Reglement aus den Steuerzahlern herausgewirtschaftet werden sollen. Namentlich wird man die Kaufmannschaft und zwar in erster Linie die Kleinkaufleute treffen.

Diese Leute, die immer für die Regierung gewesen sind, die Republikaner und Sozialisten für Unmenschen ansehen, wollen nicht begreifen, daß sie nun für die Politik, die sie gut heißen, auch zu zahlen haben. Je weniger sie das begreifen, desto rabiatier werden sie sich; allermählich sind Protestkundgebungen gegen die Erneuerung im Gange. In Rom ist die Erregung am größten und hier kam es bei der von den Kaufleuten organisierten Protestkundgebung zu den durch den Telegraph schon bekannt gewordenen Vorgängen. Am Nachmittag des 12. d. M. versammelten sich gegen dreißig tausend Menschen auf dem Piazza di Capito und bewegten sich von dort, die Deputirten, welche die Wünsche der Menge dem Minister überbringen sollten, an der Spitze, nach dem Palast des Ministerpräsidenten hin. Rudini erklärte der Kommission, daß das Projekt reichlich erwogen sei und daran sich nichts ändern ließe; und daß er eventuell stark genug sei, die Bewegung zu unterdrücken.

Während die Abgeordneten noch mit dem Minister unterhandelten, brach der Tumult los. Die Menge, provozirt durch die Angestellten des Ministeriums und die Polizei, schrie: „Nieder mit den Steuern!“ „Nieder mit dem Minister!“ und ein Steinhaufen schlug gegen die Fenster. Einen Augenblick später erschienen die Truppen und gaben ohne weiteres Feuer auf die Menge ab; zwei blieben sofort todt auf dem Plage und eine Menge Personen wurden verwundet.

Die Polizei eröffnete nun die Jagd auf die Sozialisten, eine große Anzahl wurde verhaftet, u. a. auch der Genosse Mangini, ein Angestellter des „Avanti“. Um 6 Uhr war der Kampf vorüber, die Stadt machte den Eindruck eines Schlachtfeldes.

Die Opposition gegen die Steuerpolitik der Regierung freilich ist damit nicht aus der Welt geschafft. Da öffentliche Zusammenkünfte, welches sich damit befassen sollten, verboten sind, so wird im geheimen um so mehr gegen die Regierung gearbeitet werden. Mittlerweile ist ein Dekret des römischen Präfecten erschienen, der alle sozialistischen Verbindungen Rom's für aufgelöst erklärt, obwohl die Sozialisten mit der ganzen Bewegung nichts zu thun haben. Diese haben vielmehr nur ausdauernd gewirkt; sie haben die Ursachen der Geldnoth, in welche die Regierung durch ihre Großmachtpolitik nothwendigerweise kommen mußte, aufgedeckt — und das ist allerdings schließlich das gefährlichste. Denn hat das Volk erst dieses erkannt, dann ist es mit dem Militarismus und der afrikanischen Abenteuerpolitik vorbei.

Spanien. Madrid, 13. Oktober. Wie der „Imparcial“ meldet, wären Verhandlungen eingeleitet, um die Unterwerfung der hauptsächlichsten Führer der Aufständischen auf den Philippinen zu erlangen. Der „Imparcial“ fügt hinzu, würde eine Verstärkung der Streitkräfte auf den Philippinen unndig sein.

Rußland. — Die Stellung der Juden. Aus Petersburg wird der „Int. Corr.“ geschrieben: Der Reichsrath hat einen von den Ministern des Innern und der Landwirtschaft ausgearbeiteten Gesetzesentwurf gebilligt, wonach den Juden gestattet werden soll, in acht südlichen Gouvernements in den ländlichen Kreisen Grundstücke zu erwerben und auf denselben Landwirtschaft zu betreiben. Dergleichen enthält der Entwurf Bestimmungen, wonach den Juden der Aufenthalt in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern unter wesentlich gemilderten Bedingungen gestattet werden kann. Das Gesetz wird demnächst dem Jaren vorgelegt werden, worauf im Falle der kaiserlichen Zustimmung eine endgiltige Fassung des Reichsrathes festzustellen ist.

Warschau, 10. Oktober. (Sig. Ber.) Am 1. Oktober ist die Nr. 24 des in der geheimen Warschauer Druckerei hergestellten Partei-Organs „Robotnik“ („Der Arbeiter“) erschienen. Die Nummer enthält unter anderem eine lange Streikchronik für die Sommermonate. Von Juni bis in die letzten Tage des Septembers dauerten die Streiks in den verschiedensten Industriezweigen — und besonders in Warschau — ununterbrochen fort. Bemerkenswerth sind insbesondere: Massenstreiks der Tischler (3000 Mann), der Schuhmacher (3000 Mann), der Steinbauer, der Bäcker, der Weber (in Warschau 2000 Mann), der Gerber (in Argyni, Grodnor-Gouvernement, 600 Mann), der Maurer (in Wilna) u. s. w. u. s. w. Die Streiks verliefen meistens siegreich und bezweckten hauptsächlich eine Verkürzung des Arbeitslages. Ein hoffnungsvoller Zug der diesjährigen Streikbewegung ist die Annäherung der jungen Vertreter der sozialistischen Bewegung — der „jüdischen“ Arbeiter — an ihre „christlichen“ Leidensgenossen, die bis jetzt allein die Last des revolutionären Kampfes auf ihren Schultern tragen mußten.

Der Leitartikel in Nr. 24 des „Robotnik“ ist der Jarenempfangs-Poese gewidmet und endigt mit den Worten: „Gente, wo unsere Ausbeuter den Jaren hochleben lassen, erschallt aus unserer Brust der Ruf: „Es lebe Polen!“ — denn für Polen kämpfen jetzt wir, und dieses Polen wird unser sein — das Polen der siegreichen Proletariat.“

Aus Wilna geht uns die Nachricht zu, daß der in Warschau „gehaltne“ Gendarmen-Minister Walski auf seinem neuen Posten sofort eine wahre „Nozzia“ auf polnische Verdächtige



vorgenommen hat. In der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober sind in Wilna 200 Verhaftungen vorgenommen. Es pur si muove (Auch bewegt sich doch).

### Türkei.

Zur armenischen Frage wird der „Intern. Corresp.“ aus Konstantinopel geschrieben: Unter den hiesigen Armeniern, welche schon seit zwei Wochen den Wiederaustritt von Armenien verfolgen in Kleinasien als bestimmt voraus verkündet und sich deshalb in größter Erregung befinden, haben die neuesten Anordnungen des Sultans eine fast verzweifelte Stimmung hervorgerufen. Während bisher bestimmt war, daß der Untersuchungsaußschuß zur Feststellung der bei den letzten Unruhen herbeigeführten Schäden neben sechs Christen nur vier Muhamedaner zählen sollte, hat der Sultan jetzt befohlen, daß in dem Ausschuß sechs Türken und nur je ein Grieche, ein orthodoxer und ein katholischer Armenier entsendet werden sollen. Außerdem habe der Ausschuß vor allem die an den Moscheen und die an den muhamedanischen Festlichkeiten verurteilten Schäden festzustellen. Sodann wurde die Bitte des Patriarchen, für die nothleidenden Armenier eine öffentliche Sammlung veranstalten zu dürfen, abgelehnt und dem Patriarchat auch die sonst alljährlich für die Armen der Gemeinde gewährte Unterstützung von 2000 Pfund entzogen. Dergleichen hat der Sultan dem Patriarchen bedeuten lassen, daß er eine weitere Belästigung mit Bittschriften und Beschwerden unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht wünsche.

### Asien.

Die Ausdehnung der Handelsbeziehungen Japans. Einem der „Intern. Corresp.“ aus Rio de Janeiro zugehenden Bericht vom 8. Sept. entnehmen wir, daß im August eine größere japanische Gesandtschaft in der Hauptstadt Brasiliens eintraf und der Führer derselben als ständiger diplomatischer Vertreter Japans in Brasilien verbleiben wird. Dem Vorsitzenden der dortigen Handelskammer erklärte der letztere, daß Japan den Wunsch hege, mit Brasilien in enge Handelsbeziehungen einzutreten; es werde von dort besonders Kaffee bezogen und hoffe dafür in Brasilien seine Industrie-Erzeugnisse absetzen zu können. — Inzwischen sind, wie eine in Japan erscheinende englische Zeitung berichtet, gleiche japanische Gesandtschaften nach Chile und Peru abgegangen, wobei die Regierung des Mikado die offenkundige Absicht verfolgt, durch möglichst enge Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten sich ein Gegengewicht gegen das Angreifen der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den japanischen Interessentkreis zu schaffen.

### Afrika.

Zur Lage in Marokko wird der „Int. Corresp.“ aus Madrid gemeldet: Die Annahme, daß der Sultan gar nicht daran denkt, einen Streifzug gegen die an der Seeräuberrei beteiligten Nubienstämme der Riffliste zu unternehmen, bestärkt sich im vollen Maße. Abdul Aziz hat ein Heer von etwa 35 000 Bewaffneten aufgebracht und ist mit diesem in das Gebiet der Mesfwa-Stämme eingedrungen, welche seit mehreren Jahren die Zahlung des Tributs verweigert halten. Seinen Halbbruder Muley Amin hat er zu gleichem Zwecke nach der Provinz Sij erkrankt, wo jedoch dessen Erfolg ziemlich fraglich sein dürfte. — Nach glaubhaften Berichten verfügen die Rifflisten über 30 000 Kämpfer, welche sämtlich mit neuen Gewehren bewaffnet sind, während die Armeen des Sultans zum Theil nur mit Lanzen, zum Theil mit alten Gewehren versehen ist. Deshalb haben die Rifflisten einerseits keinen ernstlichen Angriff seitens des Sultans zu befürchten, und andererseits würden sie auch in der Lage sein, etwaigen gegen sie zu entsendenden europäischen Truppen einen ziemlich starken Widerstand entgegenzusetzen.

### Amerika.

Garrigeburg (Pennsylvanien), 14. Oktober. Der Gouverneur Haftings wurde von dem Staatssekretär Sherman benachrichtigt, der österreichisch-ungarische Gesandte habe dem Staatsdepartement gegenüber erklärt, daß bei dem Antritte auf die Volksmenge in Vattimer während des Abstandes Rechte österreichischer Untertanen verletzt worden seien. Sherman ersuchte den Gouverneur um Einsendung eines eingehenden Berichtes über die Vorgänge in Vattimer.

## Partei-Nachrichten.

Bei den Gemeindevahlen in Böhmen erzielten unsere Genossen mehrere beachtenswerthe Erfolge. So wurden in Schönlunde bis auf einen alle sozialdemokratischen Kandidaten in den dritten Wahlkörper gewählt, und die Erstwähler sämtlich.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Während der Vorbereitungen zur Reichstags-Verfassung in Königsberg i. Pr. entstanden Streitigkeiten zwischen dem konservativen Redakteur Wey und dem Universitätsprofessor Jörn, die in scharfen Auseinandersetzungen führten. Der Jörn wurde glücklich beigelegt und dann in der „Ohr. Ztg.“ mitgeteilt, daß dies „standesgemäß“ geschehen sei. Die betreffende Erklärung war unterzeichnet: Dr. Otto Gerlach, Professor der Staatswissenschaften und Premierlieutenant der Landwehr-Artillerie. Ueber diesen Zusatz machte sich die „Königsberger Volkszeitung“ lustig und Herr Gerlach wurde in Parallele mit einem „Theil der Offiziere“ gestellt, der in sehr wenig schmeichelhafter Weise gerichtet wurde. Der Kriegsminister stellte insoweit dessen Strafantrag wegen Beleidigung des Offizierkorps. Am Montag hatte sich nun der verantwortliche Redakteur Genosse Erdmann vor dem Königsberger Landgericht wegen Beleidigung des „gesamten“ Offizierkorps der preussischen Armee zu verantworten, obwohl in dem inkriminirten Artikel, wie schon erwähnt, nur von „einem Theil“ die Rede war. Der Staatsanwalt beantragte das horrend Strafmah von 6 Monaten Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwält Paase, machte zu gunsten des Angeklagten hauptsächlich die beim Wahlkampfe gewöhnliche Erregung geltend. Der Gerichtshof folgte ihm hierin. Im weiteren wurde zwar anerkannt, daß eine Beleidigung des Offizierkorps vorliege, weil aber der inkriminirte Artikel nur bezwecke, den Professor Gerlach zu treffen, so wurde von einer Freiheitsstrafe abgesehen und auf eine Geldstrafe von 300 M. erkannt.

Freigesprochen wurden in Stettin eine Anzahl Parteigenossen, die nach Ansicht des Amtsvorsetzers Meier in Woltersdorf durch öffentliche Verbreitung des „Volksboten“ wider das Gesetz verstoßen haben sollten.

Wegen Beleidigung des Lehrkörpers wurde der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts für Anhalt“, Genosse Schumler, vom Schöffengericht in Dessau zu 20 W. Geldstrafe verurtheilt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

Ueber den Former-Anstand bringt die neueste Nummer des „Gewerbegerichts“ einen von dem Fabrikanten Herrn Weigert verfaßten Artikel, in dem es am Schlusse heißt:

„Reider mußte auch bei diesem Streit, wie in vielen früheren, die Wahrnehmung gemacht werden, daß, solange als noch die streitenden Parteien in der ersten Hitze des Kampfes sich befinden, dieselben einer von neutraler Seite kommenden Vermittlung schwer zugänglich sind. Es scheint, als ob jede der streitenden Parteien die Verstärkung hegt, daß es als ein Zeichen von Schwäche betrachtet werden könnte, wenn die strittigen Punkte der vorurtheillosen Entscheidung des Einigungsamtes unterbreitet würden.“

Ungemein heftig sind die Verhandlungen vor dem Einigungsamt war der Anstand, daß sowohl die Vertreter der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer nur eine beschränkte Vollmacht besaßen und somit bindende Abmachungen nicht treffen, sondern hierzu der besonderen Genehmigung ihrer Vollmachtgeber bedurften. Man sollte doch meinen, daß jemand, dem man das Vertrauen der Wahrnehmung seiner Interessen glaubt ickenten zu dürfen, nicht einer Beschränkung in der Abgabe bindender Erklärungen unterworfen sein sollte. Durch derartige Beschränkungen können infolge der Abhängigkeit von Beschläüssen einer außerhalb der Verhandlung stehenden Generalversammlung leicht Konsequenzen herbeigeführt werden, die die Vollmachtgeber weder geahnt noch gewünscht

haben. Die Schwierigkeit mußte in Kauf genommen werden, da beide Parteien daraus bestanden. War es doch schon ein bedeutender Erfolg des Gewerbegerichts, daß diejenige Gruppe Berliner Großindustrieller, die allen Arbeiterbestrebungen gegenüber ihr Recht als Herren ihrer Betriebe am schroffsten verteidigt, sich zur Verhandlung vor dem Gewerbegericht entschloß. Prinzipiell wird solchen Beschränkungen der Vollmacht entgegenzuwirken sein.“

Der Zentralvorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker wird an die um den Achtstundentag kämpfenden Maschinenbauer Englands eine zweite Unterstützungskarte im Betrage von 10 000 M. abgeben, wenn die Gewerkschaften, was selbstverständlich nicht zu bezweifeln ist, ihre Zustimmung geben. Ferner hat der Berliner Ortsverein für denselben Zweck 5000 M. bewilligt, und die Verbandsmittelbeständen der übrigen Druckorte werden ebenfalls ihr mögliches thun, um den englischen Arbeitern zu helfen. Außerdem sollen in Berlin Sammellisten in Zirkulation gesetzt werden. — Der Beschluß des Vorstandes der „Eisen- und Stahlindustrie“ der Gewerkschaften, den Maschinenbauern 10 000 M. zu überweisen, ist durch Abstimmung der Mitglieder gut geheißen worden.

Achtung, Parkeithodenleger! Den Kollegen zur Kenntniß, daß seitens des Herrn Peter unsere Forderungen sämtlich bewilligt worden sind. Die diesbezügliche Notiz in der Dienstagnummer des „Vorwärts“ ist hiermit erledigt. Die Kommission.

Spandan. Der gestern von der Kommission der Korbmacher in Gemeinshaft mit zwei Beauftragten des Gewerkschaftsartikels zum wiederholten Male unternommene Versuch, mit der Firma Wärrwalde eine Einigung herbeizuführen, scheiterte an der Starrköpfigkeit der Arbeitgeberin. Infolge dessen wird über diese Werkstelle die Sperre verhängt; ein Viertel der Ausständigen ist bereits abgereist, zu unterstützen bleiben noch 27 Personen. Die hiesigen Zeitungen verbreiten recht lägenhafte Berichte, welche von interessirter Seite herführen.

### Deutsches Reich.

Unter sonderbaren Umständen wurde in Halle die Versammlung des Verbandes der Metallarbeiter aufgelöst. Im Laufe der Verhandlung nahm ein Redner das Wort, der in etwas erregter Weise schilderte, wie er angeblich ohne Grund eine ganze Nacht in Polizeigewahrsam zubringen mußte. Mitten in der Darstellung des Erlebten erhielt der Redner eine sehr unliebsame Unterbrechung, indem sich der überwachende Beamte erhob, die Versammlung auflöste und den Redner verhaftete. Da ein ersichtlicher Grund für diese Maßnahmen nicht vorlag, wird der Bevollmächtigte gegen die Auflösung Beschwerde einlegen.

### Ausland.

Im Vorzuge sollen, wie der „Köln. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet wird, von Anfang August bis zum 20. September den Bergarbeitern Lohnverhöbungen um durchschnittlich 10 pCt. bewilligt worden sein. Diese Mittelteilung soll das Unberechtigte der neuerlichen Forderungen der Bergleute darthun.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Die Kesselbauer der Londoner Schiffs-Reparatur-Werkstätten, denen, wie mitgetheilt, die seit 1892 eingeführte 8 stündige Arbeitszeit von den Unternehmern wieder gekündigt worden ist, haben in einem stark besuchten Meeting dazu Stellung genommen. Sie beschloßen, die Kündigungsfrist zu Ende zu arbeiten, dann die Werkstätten zu verlassen und nicht eher wieder Arbeit aufzunehmen, als bis der Achtstundentag wieder eingeführt ist. Ueber 2000 Arbeiter kommen hier in Frage. Knight, der Sekretär der Kesselbauer-Union, glaubt, daß die Differenzen speziell der Kesselbauer aus London beschränkt bleiben werden. Im Falle der Kesselbauer sei das Vorgehen der Unternehmer ganz und gar unverständlich, denn die Kosten der Reparaturen würden von den Schiffseignern getragen; hier komme auch keine ausländische Konkurrenz in Betracht, wie bei den neuen Schiffen. — Knight wird sich mit dem Sekretär der Schiffzimmerer-Union und dem der Tischler-Union zusammen nach dem Handelsamt begeben. Dieses soll ersucht werden, sich zu bemühen, eine Einigung in dem Konflikt der Schiffsreparatur-Arbeiter herbeizuführen. — Die Maschinenbauer von Victoria (Australien) bewilligten ihren englischen Berufsgeoffenen 1000 Str. Unterstützung. Im Bureau der Maschinenbauer liesen am Dienstag über 56 000 M. ein; die „Daily Chronicle“ hat eine Subskription für die Ausständigen eröffnet.

Unterdessen bleiben auf den Werften viele angefangene Schiffe unfertig liegen. In der Darrow'schen Schiffswerft ist ein hochgehendes Kanonenboot, das für den Nil bestimmt ist. Aber es finden sich keine Maschinenarbeiter, die es zusammensetzen wollen. Es heißt, daß die Firma zwölf deutsche Maschinenarbeiter kommen läßt. Wie die „Times“ aus Kairo vom gestrigen Tage melden, hat die Eisenbahn-Verwaltung vier englischen Firmen bekannt gegeben, daß, wenn sie nicht die Aufträge auf Lieferung von Maschinen-Verständnissen, die wegen des Maschinenbauer-Anstandes nicht erledigt werden sind, sofort ausführen, die Aufträge zurückgezogen und die Maschinen-Verständnisse auf dem Kontinent gekauft werden würden.

Ein Arbeiterkongress, an dem die Unternehmer ihre helle Freude haben, ist am 11. d. M. in London zusammengerufen; es ist der der „freien Arbeiter“. Es sind 100 Delegationen anwesend, die angeblich 182 000 Arbeiter vertreten. Diese Leute wollen Beschlüsse fassen über das „friedliche Zusammengehen“ von Unternehmern und Arbeitern. In England giebt es etwa 14 Millionen Arbeiter; davon sind nur 1 028 000 in Trades-Unions organisiert; den „freien Arbeitern“ sind im letzten Jahre etwa 20 000 neue Mitglieder beigetreten. Diese gegen die Trades-Unions gerichtete Organisation wird selbstverständlich von den Unternehmern durch Zuwendung von Geldmitteln unterstützt, sie hat, wie die Trades-Unions, für ihre Mitglieder Pensionen, Krankenkassen etc. errichtet. Der Präsident gab nach dem „Berl. Tagebl.“ folgende nationalökonomische Weisheiten zum besten: „Seit dem Aufkommen des Neu-Unionismus, der seit dem Lockstreik von 1889 datirt, wo er unter der Führung von Manns, Aillet und Burns aufgedeckt wurde, haben wir tausend, meist unentschuldbare Streiks gehabt, die von sozialistischen Agitatoren, von Männern in Szene gesetzt wurden, die hinsichtlich der ökonomischen Wahrheit konfus und exzentrische Ideen hatten, die da behaupten, mit der Nationalökonomie sei es aus, und der sichere Weg zum Wohlstande und zum Glück sei der, den soliden Grund und die Wirksamkeit für alles das zu ignoriren, was das Glück und das Wohlergehen der Menschheit einschließt. Das Resultat hiervon war, daß nach approximativer Schätzung dem Lande zwei Milliarden Mark in Löhnen und in Tilgung des Handels verloren gegangen sind. Ist es da nicht an der Zeit, daß der Arbeiter selbst denkt und für sich selbst handelt, anstatt Agitatoren dafür zu bezahlen, daß sie ihn auf einen vorhängnisvollen und verderblichen Weg leiten? Diese wohlbezahlten und unverantwortlichen Redner haben dem Arbeiter erzählt, daß das Kapital der natürliche Feind der Arbeit sei. Daß ist eine schamlose ökonomische Lüge. Kapital und Arbeit sind einander unentbehrlich, sie schwimmen mit einander und sinken mit einander.“

Zum Schluß der ersten Sitzung nahmen die sonderbaren Beschläüsse eine Resolution an, in der sie ihre Besriedigung ausdrücken über den festen Widerstand der Arbeitgeber gegen das übertriebene Verlangen der sozialistischen (?) Leiter der vereinigten Maschinenbauer-Gesellschaft nach einem achtstündigen Arbeitstag, der, wenn er gewährt würde, sie in ihren Bemühungen, erfolgreich mit dem Auslande zu konkurriren, lahm legen würde.

In Manchester ist dieser Tage das vereinigte Komitee, welches fünf Arbeitgeber-Vereinigungen der Baumwollenbranche vertritt, zusammengetreten und hat beschloßen, baldmöglichst die Arbeiter zur Theilnahme an einer Bepfändung aufzufordern, in der, wie es heißt, die Zustimmung zu einer fünfprozentigen Lohnverabreichung verlangt werden soll. Von den 38 Mill. Spindeln, die in Manchester, Lancashire, Yorkshire u. s. w. vorhanden sind, sind 4 Mill. bereits außer Thätigkeit gesetzt.

## Soziales.

Reichskommission für Arbeitsstatistik. Laut einer Mittheilung des Vorsitzenden der Kommission finden die im Februar

vergangenen mündlichen Vernehmungen einer Anzahl von Meistern und Gesellen des Müllerergewerbes in der zweiten Hälfte Oktober oder im November statt. Der Verband deutscher Müller und verwandter Berufsgeoffenen in Altenburg bemerkt dazu: „Die Vernehmungen erstrecken sich darauf, festzustellen, ob eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Müllergewerbe notwendig und möglich ist. Eine Anzahl unserer Zahlstellen hat die Aufforderung erhalten, Vertreter zu wählen.“ Die „Soziale Praxis“ erinnert hierbei daran, daß die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in der Müllei bereits im Sommer 1893 begonnen haben!

Grüts schreiben wir 1897 und noch ist nicht abzusehen, wann der schmachlichen Ausbeutung der Mühlenarbeiter ein Riegel vorgeschoben wird.

Um der Weiterverbreitung der sogenannten Wurmkrankheit vorzubeugen, sind die Landrathskämmer der Bergbau-Distrikte Schlesiens angewiesen worden, den Polizeibehörden und Grubenverwaltungen sofort aufzugeben, daß Grubenarbeiter aus ungarischen Gruben, insbesondere solche, die in den Gruben bei Schenitz, Reckwitz, Reschitz, Rühn oder Wrennberg beschäftigt waren, bis auf weiteres zur Arbeit nicht angenommen werden dürfen und eventuell unter Beobachtung der erforderlichen Maßregeln über die Grenze zurückzubringen sind. Etwa inzwischen angenommene Arbeiter sind unverzüglich dem zugehörigen Knappschaftsbezirk zu überweisen, nachdem der zuständige Knappschaftsbezirk und der Kreisphysikus entsprechend verständigt worden sind. Grubenarbeiter aus anderen Gruben Oesterreich-Ungarns oder Italiens sind nicht eher zur Arbeit zuzulassen, als bis durch den Medizinalbeamten bescheinigt ist, daß dieselben nicht mit der genannten Krankheit behaftet sind.

Von Interesse wäre zu erfahren, ob im Gebiete des mächtigen rheinisch-westfälischen Kohlenpudriffs, wo ausländische Arbeiter, darunter ungarische, in großer Zahl eingestellt wurden, behördlich ebenfalls Vorsorge getroffen ist, um der Weiterverbreitung der sehr gefährlichen und sehr ansteckenden Krankheit vorzubeugen. Verursacht wird die Krankheit, die ihren Hauptherd in Wrennberg bei Oedenburg in Ungarn hat und auch bei den am Ban des Gotthardtunnels beschäftigten italienischen Arbeitern sowie bei den Afrikanern auf der Transvaal-Ausstellung in Berlin beobachtet wurde, durch einen kleinen Eingeweidewurm, der hochgradige Blutarmuth hervorruft.

### Vor der Auswanderung nach dem südbrazilianischen Staate Sao Paulo

ist schon mehrfach gewarnt worden. Die im Verlag des Königl. Statistischen Bureaus herausgegebene Statistische Korrespondenz liefert hierfür neues Material, indem sie aus den statistischen Aufzeichnungen über die Bevölkerungsbewegung in 78 Städten Sao Paulo's das folgende mittheilt: Im Jahre 1896 ist für 14 Städte eine Abnahme der Bevölkerung festgestellt, und in 39 ist die Zunahme sehr gering. Unter den Todesursachen sind Tuberkulose, Typhus, gelbes Fieber und Malaria am verbreitetsten aufgetreten. Sao Paulo, die Hauptstadt des Staates, hatte 150 000 Einwohner, von denen im Jahre 1896 6306, d. h. von 1000 Einwohnern 42 gestorben sind. Eine so ungünstige Sterblichkeit hat keine größere Stadt Deutschlands, wahrscheinlich auch nicht Europa's aufzuweisen. In der nächst größeren Stadt Campinas mit 38 921 Einwohnern liegen die Sterblichkeitsverhältnisse noch ungünstiger. Dort sind in demselben Jahre 2734, d. h. 78 von 1000 Einwohnern gestorben; die Zahl der Geborenen übertraf die Geborenen um 855. Kehlich lauten die Nachrichten aus den anderen Städten dieses Staates.

### Wie wenig Werth heutzutage auf ein Arbeiterleben

gelegt wird, lehrt ein Unglücksfall in Nürnberg. Es wird uns darüber mitgetheilt: In der Weberstraße am Neubau des Baummeisters Schreiber wollten drei Maurer am Dachgesims einen schweren Sandstein auf das Gemäuer schieben. Durch den Druck bog sich die dünne Gefüßstange in entgegengekehrter Richtung, wodurch zwei Quertägel aus der Mauer gerissen wurden, auf denen die Maurer standen. Alle drei Maurer stürzten mit dem Stein drei Stockwerk tief auf die Straße. Einer war sofort todt, die übrigen zwei wurden schwer verletzt vom Pluge geschloßt. Die Schuld ist vor allem dem unverantwortlichen Zeichner zuzuschreiben, ungewöhnliches Material zum Gerüstbau zu verwenden. Die Arbeiter hatten vorher den Polier mehrfach erfolglos aufgefordert, die Stangen besser besetzen zu lassen. Der Polier ist verhaftet.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 14. Oktober. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Abg. Graf Dubsky führt Namens des verfassungstreuen Großgrundbesitzes an, daß die Konferenz der Vertretungsmänner des Großgrundbesitzes vom 11. Juli 1897 sich mit den von der Regierung nach dem Sektionschluss getroffenen wenig glücklichen polizeilichen und administrativen Verfügungen beschäftigt habe, welche halt die notwendige Veruhigung zu erzielen, zur Ausbreitung der Bewegung in Deutsch-Böhmen beizugehen. Er verurtheilt das Verhalten der Regierung in dieser Sache. Die Partei des Redners schlägt daher eine motivirte Tagesordnung vor. Diese lautet:

Indem das Abgeordnetenhause das seitens der Regierung bei der Herausgabe des Erlasses vom 2. Juni 1897 beobachtete Verhalten verurtheilt und demselben entschieden seine Billigung anspricht, geht dasselbe über die Urträge der Abg. Hohenburger und Genossen, Wolff und Genossen auf Verletzung des Ministerpräsidenten in den Anlagestand zur Tagesordnung über.

Hiernach wurde die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung morgen.

Wien, 14. Oktober. (W. Z. B.) Ein gemischter Zug fuhr bei der Einfahrt in die Station Gumbach der Staats-Eisenbahn bei starkem Nebel infolge Untauglichwerden einer Dampf-Schleife gegen eine Versuchs-Lokomotive. Die Lokomotive des Zuges wurde dabei unbedeutend beschädigt und zwei Reisende erlitten leichte Kontusionen.

Paris, 14. Oktober. (W. Z. B.) Der Untersuchungsaußschuß der Deputirtenkammer in der Panamaangelegenheit hat heute seine Arbeiten wieder aufgenommen.

London, 14. Oktober. (W. Z. B.) Das Kriegengericht in Devonport hat den Kommandanten des bei dem Zusammenstoß mit dem Torpedoboot-Fertörer „Fynn“ schwer beschädigten Torpedoboot-Fertörers „Trasler“, Travers, nachlässiger Schiffsführung für schuldig erklärt und ihn mit einem strengen Verweise bestrukt.

Cambrai, 14. Oktober. (W. Z. B.) In der Zuckerrabrik in Gœuvres in der Nähe von Cambrai sand eine Kessel-Explosion statt, durch die zwei Arbeiter getödtet und 12 Arbeiter, darunter mehrere lebensgefährlich, verwundet wurden.

London, 14. Oktober. (W. Z. B.) Als Ergebnis der heutigen Konferenz zwischen den Leitern der Schiffsreparatur- und Kesselbau-Gesellschaften London und ihren Arbeitern wurden die angekündigten Ausperrungen zurückgezogen und es wurde ein Aetereinkommen abgeschlossen, trotzdem die Arbeitgeber den Achtstundentag nicht zugestanden haben.

Mailand, 14. Oktober. (W. Z. B.) Die bedeutende Färberei von Bemini in Padua ist durch ein durch Benzinexplosion hervorgerufenes Feuer zerstört worden. Zwei Arbeiterinnen haben bei dem Brande ihr Leben verloren, mehrere andere wurden schwer verwundet.

Madrid, 14. Oktober. (W. Z. B.) Fünftausend Mann Verurtheilungen werden nach vor Ende des Monats nach Anja abgehen.

Sofia, 14. Oktober. (W. Z. B.) In der Nacht eines Budapfcher Blattes, monach am 5. d. M. der montenegrinische Thronpräsident Zwanovic in Sofia vor dem Hotel Odesa von fünf Männern überfallen worden sei, wird weiter gemeldet, daß die fünf Attentäter, die verhaftet worden waren, infolge der Intervention des russischen Generalkonsuls wieder in Freiheit gesetzt wurden. Zwanovic und einige seiner Freunde, welche ihn vertheidigten, sind ziemlich schwer verwundet worden; ersterer mußte ins Spital geschafft werden.



Der Formerkreis.

Der Formerkreis, der während mehrerer Wochen die Öffentlichkeit beschäftigt, ist beendet. Wesentlich materielle Vorteile hat der Streik den Ausständigen nicht gebracht; die Kosten für Unterhaltungen und dergleichen sind auch nicht so groß gewesen, um dem Streik etwa hierdurch eine besondere Bedeutung zu verschaffen.

Deshalb interessanter und typischer für die Auffassung sozialer Angelegenheiten in gewissen Kreisen unseres Volkes waren dafür allerlei Nebenerscheinungen, die sich bei dem Streik gezeigt haben; desto wichtiger sind die Lehren, die die Arbeiter auch aus diesem Ausstand wieder gewonnen haben.

Eine dieser Lehren, eine gewerkschaftliche, sei vorweg genommen. Der Streik war entstanden, weil fünf Formere der Firma Vorfing mit ihrem Meister in Akkord-Differenzen gerathen waren. Es wurden Formere-Versammlungen einberufen und der Streik beschlossen. Am 4. Oktober hatte sich der Konflikt so weit zugespitzt, daß der Verband Berliner Metallindustrieller in seiner Generalversammlung beschloß, die gesammten 27.000 Berliner Metallarbeiter auszusperren. Dies Vorhaben wurde schließlich durch das besonnene Verhalten der Arbeitervertreter vor dem Einigungsamte hintertrieben.

Die Lehre, die aus diesen Vorkommnissen für die Zukunft zu ziehen sein wird, ist: daß die Entscheidung über große Streiks, die Tausende in Mitschuldenschaft ziehen, unbedingt nicht bei den interessirten einzelnen Branchen bleiben kann, sondern in die Hände der verantwortlichen Leiter der Organisationen gelegt werden muß. Die Sache läßt sich ja so handhaben, daß die geringe Zahl der in Differenzen Verwickelten auf ihren Antrag sofort als Gemäßregelte unterstützt wird, woraus dann seitens der Organisation der Fall untersucht und die Chancen eines eventuellen Ausstandes erwogen werden können. Streiks sollten eben nicht schon dann unternommen werden, wenn die Arbeiter mit ihren Forderungen im Recht sind, sondern wenn der Kampf auch gleichzeitig Aussicht auf Erfolg bietet.

Die Nothwendigkeit solcher Geschäftsführung ist auch schon mehrfach betont worden, zuletzt nach dem großen Hamburger Hafenarbeiter-Streik. Und speziell in der Metallarbeiter-Organisation soll diese Frage aus Anlaß des jetzigen Formerausstandes ebenfalls demnächst angeschnitten werden.

Daß, ebenso wie die Arbeiter, auch die bürgerliche Welt — Unternehmer und bürgerliche Presse — Lehren für ihr eigenes Verhalten aus diesem Streik ziehen werde, das glauben wir nicht. Wenn es aber geschehen sollte, dann werden es arbeiterfeindliche Lehren sein, Lehren, wie man die Organisationen der Arbeiter zerstückeln, wie man solche Arbeiter, die für sich, ihre Familie und ihre Klasse eingetreten sind, kennzeichnen, existenzlos machen und dem wirtschaftlichen Untergang überliefern kann.

Der kleine Formerkreis, namentlich die Verhandlungen vor dem Einigungsamte, haben zwar Erscheinungen genug hervorgebracht, die dem Unternehmertum eine Revision seiner Auffassung von Arbeiterangelegenheiten nahe legen sollten. Aber wir hoffen da auf nichts.

Wie eindringlich auch die Arbeiter vor dem Einigungsamte den Unternehmern nahegelegt hatten, daß es notwendig sei, wenn in Zukunft zwecklose wirtschaftliche Kämpfe vermieden werden sollten, daß die Unternehmer, oder deren Organisationen mit den Arbeiterorganisationen in eine gewisse Fühlung treten; daß durch Verhandlungen zwischen den von beiden Seiten anerkannten Leuten oft der Kampf vermieden werden könne; daß, um die Verbitterung auf Seiten der Arbeiterschaft herabzulassen, vor allem die Kennzeichnung und wirtschaftliche Nechtung aufhören müsse — es war unserem Gefühl nach in den Wind gesprochen.

Einer der Unternehmervertreter, Herr Fabrikbesitzer F. Kühn e, erklärte mit freier Stirn, von „schwarzen Listen“ oder dem ähnlichen überhaupt nichts zu wissen; — und doch ist die Mahnung der rühriger Arbeiter der ausgesprochenen, statutenmäßige Zweck des Verbandes Berliner Metall-Industrieller! — Herr Kommerzienrath G. v. d. E. erklärte unentwegt, daß die Industriellen mit keinem Beauftragten der Arbeiter, mit keiner Kommission oder dergleichen über die Angelegenheiten des Gewerbes verhandeln wollen; ja sogar vor dem Gewerbegericht, wo doch Unternehmer und Arbeiter gleichberechtigte Parteien sind, lehnte er es ab, dem Vertreter der Arbeiter direkt zu antworten. — Und der Vertreter der Firma Vorfing, als er sich endlich nach langem Sperren bereit hatte finden lassen, über die eigentlichen streitigen Punkte mit den Arbeitern zu verhandeln, erklärte auf die Frage, ob es ihm recht sei, wenn die Arbeiter zu diesem Zweck eine Kommission wählen: Nein, die Leute werde ich bestimmen! Ich, der selbstherrliche Herr Betriebsdirektor, bestimme hierzu die Herren so und so und so. Mit welchem Recht aber, Herr Betriebsdirektor? Mit dem Recht des unbeherrschten und unbeherrschbaren Kapitalverwalters, der es sich „leisten“ kann. Das Recht ist auf Seiten der Arbeiter, zu ihren Vertretern diejenigen zu wählen, die sie am geschicktesten für solche Verhandlungen halten. — So hatten also bei den Unternehmern die von den Arbeitern vorgebrachten Argumente durchgeschlagen!

Dann die bürgerliche Presse. Wir können und wollen in diesem kurzen Rückblick nicht alle die hinterlistigen Verleumdungen der Arbeiter und die talnudistische Rechtfertigungsversuche des Unternehmervertreters an das schwarze Brett der öffentlichen Verachtung nageln. Nur die gute Tante Voh möchten wir uns noch einmal vornehmen, die auch bei dieser Gelegenheit beweisen wollte, daß sie den Auf nicht unsonst genießt, hinsichtlich der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter mit den Unternehmern zu den arbeiterfeindlichsten Blättern Deutschlands zu gehören. Sie schrieb in vergangener Woche:

„Wenn die Arbeiter grund zur Verbitterung, wie das sozialdemokratische Blatt behauptet, haben sollen, dann könnte sich diese Verbitterung gegen die Verfälscher richten, die mit dem Schlagwort von der „Arbeiter-solidarität“ friedfertige Arbeiter, die gar keine Lust haben, ihre guten Stellen anzugeben und sich in Kämpfe von ungewissem Ausgang zu fügen, nöthigen, Weib und Kind wutlos zu machen und sich von einer Klasse armelig unterstützen zu lassen, während sie sich mit ihrer Hände Arbeit viel besser und reichlicher ernähren könnten. . . . Und den werden sie als ihren schlimmsten Feind ansehen dürfen, der bei der ersten besten Meinungsverschiedenheit ihnen rath, die „schwarze Liste“ der Arbeitersolidarität zu gebrauchen und den Ausstand anzudrohen oder auszuführen. . . . Senzend folgt die Klasse den redgewandten Führern.“

Tas ist doch schon's gelogen! Wo sind die Führer oder Verfälscher, die mit den Arbeitern also verfahren sind? — Das gerade Gegentheil von dem da Behaupteten ist richtig. Die Drängenden sind die unmittelbar unter der Fuchtel des Unternehmertums stehenden arbeitenden Massen; die „Führer“ dagegen spielen nur in allzu vielen Fällen die Rolle der Feuernden, hemmenden, zur Vorsicht mahnenden Beschwichtigungskommissare, weil die wirtschaftlichen Zeilwände für die Arbeiter eben nicht danach sind, große Kämpfe mit Aussicht auf Erfolg führen zu können.

Und wie unendlich naiv stellen sich die Herren aus der Possischen Infanterieplantage, wenn sie schreiben:

„Auch bei diesem Ausstand ist wiederholt die Rede davon gewesen, daß den Arbeitern das Koalitionsrecht unverkümmert aufrechten müsse. Aber von wem ist es befristet worden? . . . Wenn es jetzt heißt, aufgehoben sei nicht aufgehoben, so werden die Arbeitgeber darum sicherlich keine schwarzen Listen anlegen, sondern ihren Schutz in ihrer Einigkeit und in einem guten Gewissen suchen.“

Von wem „Schwarze Listen“ über mißliebige Arbeiter ausgegangen sind? Von wem das Koalitionsrecht der Arbeiter nach Kräften hintertrieben wird? Liebe Tante, das ist vom Verband

Berliner Metall-Industrieller seit Jahren geschehen, und geschieht von diesem und zahlreichen ähnliche Ziele verfolgenden Unternehmerorganisationen noch heute, täglich und häufig!

Im § 1 der unter dem 28. Februar 1897 revidirten Statuten eben des „Verbandes Berliner Metallindustrieller“, der seine Vertreter in Sachen des Falles Vorfing vor das Einigungsamt delegirt hatte, heißt es:

Der Verband hat den Zweck, „gemeinsame Maßregeln durchzuführen, falls in einem der vereinigten Betriebe die Arbeitnehmer versuchen sollten, Lohn erhöhungen oder sonstige Forderungen im Wege der Arbeitseinstellung, Sperre, Berufsverklärung oder auf ähnliche Weise zu erzwingen.“

Und im § 14 heißt es:

„Liegt der Fall des § 13 vor (der eben zitiert), so ist der betreffende Unternehmer verpflichtet, ungekündigt dem Vorsitzenden der Vertrauenskommission Anzeige zu machen und demselben gleichzeitig ein Namensverzeichnis der betreffenden Arbeitnehmer mitzutheilen. . . . Das Namensverzeichnis hat er (der Vorsitzende) sofort der Arbeitsnachweisstelle mit der Aufgabe zuzureichen, die darin bezeichneten Arbeiter von der Zuweisung an Arbeitgeber auszusperren.“

Nach deutlicher, wie im Statut, ist man in vertraulichen Mittheilungen, Zirkularen u. dergl. In einem Zirkular vom September 1896 schreibt Herr Kommerzienrath Fritz Kühnemann unter Hinweis darauf, daß damals einige hundert Metallarbeiter ausständig waren, daß ferner die Schlosser und Maschinenbauer in diese Bewegung zur Erlangung des Neunstundentages und einer Lohnerhöhung eingetreten waren:

„Der Verband steht eine seiner Hauptaufgaben in der energischen Bekämpfung solcher Bewegungen sowie der unberechtigten Forderungen von Seiten der Arbeiter, z. B. Freigabe des 1. Mai als Arbeiterfeiertag, Einführung des Achtstundentages, Abschaffung der Akkordarbeit, prinzipielle Lohnerhöhung u. s. w.“

Davon heißt es in demselben Zirkular von dem Arbeitsnachweis des Verbandes:

„Die Nachweisstelle hat außerdem die Aufgabe, durch entsprechende sorgfältige Kontrolle der Arbeitstendenzen die Werkstätten vor Einstellung von schlechten Elementen, Agitatoren, Arbeitsscheuen, Resistenten, Trunkenbolden u. dergl. zu bewahren.“

Unter hunderten ähnlicher Zettel und Beweise greifen wir noch eine Stelle aus einem Brief der Arbeitergesellschaft vom 1. September 1897 an einen durch schwarze Listen gekennzeichneten, erfolglos von Werkstätte zu Werkstätte irrenden Arbeiter scharf:

„Auf Ihr werbes Schreiben vom gestrigen Tage eruchen wir zunächst, uns schriftlich die Erklärung abgeben zu wollen, daß Sie sich bei WiederEinstellung in diese zu dem Verband der Berliner Maschinenfabriken gehörige Werkstätte zukünftig aller sozialdemokratischen Agitationen, Sammlungen für Streikzwecke oder Aufhebung zu Streik und Beurlaubung der Arbeiter enthalten wollen, wie daß Sie sozialdemokratischen Verbänden, welche diese Zwecke verfolgen, nicht angehören.“

Wie gesagt, auf die älteren ähnlichen Dokumente, wie solche namentlich in der 1891 erschienenen Broschüre „Ein Stempel aus der deutschen Arbeiterklasse“ aufgeführt sind, und in denen nachgewiesen war, daß der Verband nicht nur die obigen Zwecke verfolgte, sondern daß er seinerzeit der Berliner Schymannschaft ein Geschenk von 2000 M. für die starke Inanspruchnahme am 1. Mai gemacht hat, daß er mit den königlichen Eisenbahndirektionen seine schwarzen Listen ausgetauscht hat, und ähnliches wolle wir nicht gar nicht eingehen. — Wir glauben, die hier dargebotenen Proben werden genügen, um die von Unternehmertum und bürgerlicher Presse gemeinsam geleibte Heuchelei nach Gebühr zu brandmarken. Es ist nicht nur ein öffentliches Geheimnis, es ist eine notorische Thatsache, daß in keinem Erwerbszweige mehr als gerade in der Eisenindustrie das organisierte Unternehmertum die Arbeiter mit eiserner Faust dankschuldig, das Erkaren der Arbeiterorganisation, die Ausübung des Koalitionsrechts nach Kräften unterdrückt und diejenigen Arbeiter, die sich durch Vertretung ihrer Klasseninteressen die Ungnade der Unternehmer zugezogen haben, wirtschaftlich zu verfechten und zu verlichten sucht. Das geschieht nicht nur an der Saar, sondern ebenso an der Spree.

Ueber diese Thatsachen hilft alle Heuchelei nicht hinweg. — mag sie sich vor den Schranken des Einigungsamtes in die Loge des Grundheilichens, aller Niedertracht weltersenen Wiedermanns leiden, oder in den Spalten der bürgerlichen Zeitungen als die erkünstelte Privatität einer alten im stillen den Verdienst berechnenden Profitinierin erschleimen.

Was die Arbeiter von der fürsorglichen Bestimmung der Unternehmer und der auf Kosten der Arbeiter bergestellten „öffentlichen Meinung“ zu erwarten haben, das wissen sie allerdings schon lange, aber es hat sich ihnen hier wieder einmal mit wünschenswerther Deutlichkeit gezeigt. Nichts haben die Arbeiter von der bürgerlichen Welt zu erwarten, außer dem, was sie sich selbst nehmen und erkämpfen. Die Arbeiter sind verlassen, verathen und verkauft, wenn sie sich nicht selbst zu helfen verstehen!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 14. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst noch die letzten fünf Anträge Borgmann, deren Verathung in der letzten Sitzung am 30. September auf vierzehn Tage vertagt wurde. Diese Anträge betreffen das Gebiet des Schulwesens im weitesten Sinne. Sie fordern die statistische Feststellung der Zahl der Kinder, welche ohne Frühstück in die Schule kommen, die Aufstellung von Schulklassen, das Verbot gewerblicher Beschäftigung von Schulkindern vor Beginn der Schule, ein Dringstatut zum obligatorischen Besuch der Fortbildungsschule für männliche Arbeiter unter 18 Jahren und Verabsergung der Maximal-Schülerzahl in den Gemeinde-Schulklassen.

Stadtv. Preuß beantragt, die Debatte über die sämtlichen fünf Anträge zu verbinden.

Stadtv. Singer bezweifelt, daß eine derartige Verbindung zur Vereinfachung der Verhandlung und zur größeren Klarstellung führen würde. Auch seien die Materien der einzelnen Anträge mit einander nicht so eng verknüpft, um eine gemeinsame Besprechung zu ertragen. Hedner ist für Ablehnung des Geschäftsordnungs-Antrages.

Stadtv. Stadthagen hält denselben auch nicht für ganz geschäftsordnungsmäßig. Mehrere der Anträge führten in ihrer Konsequenz zu einer Gelbauwendung und müßten daher in einen Ausschuß verwiesen werden. Sollte über alle Anträge zusammen generaliter verhandelt werden, so würden vier Stunden zur Begründung derselben für ihn nicht ausreichen. (Dellerleit.)

Stadtv. Preuß: Es ist hier nur auf eine sachliche Beschlusseignung abgesehen. Zur Verminderung der geschäftsordnungsmäßigen Schwierigkeiten beantragen wir die Verweisung sämtlicher Anträge an einen Ausschuß.

Vorsitzer Dr. Langert hat erklärt es für nicht angängig, beim Widerspruch der Antragsteller gegen den Antrag auf gemeinsame Verathung überhaupt abzustimmen. (Zustimmung.) Es wird also über die Anträge getrennt diskutiert.

Der erste Antrag erucht den Magistrat:

Die Schuldeputation zu beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und wie viel Schüler der Gemeindefschulen diese ohne Frühstück besuchen, und der Versammlung die Ergebnisse dieser Erhebungen mitzutheilen.

Stadtv. Stadthagen: Untersuchungen, wie wir sie hier beauftragen, haben in anderen deutschen Städten bereits stattgefunden. Wir wollen auch für Berlin eine statistische Unterlage haben, um dann auf Mittel zu finden, wie dem Mißstände abgeholfen sein möchte. Es gibt in Berlin tausende von Kindern, welche durch die häuslichen Verhältnisse gezwungen sind, ohne Frühstück die Schule zu besuchen und auch dort nicht erhalten. Die Privatwohltätigkeit hat sich in einigen Stadtgegenden der Sache angenommen; so besteht ein derartiger Verein in der Potsdamer Vorstadt. Aber damit wird dem Uebel nicht gesteuert; und vor allem kommt es darauf an, wie es in den ärmeren und ärmsten Vierteln aussieht. Ich hoffe auf einstimmige Annahme unseres Antrages.

Stadtverordneter Vertam: Man kann dem humanitären Werke der Frühstückverteilung in verschiedenen Formen gerecht werden. Ein Wohltäter, der bei Lebzeiten nicht genannt sein wollte, Herr Levy, hat dafür einen Fonds gestiftet, der jetzt 27.000 M. beträgt. Auf andere Weise, durch die Gründung von Vereinen, hat sich Frau Agnes Blumenfeld auf diesem Gebiete große Verdienste erworben. Auf diesem Wege sind im vorigen Jahre etwa 8400 M. ausgebracht und verwendet worden. Das hervorgeratene Bedürfnis ist durch private Ermittlung bisher stets gedeckt worden. Der vorgeschlagene neue Weg läßt keinen Vortheil erkennen; durch die Kenntniss der bloßen Zahl wird der Hunger der Kinder nicht gestillt. Man kann doch nicht an jedes beliebige Kind jede beliebige Frage nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richten; man darf nicht so in die Familienverhältnisse eingreifen. (Unruhe.) Der Antrag wäre in der Ausführung in der That ein Anfang zum Kommunismus. Dem Werke wird es viel dienlicher sein, wenn man die Privatwohltätigkeit tatig gewähren läßt und nicht bei den Privatwohltätigern die Meinung erweckt, daß sie sich zurückziehen sollen, weil die Gemeinde da ist, um für das Bedürfnis aufzukommen. Nehmen Sie daher von dieser Statistik Abstand, bewilligen Sie lieber als Stadtverordnete die Subvention, welche nöthig ist, um das angefangene Werk richtig fortzusetzen.

Stadtv. Paul: Ein Nothstand muß in gewissem Umfange zugegeben werden; hat doch die Stadt bereits 8000 M. zur Unterhaltung des erwähnten Vereins in den Etat gestellt. In den Sommermonaten ist das Bedürfnis geringer. Es hat sich ferner herausgestellt, daß ein großer Theil der Kinder, welche ohne Frühstück in die Schule kommen, vor Beginn der Schule anderweit beschäftigt waren. (Hört, hört!) Ich würde die Feststellung des wirklichen Bedürfnisses für einen Fortschritt erachten, damit untersucht werden kann, ob etwa eine Verschlebung der Eltern vorliegt, oder die Stadt den Kindern die Wohlfahrts-Einrichtungen erweitern muß. Ueberweisen Sie den Antrag einem Ausschuß!

Stadtv. Dr. Schwabe sucht dagegen auszuführen, daß die Befragung der Kinder keine zuverlässigen Resultate liefern kann.

Stadtv. Stadthagen: Einen Widerspruch gegen unseren so beschiedenen Antrag habe ich selbst seitens des Magistrates nicht für möglich gehalten, nachdem in deutschen Städten schon solche Aufnahmen stattgefunden und zu Maßnahmen geführt haben. Sollte wirklich die Statistik etwas schlimmer ansehn, als ich selbst fürchte, so ist es immer noch verzeihlicher, ein Kind mehr zu speisen, als ein bedürftiges hungern zu lassen. (Sehr wahr!) Selbst der gegenwärtige preussische Kultusminister hat dieses Bedürfnis anerkannt. Ihre Pflicht ist es, als Magistrat der Stadt (Große Unruhe) für alles zu sorgen, was die Zwecke der Schule und der Schulerziehung zu fördern geeignet ist. Sollte es Eltern geben, die, obwohl sie die Mittel haben, ihre Kinder ohne Frühstück in die Schule schicken, so haben wir doch Zwangsmittel dagegen. Lassen Sie sich nicht von einer ganz unberechtigten Furcht vor den Anfängen des Kommunismus leiten! Es handelt sich hier einfach um eine Aufgabe der Schule, um eine Erscheinung, die sich aus der Schulpflicht ohne weiteres ergibt. Wollen Sie denn das Odium auf Berlin wälzen, daß es die Pflicht vergessen hat, für einen guten, geordneten Schulunterricht zu sorgen?

Stadtverordneter Vertam: Die Mahnung zur Pflichterfüllung hat mich kalt gelassen, weil ich in diesem Falle zuerst und lange, ehe hier in der Versammlung davon die Rede war, es veranlaßt habe, an bestimmten Stellen das Frühstück zu verteilen. (Bravo!) Warum wir der geforderten Statistik entgegentreten? Wenn Sie ein wenig nachdenken, wie eine solche Statistik entsteht, so werden Sie sich überzeugen, daß sie unmöglich ist. (Lachen.) Die Zahl der betreffenden Kinder ist ja nach Umständen an den verschiedenen Tagen ganz verschieden. Die Zahlen, welche die einzelnen Klassen für die einzelnen Schiller angeben, haben wir hier, wir können sie aber aus diesem Grunde nicht brauchen. Mein Kalkulator hat die Zahl auf 4665 berechnet. Gibt es einmal ein solches Frühstück, so werden alle Kinder in der Klasse erklären, sie hätten nicht gefrühstückt. (Dellerleit.) Man nenne mir doch die anderen Städte! (Stadtv. Stadthagen: Genua, Leipzig, Dresden, Frankfurt) Ja, aber wer bürgt für die Sicherheit der Aufnahmen? Diesen Grundfehler können Sie nicht beseitigen. Die hungrigen Kinder, die wir sehen, werden wir auch immer mit Frühstück versorgen können. (Beifall.)

Stadtv. Baumgarten: Die Herren Antragsteller legen es sonst darauf an, die armen Kinder unkenntlich zu machen, darum verlangen sie unentgeltliche Bücher-Versorgung; hier machen sie es ungenügend, hier wollen sie die armen Kinder ganz besonders aus den übrigen herausheben. (Sehr gut!) So wie die Statistik erhoben ist, wird es heißen: alle Kinder müssen das Frühstück frei geliefert erhalten! Man trete nicht auf diese Bräde, von der wir nicht wissen, wohin sie führt. Es ist schon erwähnt, daß vielfach die Kinder vor der Schule gewerblich beschäftigt waren. Das sind vielfach die Kinder armer Wiltwen, die diese Drogen gern mitnehmen. Die Thätigkeit dieser Kinder deutet sich oft so an, daß es wohl vorkommen mag, daß vergessen wird, daß die Kinder Frühstück einreden. (Dellerleit und Lachen.)

Stadtv. Singer: An der Wichtigkeit der Ausführungen Stadthagens hat der Stadtschulrath kein Jota geändert. Seine Entgegnung hat wohl auf uns alle einen acquälten Eindruck gemacht, er hat mit allerlei Gründen um die Sache herumgeredet. Tangt die bisherige Statistik nicht, so hindert ihn doch nichts, eine bessere zu machen. Solche Statistik müßte natürlich zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Tagen aufgenommen werden. Die Zahl 4665 scheint der Schulrath für enorm hoch zu halten; nach den Ausführungen des Stadtverordneten Paul dürfen es aber wenigstens 12.000 sein. Wenn Sie diese Dinge auf die Privatwohltätigkeit verweisen, so verfahren Sie doch mit allen städtischen Schulleistungen ebenso! Hier das Gespenst des Kommunismus heraufbeschwören, ist der Stadt Berlin unwürdig. Sehr besondert hat mich, daß Herr Baumgarten meinte, es liege an der Faulheit und Bequemlichkeit der Mütter, wenn die Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen. (Stürmischer Widerspruch; Unruhe: Das hat er nicht gesagt!) Wie falsch diese Meinung ist, ergibt sich ja aus Ihrem jetzigen Widerspruch. Jene Frauen, die erst aufstehen, wenn der Arbeiter schon sein halbes Tagewerk hinter sich hat, rekrutiren sich nicht aus den Arbeiterkreisen. Wir würden es allerdings auch für kein Unglück halten, wenn, wie in Frankreich, Schulklassen eingerichtet würden, in denen sämtliche Kinder gespeist werden. (Lachen.) Durch Ihren Widerspruch gegen den Antrag lassen Sie es zu, daß tausende von Schulkindern in Berlin verkommen.

Damit schließt die Debatte. In persönlicher Bemerkung befreit Stadtv. Baumgarten, alle armen Frauen als faul bezeichnet zu haben; solche Derglosigkeit habe ihm ferngelegen. Der Antrag Paul und der Antrag Borgmann selbst werden abgelehnt.

Ferner wird von den Stadtv. Borgmann und Genossen zweis einer geordneten ärztlichen Untersuchung und Ueberwachung des Befindlichkeitszustandes der städtischen Schüler die Aufstellung von Schulklassen und die Einstellung der hierfür und zur Ausbildung



der Lehrer in der Hygiene erforderlichen Mittel in den Etat für 1898/99 gefordert.

**Stadt Dr. Jadel:** Seit 1890 als unser Antrag wegen der Schulärzte einfach abgelehnt wurde, hat in den letzten sieben Jahren diese Frage so an Bedeutung gewonnen, daß wir eine einfache Abweisung nicht mehr erwarten. Der Hauptgrund ist immer noch die angebliche Untergrabung der Autorität des Lehrers durch einen Schularzt. Diese Befürchtung ist aber eine eingebildete. Der deutsche Lehrertag von 1888 hat die Anstellung von Ärzten gefordert, ebenso der Berliner Lehrerverein. Dazu sind in neuester Zeit eine Reihe anderer gleich gewichtiger Zeugnisse gekommen, so die Resolution des deutschen Lehrertages in Wiesloch. Andere Kommissionen sind inzwischen zur Verwirklichung der Forderung geschritten. Warum bleibt Berlin zurück? Nach einer weitverbreiteten Meinung, weil diese Anträge von Sozialdemokraten ausgehen. Ich persönlich sehe den Grund darin, weil unser leitender Pädagoge einfach „nein!“ sagt und in der Sache nicht mit sich reden läßt. Er erklärt die Gesundheitsverhältnisse der Schulen und der Schüler für ausgezeichnet, und meint, die Anträge seien nicht, was sie wollten. Wie es mit der angeblichen Vorzüglichkeit der Gesundheitsverhältnisse in den Schulen steht, dafür braucht bloß auf die neuen Untersuchungen der Luftverhältnisse hingewiesen zu werden, die zum Teil von den Lehrern selbst vorgenommen sind. Aber der Schulrath sagt, sie sind ausgezeichnet, und er kann das sagen, denn es ist kein Schularzt da, der das Gegenteil sagt. Die elenden Luftverhältnisse können nicht besser werden, wenn nicht durch regelmäßige Untersuchungen durch die Schulärzte Wandel geschaffen wird. Eine Ausnahme machen nur die sehr wenigen Gebäude allerjüngsten Datums. Ein Fleck sind auch die heutigen Schulbänke, welche den Kindern die Augen verderben, die Wirbelsäule verkrümmen und den Brustkasten einengen müssen. Ebenso steht es mit der täglichen Schulreinigung, welche schon 1892 vom Stadtschulrath versprochen, aber bis heute nicht eingeführt ist. (Vorheriger Langerhans ersucht den Redner wiederholt, nicht so sehr ins Einzelne einzugehen). Die für einige Schulen in Moabit versuchsweise eingeführte dreimalige Reinigung in der Woche sollte im Gegenteil noch einiger Zeit durch eine zweimalige ersetzt werden! Gegen die Brausebäder dieselbe Feindseligkeit. Da fehlt doch also jeder Sinn für Hygiene. Die Krankheit der Uebertragung von Läusen durch die Schulkinder gehört ebenfalls in dieses Kapitel. 44 bis 55 pCt. aller Schulkinder, die der als Forscher anerkannte Arzt Dr. Neumann untersucht hat, waren mit Läusen behaftet. Nur schulärztliche Ueberwachung kann hier Besserung ermöglichen. Alle ansteckenden Kinderkrankheiten können ebenso nur durch schulärztliche Ueberwachung eingeschränkt werden. Am ersten Tage seiner amtlichen Thätigkeit mußte der Schularzt in New-York von 4000 ihm vorgeführten Kindern 140 als mit ansteckenden Krankheiten behaftet nach Hause schicken! Nur der Schularzt kann erkennen, ob das Kind körperlich oder geistig schon für den Unterricht reif ist oder noch zurückgestellt werden muß. (Vorheriger Dr. Langerhans hält diese Ausführungen nicht mehr für ganz zur Sache gehörig.) Auch die Hygiene des Unterrichts selbst hat der Schulrath in Hand mit dem Lehrer wahrzunehmen. Die Frage der Ueberbelegung, der Einrichtung des Stundenplans u. s. w. — alle diese Fragen werden erst dann eine befriedigende Lösung finden.

**Stadt. Sanitätsrath Ruge:** Die Ärzte sind einzig in der Meinung, daß die Anstellung von Ärzten notwendig und dringend erforderlich ist. Im einzelnen treten freilich Schwierigkeiten hervor, besonders in der Art der Kompetenzverteilung zwischen den Ärzten, den Lehrern und den Schullehrern. Die Arbeit, welche dem Schularzt aufgebürdet werden müßte, ist so groß, daß wir mit einem allein nicht auskommen würden, sondern derselben eine ganze Anzahl, und zwar auskömmlich besoldet, nöthig haben würden. Ich beantrage die Ueberweisung des Antrages an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

**Stadtschulrath Vertram:** Wir haben uns schon 1884 in Hannover mit Autorität sehr ausführlich über Schulärzte unterhalten; original ist also dieser Antrag nicht. Eine feste Theorie der Schulbänke existiert noch heute nicht; wir suchen noch immer das beste System. Jedemfalls liegen die Forderungen auch in dem jetzigen System, welches etwa 20 Jahre alt ist, gut. Die tägliche Reinigung wird wohl mal kommen (weiterleitet); mir kann man daraus, daß sie noch nicht da ist, keinen Vorwurf machen. Die Behauptung des Herrn Neumann von der ungemessenen Verbreitung des Ungeziefers haben wir seitens der Schuldeputation prüfen lassen; die Armenärzte sind ersucht worden, ein halbes Jahr lang die Schulkinder, die ihnen vorkommen, auch daranshin zu untersuchen. Herr Jadel hätte vielleicht eine Statistik verlangt. (weiterleitet.) In 40 Medizinalbezirken ist überhaupt nichts gemeldet worden, nur in zwei bis drei sehr ungünstig gelegenen Medizinalbezirken haben sich 30 pCt. gezeigt, nicht 55. Man kann also nicht die Klage erheben, daß unsere Schulen vom Ungeziefer zu leiden hätten, auch die Zahl der ansteckenden Krankheitsfälle ist bei weitem geringer, als behauptet worden. Wenn der Schularzt alles machen soll, wo bleiben dann die praktischen Kräfte? Wir treten nur dem Anspruch entgegen, daß der Arzt allein das kompetente Urtheil haben soll. — Eine besondere Nothwendigkeit für Ausschussberatung liegt nicht vor, da der Gesundheitszustand der Kinder sich zusehends verbessert.

**Stadtrath Straßmann:** Die Schularztfrage ist noch nicht abschließend geordnet. Auch die Meinungen darüber, welche Krankheiten durch die Schule begünstigt werden, sind noch getheilt. Die Kurzsichtigkeit wurde lange der Schule zugeschrieben; jetzt ist es erwiesen, daß sie wesentlich durch die häusliche Arbeit und deren ungewöhnliche Abfolge herbeigeführt wird. Nehulisches gilt von der Wirbelsäule-Verkrümmung und vom Nasenbluten. Ganz abgesehen von der finanziellen Belastung und von der Auswahl der passenden Persönlichkeiten treten zwei Hauptschwierigkeiten hervor. Die eine ist die Einmischung des Schulrates in die Familien, der Eingriff in das elterliche Bestimmungsgewalt. Die Eltern schicken ihre Kinder in die Schule, um sie dort unterrichten zu lassen, nicht aber, um sie von Ärzten, die nicht ihre Vertrauensärzte sind, untersuchen zu lassen. (Zwischenruf: Das Recht auf Krankheit in der Familie!) Die zweite Schwierigkeit ist die bautechnische. Bei dieser Sachlage ist eine zwingende Nothwendigkeit für das Eingehen auf eine so alles umwälzende Institution nicht gegeben.

**Stadt. Werkenberg** stellt sich den Antragstellern als Pädagogen und als Gegner der Schulärzte vor. Für Ausschussberatung tritt aber auch er ein.

Damit schließt die Debatte. Im Schlusswort konstatirt Stadt. Jadel, daß sich jetzt ein direkter Widerspruch gegen die Einrichtung als solche nicht mehr ergeben hat, während mehrere der Sache freundliche Stimmen sich haben vernahmen lassen. Schulrath und Lehrer, dieser natürlich hygienisch ausgebildet, wäffeln Hand in Hand arbeiten, dann fallen alle Konflikte fort. Die Statistik des Dr. Neumann hat viel höheren Werth, als die der Kräfte, die für diese Untersuchung gelegentlich herangezogen werden.

Der Antrag wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die folgenden Anträge sollen nach einem Antrag Meyer auf die nächste Sitzung verlagert und am Schluß derselben verhandelt werden.

**Stadt. Singer** widerspricht dem letzteren Theil des Antrages; entweder man nimmt die Anträge ernst und dann verlegt man die Verhandlung nicht in ein so spätes Stadium, oder man sagt frei heraus, daß man sie nicht ernst nehmen will!

**Stadt. Meyer:** Die Anträge nehmen uns alle Zeit für unsere übrigen notwendigen Arbeiten für die Magistratsvorlagen fort. Fast nicht es den Zuhörern schreien, als hätten wir hier einen Parteitag, denn drei Stunden lang haben die Herren ihre Reden ausgeprochen. Die Anträge haben gar keine Güte; im übrigen sind wir den Antragstellern in jeder Weise entgegengekommen. Auch die Anträge des Herrn Singer wegen der Arbeitseinstellung auf der Gasanstalt in der Fichtstraße bitte ich abzulegen.

**Stadt. Singer** protestirt gegen die Zensur, welche der Vorredner an der Länge der Reden der Antragsteller geübt hat. Nach Herrn Meyer würde man bloß die Magistratsanträge erledigen, wenn man Initiativanträge an den Schluß der Tagesordnung setzt, macht man eine geordnete Diskussion unmöglich. Die Geschäftsordnung gebe doch den Anträgen die Priorität. Warum kann man denn nicht zwei Sitzungen in einer Woche abhalten? Warum müßten denn die Mitglieder durchaus schon um 1/2 Uhr in den Keller gehen? (Große Heiterkeit.)

Vorheriger Langerhans bestätigt, daß die Anträge nach ihrer Priorität auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, während Stadt. Meyer dabei bleibt, daß sein Antrag geschäftsordnungs-mäßig zulässig ist.

Die Absehung wird beschloffen, der zweite Theil des Antrages Meyer abgelehnt.

Die als dringend und unabwieslich erkannte Nothwendigkeit der Verbreiterung der Landsbergerstraße vom Alexanderplatz bis zur Fichtmannstraße soll nach einer Vorlage des Magistrats auf 18 Meter und zwar durch Festsetzung einer neuen allmählig bei der Gelegenheit von Neubauten durchzuführenden Fluchtlinie auf der Südseite erfolgen. Der niedergelegte Ausschuss hat die Vorlage abgelehnt und schlägt vor, den Magistrat zu ersuchen, ein neues Projekt auszuarbeiten, welches eine Verbreiterung auf 18 Meter vorsieht und in 10 Jahren zur Durchführung gelangt.

Der Ansuchenantrag wird angenommen.

Ein Antrag der Stadt. Dins, Cassel u. Gen. geht dahin: Den Magistrat zu ersuchen, eine ärztliche Untersuchung aller im städtischen Dienste Anzustellenden schon vor deren Eintritt in den Dienst stattfinden zu lassen.

Antragsteller Stadt. Dins fährt einige Fälle an, in welchen der Mangel der vorgängigen Untersuchung zu großen Unzulänglichkeiten für die im städtischen Dienst definitiv Anzustellenden geführt hat, und erwähnt, daß der Magistrat schon jetzt vielfach so verfähre. Mit der vorgängigen Untersuchung würde man den größten Theil dieser unliebsamen Fälle ausschneiden.

Nachdem sich der Oberbürgermeister Zelle der Zustimmung der Antragsteller vergewissert hat, daß die zweite definitive ärztliche Untersuchung nicht ausgeschlossen sein soll, bekämpfen die Stadt. Sachs und Meyer übereinstimmend den Antrag als zu weitgehend, insofern als er sich etwa auch auf alle städtischen Arbeiter beziehen solle, und als überflüssig.

Stadt. Kallisch empfiehlt kurz den Antrag.

Die Antragsteller ändern den Antrag dahin, daß nur von „fest“ Anzustellenden die Rede sein soll.

Auch in dieser Fassung sagt der Antrag in dessen dem Stadt. Schwabe noch nicht zu; er will das bisherige Verhältnis bestehen lassen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ueber die Bestimmung der Kosten für den Transport gemeingefährlicher hilfbedürftiger Geisteskranker nach den Irrenanstalten haben sich Differenzen zwischen der Stadt und der Polizeiverwaltung ergeben, welche zu Verhandlungen und zu einem Vertrage geführt haben, wonach die Stadt die größere, die Polizei die kleinere Hälfte der Kosten tragen soll.

**Stadt. Stadthagen** befürwortet, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen, da die Stadt zur Uebernahme der ihr hier angefallenen Leistungen keineswegs verpflichtet sei, sondern nach Lage der Gesetzgebung bis zu einem gewissen Grade auch die Polizeiverwaltung, speziell die Charité, in dieser Hinsicht bestimmte Verpflichtungen hätten.

Unter Ablehnung des Antrages Stadthagen erteilt die Versammlung dem Vertrage ihre Genehmigung.

Die Vorlage betr. den Umbau der Drankenbrücke fordert Stadt. Weber in einem auch von 5 sozialdemokratischen Mitgliedern unterstützten Antrag.

Der Antrag wird vom Stadt. Ed mit der effektiven Nothlage an dieser so frequenten Verkehrsstelle mit einem täglichen Wagenverkehr von 11000 Fußwegen begründet. Die seitlichen Einfahrten seien nicht entfernt geeignet, den hervorgetretenen Unzulänglichkeiten zu begegnen.

**Stadt. Goldschmidt** bittet, auch den baldigen Umbau der Adalbertbrücke ins Auge zu fassen.

**Stadt. Dins** wünscht, daß der neue Stadtrath für den Tiefbau baldmöglichst einen Generalplan für die notwendigen Brückenbauten und Straßenerweiterungen vorlege.

**Stadt. Meyer** widerspricht diesem Verlangen und beantragt Ausschussberatung des Antrages.

Es wird nach letzterem Antrage beschloffen.

Die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Versammlung sollen am 8., 9. und 10. November stattfinden. In der dritten Abtheilung haben sich die Wählerzahlen so erhöht, daß die Wahlbezirke sämtlich in Unterabtheilungen zerlegt werden müssen. Für den 40. Bezirk (Moabit) sind nicht weniger als 10 solcher Abtheilungen in Aussicht genommen; 2 Bezirke sollen in je 5, 5 in je 3, 6 in je 2 Unterabtheilungen zerfallen. Der 40. Bezirk hat 25537, der 3 nur 4174 Wähler. In der I. Abtheilung befinden sich 1261, in der II. 8990, in der III. 298 635 Wähler, wovon diesmal 181 890 nicht zur Wahl aufgerufen sind.

Die betreffende Vorlage geht an einen Ausschuss. Schluß 1/410 Uhr.

## Tokales.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Wir machen die Parteigenossen und Genossen nochmals auf den heute Abend in der Zusehr. 10, II beginnenden Kursus in Rechtskunde (Vortragender Rechtsanwalt W o l f g. H e i n e) aufmerksam und bitten um zahlreiche Theilnahme. Monatsbeitrag 20 Pf., Unterrichtsgeld (10 Abende) 1 M. Der Vorstand.

**Ein neues Recht, ein Recht auf Hunger und ein Recht auf Krankheit** der Schulkinder scheinen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung die Vertreter des Magistrats zu beschwören. „Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind“ — das war das nicht ausgesprochene, aber unbewusste Leitmotiv im ersten Theil der letzten Stadtverordneten-Versammlung für die „Freiwilligen“ des Nothden Hauses, geleitet vom Schulrath Vertram. Lediglich eine Erhebung, ob und wie viele Schüler ohne Frühstück die Gemeindeschule besuchen, verlangten unsere Genossen. „Nichts da. Wir können, wir dürfen, wir wollen keine Zahlen haben. Die Freiheit der Familie könnte gefährdet werden. Die Privatwohlfahrt reicht aus. Reicht ab, sonst kommt auf Grund der Zahlen — der Kommunismus.“ Der freiwillige Stadtverordnete Dr. Paul legte als Mitglied eines privaten Schulkinder-Speisevereins angeblich aus seiner Erfahrung heraus dar, daß selbst im reichen Westen in acht Schulen 450 Kinder auf Frühstück durch den Verein angewiesen sind. Danach würden also in den 218 Schulen der Stadt weit über 12000 Kinder ohne Frühstück in die Schule gehen! Vergeblich legte Stadthagen dar, daß die Empfindlichkeit der Kinder für Unterricht nicht vorhanden sein könne, und daß die körperliche Entwicklung der hungernden Kinder Schaden leiden müsse, daß die Allgemeinheit, die die Schulpflicht anerkennt, auch die Pflicht hat, wenigstens zu untersuchen, ob die Voraussetzungen für einen gedeihlichen Unterricht vorhanden seien. Vergeblich legte er und Singer der freiwilligen Mehrheit die Thorheit ihrer Furcht vor dem Kommunismus klar. Der Antrag wurde abgelehnt. Durch diesen Beschluß hat die freiwillige Mehrheit einen so hohen Grad von Kulturfeindschaft, Inhumanität und Mangel an Gemeinnützigkeit, wie er selbst bei den reaktionärsten Osebiern selten anzutreffen ist. Und die Osebiere heucheln wenigstens nicht, Kulturfortschrittlich oder human sein zu wollen. Die freiwillige Mehrheit will die Noth nicht festgestellt wissen. Sie gleicht jenem Thoren, der da glaubte, die Sonne dadurch befeuchten zu können,

daß er seine Fensterscheiben mit Papier beklebte. Mehr Glück hatte der ferner von unseren Genossen wiederholt gestellte Antrag auf Einsetzung von Schulärzten. Der Antrag wurde einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen, obwohl auch hier vom Magistratsratte aus Bekämpfung eintrat und gar Eingriffe in das Recht der Familie (auf Krankheit ihrer Kinder?) in den schwärzesten Farben als Schreckgespenst den Stadtvätern vorgemalt wurden. Daß unsere Genossen auch auf dem Schulgebiet solch reaktionäre Widerstand seitens der freiwilligen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung und gar von der Schulverwaltung geleistet werden würde, hätten wir für kaum möglich gehalten. Seien die Herren vom „Freisinn“ nach der Ehre, das geistige Brod der Kinder Weillins schlechter zu gestalten, als es den Kindern des Junkerparadieses dargebracht wird? Fürwahr, ein wunderbar „liberaler“ Ehrgeiz.

**Streifzüge eines Arbeitlosen.** Soldatenleben — et, daß muß lustig sein! heißt es in einem bekannten Liede. Hinterher zeigt der Verfasser allerdings in launiger Ironie, wie äußerst lustig es ist, dem Vaterlande zwei Jahre dienen zu können. Den Anfang dieses lustigen Lebens kann man in diesen Tagen an der Straße beobachten. Früh schon durchziehen kleinere und größere Trupps junger Leute die Straßen, die von den Bahnhöfen nach den Kasernen in Nordwest führen. Noch blicken die künftigen Vaterlandsvertheidiger mit frohem Muth und erkaunt um sich; viele von ihnen sehen zum ersten Mal das häßliche, verwirrende Getriebe der Großstadt. Einzelne nur blicken übermüthig und blaß geraden oder starren auf den Boden; gleichmüthig trotten sie in der Schaar mit, die von mehreren Unteroffizieren und Gefreiten, die zur Feier des Tages weiße Handschuhe tragen, wie von treuen Hirten behütet wird. Anderen, die ihren Stützfuß fest ins Genick geschoben haben, sieht man jenen Uebermuth aus den Augen leuchten. Der ein wenig an Verzweiflung grenzt. Noch kann man erkennen, was die Herren Meuten als „schäbige Zivilisten“ vorstellten. Da geht der ungelente Banerersohn mit einer Riste unter dem Arm neben dem leichtschreitenden Arbeiter, der einen schweren Koffer an der Hand trägt. Zwischen einem Trupp von Landarbeitern, die in einem bunten Tuch ihre ganzen Posseligkeiten schleppen, geht ein gewiß blinkender Kaufmann, der in seinem hellen Mantel und steifen, breitrempigen Hitzhut auffällt zwischen den knöchigen Gefallen in knappen Hosen. Sein elegantes, mit Metall beschlagenes Köcherchen schwingt er bald von der einen zur anderen Schulter, während er leise mit einem hageren, ausgehungerten Menschen plaudert, der, die Hände in den Taschen der schäbigen Hose, unbeschwert von jedem Eigenthum, mit dem gleichgültigen Frohsinn des Zippelbruders dahinjarmarschirt. . . . Endlich sind sie auf dem Kasernenhof einem Regiment zugeeilt. Gegen Mittag verlassen sie ihn in großen Zügen. Das lange Stehen und lange Springern hat sie stumpf und matt gemacht. Wangenroth im kalten Herbstwind, trotten sie mechanisch nach dem Gebäude, wo man ihnen die noch lebende Volkserziehung angebeihen lassen wird. Das, was sie noch äußerlich zu gewöhnlichen Sterblichen machte — der ordinäre Zivilrock — ziehen sie auch bald aus — ihre Kleider werden auf der Kommer verpackt. Da wandert auch recht oft der ganze innere Mensch mit. In der nach Kommissbrot und Puzung duffenden Anstalt zur Brauchbarmachung des gemeinen Zivilisten ist kein Raum für andere Empfindungen wie jene, die dem Militarismus dienen. Da, welche Lust Soldat zu sein!

**Kleinräumer im Kampfe gegen die wirtschaftliche Entwicklung.** In der letzten Versammlung des Vereins Berliner Kolonialwaarenhändler wurde beschloffen, mit Rücksicht auf das ständige Ueberhandnehmen der Rossum- und Beamten-Vereine, sowie der großen Waaren-Bazare, bei dem Magistrat dahin vorstellig zu werden, daß sich die Behörde entschließen möge, bei derartigen Unternehmungen und Establishments eine Umsatzsteuer von 2 pCt. zu erheben. Begründet wird dies Gesuch, dem sich auch noch viele andere industrielle Vereine anschließen wollen, mit der ungenügenden Behauptung, daß durch solche Bazare niemandem ein besonderer Nutzen entsiehe. Dann wird richtig gesagt, daß durch die Bazare zc. hunderte von Kleinhändlern auf das empfindlichste geschädigt, in ihrer Existenz bedroht und in ihrer Steuerkräftigkeit heruntergesetzt werden. Ebenso würden in ganzen Straßenzügen die Grundstücke entwerthet, da in der Umgebung solcher Unternehmungen Läden nur schwer und zu heruntergesetzten Preisen zu vermiehen seien. In richtiger Erkenntniß der traurigen Lage der Kleinhändler sei seitens der sächsischen Regierung eine derartige Umsatzsteuer bereits eingeführt worden.

Daß die Kleinräumer zur Darstellung ihrer zum Theil gewiß verzweifelten Lage anführen, trifft alles zu, aber aus dieser fatalen Lage können sie durch keine reaktionären Gewaltmaßregeln errettet werden.

**Gegen den Gesekentwurf über die Regelung der Arbeitszeit der Handlungsgestellten** macht sich, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, in kaufmännischen Kreisen ein starker Widerstand geltend. Sobald die Einzelheiten des Entwurfs bekannt geworden sein werden, soll durch eine Massenpetition der kaufmännischen Arbeitgeber-Vereine dagegen Stellung genommen werden. Es ist ja weltbekannt und durch dazugehörige Anstände, in welche die Arbeiter hineingetrieben wurden, erwiesen, daß einer gewissen Unternehmerkategorie jede Verbesserung der Lage ihrer Angehörten ein Greuel ist. Wie sollte es in diesem Falle anders sein? Es kennzeichnet gerade die Verbohrtheit und Feindschaft des Unternehmertums gegen alle den Angehörten zu gute kommenden Kulturfortschritte, daß es sich grundtätig gegen den Gesekentwurf lehrt, bevor es noch dessen Bestimmungen im einzelnen kennt.

**Der Magistrat** hat die Uebertragung der der Firma Siemens u. Halke aus dem Vertrag über die elektrische Hochbahn zuzustehenden Rechte auf die neugebildete Gesellschaft für elektrische Hochbahn und Untergrundbahn in Berlin genehmigt.

**Eine Statistik der Berliner Spezialitätenlokale** ergibt nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ das Vorhandensein von 74 Establishments der verschiedensten Kategorien, in welchen regelmäßig Künstler ihre Künste zum besten geben. An der Spitze stehen 9 große Spezialitäten-Theater, darunter Wintergarten, Apollo-Theater, Reichshallen-Theater, Kaufmann's Varieté, Freypalast u. s. w. Ihnen folgen 28 eigentliche Chantanten, unter diesen 12 Lokale, die auf den Besuch von fogen. Familienpublikum reaktivieren, während in 16 Bedienung von guter Hand eingeführt ist. In 7 Chantanten ist der Besuch von Damen sogar anscheinend recht unerwünscht, da man ihn, während Herren freien Eintritt haben, durch Erhebung eines Eintrittsgeldes von 50 Pf. bis zu 1 M. fernzuhalten sucht. Ansteden existiren 21 Sommer-Establishments, in denen nur einen Theil des Jahres über gespielt wird. 8 Konzertsäle mit Gesang, sowie 8 Ballsäle, in welchen Ballets zur Ausführung gelangen, vervollständigen diese Liste.

**Das meteorologische Institut,** welches in diesen Tagen sein 50jähriges Jubiläum feiern soll, verdatet seine Entstehung einer Anregung Alexander v. Humboldt's. Das Institut wurde unter Einwirkung in das l. statistische Bureau durch Robinsonsorde vom 17. October 1817 definitiv genehmigt. Der erste Leiter war W. A. H. M. A. n. n, der schon im Jahre 1818 auf einer im Interesse des Instituts unternommenen Dienstreise plötzlich starb. An seine Stelle trat im Januar 1819 G. H. Dove, der das Institut bis zu seinem 1879 erfolgten Tode geleitet hat. Unter seiner Leitung erweiterte sich das preussische Beobachtungsnetz zu einem norddeutschen. Mit Dove's Tod trat ein Interimstitium ein, welches im Anfang von Prof. Dr. A. r. n. d. und nach dessen im Jahre 1882 erfolgtem Tode von Dr. H. e. l. m. a. n. n bis zur Reorganisation des Instituts geführt wurden. In dieser Zeit erfolgte der Anschluß an die Vereinbarungen der internationalen Meteorologenkongresse, die Einführung einer dementsprechenden neuen Form der Publikationen, sowie die Schaffung von Stationen III. Ordnung und von Regenstationen. Das Institut bildete bis zum 31. März 1888 eine eigene wissenschaftliche Abtheilung des Statistischen Bureaus, mit dem es räumlich und administrativ verbunden war. Als Professor v. H. e. z. o. l. b. am 1. October 1888 die Direktion übernahm, begann die Durchführung eines von diesem aufgearbeiteten Reorganisationsplanes. Die Verbindung des Instituts mit dem



Statistisches Bureau wurde vollständig gelöst und dasselbe vom 1. April 1886 an als selbständige Anstalt dem Kultusministerium unterstellt. Es siedelte alsdann in die Räume der ehemaligen Bau-Akademie, am Schinkelplatz 6, über.

Wie man herühmt gemacht wird. In nicht gerade sehr geschmackvoller Weise macht die „Direktion des Kritik-Verlages“ für ihren Redakteur Bekanntschaft. Sie annuncirt nämlich auf dem Umschlag des letzten Heftes der „Kritik“ Dr. Richard Wedde's Postkarte, welche das phototypische Bild des Herausgebers der Zeitschrift enthalten. Plumper treibt man die Klippe in Amerika auch nicht.

Zur Verhütung von Unglücksfällen beim Einbringen von Mauersteinen in die oberen Stockwerke von Neubauten bedient man sich, wie geschrieben wird, seit einiger Zeit bei einzelnen im Bau begriffenen Häusern eines sehr praktischen Transportmittels. Bekanntlich war es bis jetzt bei den Steinträgern allgemein üblich, die Steine in Mulden, die vollgepackt über zwei Zentner wiegen, die Leitern hinauf in die oberen Stagen zu tragen. Da diese schweren Mulden auf der linken Schulter getragen werden und somit die eine Seite des Körpers übermäßig belastet ist, auch die Träger sich nur mit der rechten Hand an dem Leitersholze festhalten und stützen können, so entstehen dadurch leicht Unfälle, wie denn erst kürzlich ein Steinträger durch einen Fehltritt in die Tiefe gestürzt und schwer verletzt worden ist. Um solche Unfälle zu verhüten, hat man jetzt eiserne Kästen genau nach Art der hölzernen Behälter konstruirt, in denen die Kohlenhändler die Presskohlen in die Wohnungen bringen. Diese an der Vorderseite offenen Kästen, in denen die Mauersteine fassförmig übereinander liegen und sich durch ihre eigene Schwere halten, werden mit ledernen Tragbändern auf den Rücken geschnallt, so daß dem Steinträger beide Hände zum vollen Gebrauch freibleiben und der Körper gleichmäßig belastet ist. Außerdem ist auf diese Weise der Transport der Steine viel weniger anstrengend, so daß man wohl bald diese Tragkästen auf allen Neubauten einführen wird, vorausgesetzt natürlich, daß die neue Einrichtung den Profit der Unternehmer nicht schmälert.

Verluste Fahrwesen. Am 1. Januar 1897 waren im Betriebe 5224 Droschken erster Klasse, davon 3519 Angelegerdroschken, 2289 Droschken zweiter Klasse, 161 Gepäddroschken, 450 Omnibusse, 297 Thorswagen und 1551 Bierdehabwagen, zusammen 9972 öffentliche Fuhrwerke, für die 25 577 Pferde erforderlich waren.

Bei den polizeilichen Mischprüfungen wurden im Laufe des vorigen Jahres in Berlin 2470 Liter als zu leicht wiegend vernichtet und es wurde in 780 Fällen gegen die Händler Anzeige erstattet.

Deutsche Erzieherinnen werden im „Reichs-Anzeiger“ ersucht, bei Annahme von Stellen in Spanien sehr vorsichtig zu Werke zu gehen. Es empfiehlt sich dringend, das Dienstverhältnis durch einen schriftlichen Vertrag zu regeln. Das spanische Gesetz behandelt nämlich solche Erzieherinnen, die das Lehren-Examen bestanden haben, als Diensthöher; sie können daher, wenn nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, am letzten Tage der verabredeten Dienstzeit ohne weiteres entlassen werden. Auch in mancher anderen Hinsicht sind Erzieherinnen in Spanien fast rechtlos.

Die Malerschule für Dekorations-, Holz- und Marmorarbeiten, welche von der Vereinigung der Maler und Lackierer Berlin's ins Leben gerufen worden ist, beginnt den Unterricht für das Winter-Halbjahr 1897/98 (XV. Semester) am Sonntag, den 17. Oktober, in der Aula der 193/195. Gemeindefchule, Mauerfeldstraße 7. Der Unterricht findet statt: Sonntags, vormittags von 8—12 Uhr, Montags, Mittwochs und Donnerstags, abends von 7—9 Uhr. Anmeldungen daselbst bei der Fachschulkommission. Die Ausstellung der Schülerarbeiten findet nach Schluß der Schule statt. Im Auftrage der Fachschulkommission: R. G r a m e n z, Kottbuser Damm 20.

Im Jirkus Busch hat der Künstler Herr Corradini dem am Eröffnungsabend erschienenen Publikum bekanntlich die Sensationsnummer des „Ballonpfeides“ in einer Weise vorgeführt, die Angst und Schrecken erregte. Das Thier, mit welchem Herr Corradini sich in die Höhe ziehen ließ, verlor die Haltung, und auf ein Paar Wären, wie der Ansehn lehnte, Röh und Meiter in die Länge oder gar ins Publikum hineingestürzt. Seit diesem Abend ist das nervenscherütternde Schauspiel nicht wieder aufgeführt worden; aber den Gewinn, den die Zuschauer vom Ausfallen der Nummer hatten, glaubte der Künstler auf sein Verlußtonto setzen zu müssen; und so ließ es ihm denn keine Ruhe, ein Mittel zu suchen, durch welches wieder Vertrauen in seine „Attraktion“ gebracht werden könnte. Bevor der Künstler abermals mit seiner Spezialität an die Öffentlichkeit trat, lud er einen kleineren Personenkreis zu einer Art Privatvorstellung ein, in der er auseinandersehen ließ, daß Vorrichtungen und ein Tric, der Künstlergeheimniß bleiben müsse, die Sache nunmehr ganz ungefährlich machten. In der That glückte die Vorführung denn auch vollkommen; das Pferd stand unter der Gondel wie aus Marmor gegossen und siegesbewußt landete Herr Corradini wieder in der Manege. Soweit mag die Sache ja ihre Wichtigkeit haben. Daß aber das Publikum sich nunmehr in Ruhe an der Sensationsnummer weiden wird, möchten wir denn doch nicht als ganz sicher hinstellen. Ein gefährlich scheinender Vorgang bleibt das Ganze immerhin, und jeder Zuschauer wird sich fragen, ob denn zu all der minder aufregenden Augenweide, die im Jirkus Busch geboten wird, gerade eine solche Prozedur als Draufgabe notwendig ist, und ob der Künstler, der seine Fertigkeit in verschiedenen anderen Stücken vollaus bekundet, denn absolut mit einer Leistung glänzen muß, die auf das öffentliche Empfinden wahrlich nicht am vorteilhaftesten einwirkt.

Auf der Museumsinsel haben die Abbrucharbeiten bei den alten Bauwerken begonnen, um Platz zu schaffen für die geplanten Museumsbauten. Zunächst fällt das den älteren Berlinern wohlbekannte, an der Cantianbrücke gelegene „Mehlhaus“, dessen Dach und oberes Stockwerk bereits abgetragen worden sind. Bis in die siebziger Jahre hinein war das Mehlhaus bei dem zahlungsfähigen Berliner Bürgerthum ein gesuchtes Festlokal, wo besonders zahllose Hochzeiten gefeiert worden sind. Im Kellergefchoß des Hauses befand sich an der Wasserseite außerdem eine der ältesten Schiffer-Kneipen Berlins, die ihrer verfallenen Lage wegen nur den Eingeweihten bekannt war. Gleich dem Mehlhause verschwindet auch der umfangreiche, in roten Backsteinen aufgeführte vierstöckige Lagerspeicher des alten Backhofes.

Eine von verschiedenen Blättern gebrachte Meldung, wonach beabsichtigt werde, die königliche Bibliothek nach Charlottenburg zu verlegen, wird von den „Berl. Pol. Nachr.“ für eine Erfindung erklärt.

Ein schwerer Unfall hat sich auf dem Neubau des israelischen Geschäftshauses in der Spannerstraße ereignet. Dortselbst war der 47 Jahre alte Arbeiter Johann Barwig, Wiesenstraße 25, Hof 2 Treppen an der Wunde beschädigt, mit welcher die schweren Eisenhebel in die oberen Stockwerke hinaufgenommen werden. Mitten in der Arbeit sank die Wunde plötzlich zurück und Barwig wurde von dem zurückstehenden Bindenarm derartig gewaltsam am Kopfe getroffen, daß er, aus einer tiefen Wunde blutend, bewußtlos zusammenbrach. Nur mit Mühe wurde der Verletzte ins Bewußtsein zurückgebracht. Nachdem ihm auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe zu theil geworden war, mußte er, da er auch über heftige Wundschmerzen klagte, in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

In eine große Gefahr gerieth am Donnerstag Morgen ein Kutscher des Fuhrunternehmers Luckmann aus der Siemensstr. 12. Der Mann hatte auf dem Hofe der Artilleriecaserne an der Scharnhorststraße Strohsacke geladen. Plötzlich gingen die Pferde durch. Als sie einen Laternenpfahl umrannten, wurden sie noch wilder und jagten zum Hauptthor hinaus. Hier prallte der Wagen so heftig gegen einen vier Meter hohen Thorpfosten an, daß dieser mit dem Gitterthor umfiel. Der Kutscher, der vom Wagen absprang, wurde zwar noch von einigen Steinmetzgeräten, kam aber ohne erhebliche

Verletzungen davon. Die Pferde wurden in der Scharnhorststraße zum Stehen gebracht.

Strasenspernung. Der Weinbergweg vom Rosenthaler Thor bis zur Fehrdellenerstraße ausschließlich des Kreuzdamms wird wegen Umpflasterung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Donnerstag früh 2 1/2 Uhr brannte Boppstraße 5 eine Treppenstiege aus, wobei auch das Haus stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ein Wohe mußte längere Zeit Wasser geben. Mittags 12 Uhr wurde Zug 8 nach dem Maybachufer gerufen, um ein Pferd sammt dem Wagen aus dem Kanal herauszubefördern. Beides gelang nach angestrengter Arbeit. Nachmittags 4 Uhr erfolgte ein Alarm nach Alexandrinenstr. 110, wo beim Ableuchten der defekt gewordenen Gasleitung ausströmendes Gas sich entzündet hatte. Gegen 6 Uhr brach Markgrafenstraße 27 im Puhladen von Fräulein Schneider ein Lebensbrand aus, der binnen kurzer Zeit den größten Theil der dort aufgeschichteten Hölle und Vuhartikel zerstörte. Zug 17 konnte die Flamme mit einem Wohe zwar bald erlöchen, doch hatte die Schandbede bereits stark gelitten. Der Schaden ist bedeutend. Das Feuer erlosch beim Anhängen des Gases.

Die Direktion über Professions-Vorträge über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Stöckner) altes Urania-Theater, Invalidenstraße, theilt mit, daß der Vortrag für den 1. Oktober mit: Sonntag, den 17.: Arnold Böcklin (zu Ehren des 70. Geburtstages, Herr Franz H. Weisner), Mittwoch, den 20.: Benedikt und seine Kunstschätze, Sonntag, den 24.: Benedikt und seine Kunstschätze, Mittwoch, den 27.: Arnold Böcklin, Sonntag, den 31.: Benedikt und seine Kunstschätze.

Theater. Die Altistin Frau Schumann-Heind vom Hamburger Stadttheater ist für die Berliner königliche Oper verpflichtet worden und wird wohl schon im nächsten Jahre in den Verband der königlichen Oper treten. — Josef Kainz tritt nach seiner Rückkehr aus Wien am Sonnabend und Sonntag im Deutschen Theater wieder auf. Am Sonnabend spielt er zusammen mit Agnes Sorma und Hermann Müller in der Verurtheilten Glöckler, am Sonntag Nachmittags giebt er den „Haut“. — Im Schiller-Theater ist Sonntag Nachmittags 3 Uhr die neue Vorstellung im Schiller-Theater „Rabale und Vrede“. In der Abendvorstellung kommt Angenbräuer's Bauernkomödie „Die Kreuzschreiber“ zur Aufführung. Das neue Schauspiel von Heintze „Das Städtchen“ wird heute zum ersten Male wiederholt. — Im Oden-Theater liegen die Hauptrollen der morgen zum ersten Male in Szene gehenden Komödie von E. Matthias „Die Gelehrten“ in Händen der Damen Weis, Vid, Bergmann, Grigo, der Herren Wach, Jürgens, Kischäler, Dill, Peisch, Söllner, Pauli und Rinder.

### Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Steglitz und Friedenau werden auf die am Sonntag Nachmittags 2 1/2 Uhr im Schellhol'schen Lokal in Steglitz stattfindende Parteiverammlung aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung ist: 1. Bericht vom Parteitag in Hamburg. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. 4. Bericht der Solalkommission und Neuwahl. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Wichtig. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag Nachmittags 2 Uhr eine Volksversammlung stattfindet. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, anwesend zu sein. Alles Nähere bringt die Annonce in der Freitagssnummer. Der Vertrauensmann.

Weil im preussischen Landtage, der Interessenvertretung des Kapitalismus und des Junkerthums, die Frage des Vorortverkehrs von den jetzigen Abgeordneten nicht genügend zur Sprache gebracht worden ist, will eine Interessengruppe zur nächsten Wahl ganz neue Kandidaten aufstellen. Wie berichtet wird, leben die in betracht kommenden Leute auf dem amüsanten Standpunkte, daß die politische Anschauung der „Vorortkandidaten“ vollständig Nebensache sei, und daher wäre in Aussicht genommen, für den Kreis Niederbarum den bekannten Zonenaristokrat Dr. Guard Engel auszustellen, wogegen für den Kreis Teltow der Kreisstags-Abgeordnete Gustav Müller-Schöneberg zum Landtags-Kandidaten erhoben werden soll. Besondere Bedeutung mögen diese Kandidaturen für die nächsten Landtagswahlen nicht haben, aber sie zeigen doch, wie notwendig es ist, daß die Sozialdemokratie den Reichthums-politikern politische Schulung beibringe.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hat gestern auf den Antrag des Stadtverordneten Stein beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, er möge den Abschluß des Vertrages mit der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn über die neuen Linien beschleunigen und, falls der Vertrag nicht bis zum 30. nächsten Monats zu Stande kommt, sofort eine anderweitige Verbindung der Linien einleiten. Auch Stadtschultheiß Schulerz erklärte, daß der Magistrat nicht länger zusehen werde. — Ein Gesuch des Komitees zur Errichtung eines Denkmal für die Märzgefallenen hat die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung dem Magistrat überwiesen.

Am stelle von Stadtrat Samter in Charlottenburg, welcher bekanntlich die Wiederwahl als stellvertretender Vorsitzender des Gewerbegerichtes im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens nach den bekannten Vorgängen abgelehnt hat, wurde gestern von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung Stadtrat Horn gewählt.

Interessante Erinnerungen an den Juliussturm in Spandau frisch der Anz. f. d. „Novellen“ auf. Das Wort schreibt: Die Frage nach dem Alter des Juliussturms ist noch immer nicht gelöst worden und ebenso unbekannt ist, wer den Thurm erbaut hat und wie er zu seinem Namen gekommen. Die Sage führt ihn auf Julius Cäsar oder Cn. Domitius Ahenobarbus zurück. Die zum Bau verwendeten Steine stimmen in der Größe vollständig mit denen der alten Stadtmauer überein. Man könnte daraus schließen, daß der Juliussturm zugleich mit der Stadtmauer, also um das Jahr 1820, entstanden sei. Im übrigen macht er ganz den Eindruck eines Bauwerks aus der Zeit Karls IV. Um 1400 soll der Knudruck „einen mit dem Juliusstrafen“ bereits sehr gebräuchlich gewesen sein. Wieviel hat der Thurm später davon seines Namen erhalten. Besonders zur Zeit der Cuihow's ist das Burgverließ abliegen und nichtadligen Wegelagerern oft ein unbehaglicher Aufenthalt gewesen. Auch Dietrich v. Cuihow hat eine vierzehntägige Haft darin abgelehnt. In einer Fehde, die er im Jahre 1402 gegen den Bischof Johann von Lebus führte, wurde er von den Spandauer Bürgern am 10. November in der Nähe von Trenten angegriffen. In einem heftigen Gefecht wurde er besiegt und gefangen genommen. Im Trempel führten ihn die Spandauer als Gefangenen mit sich in die Stadt. Allgemeiner Jubel empfing die heimkehrenden Krieger, großes Lob ward ihrer Heldenthat gespendet. Alles war auf den Weinen, um den verhafteten Krieger zum Schloß zu geleiten, wo er im Verlies des Juliussturms gefangen gehalten wurde. Am 25. November kam Markgraf Jobst nach Spandau, um mit Dietrich v. Cuihow zu unterhandeln. Gegen ein Lösegeld von 1000 Schod böhmischer Groschen wurde er sofort aus der Haft entlassen.

Wenn die Krieger auch noch ebenso verhaftet sind im Volke wie früher, so sperrt man sie doch nicht mehr ins Gefängnis. Viel häufiger wird diese Unannehmlichkeit ihren Gegnern zu theil.

Schwer verletzt wurde bei einem Scheunenbrande in Spandau der Feuerwehmann Werten. Ein brennender Balken, der zusammenbrach, traf den Unglücklichen. Er wurde in hoffnungslosem Zustande in ein Krankenhaus gebracht. Der Wehrmann Schuster kam bei dem Unglück mit leichteren Verletzungen davon.

### Soziale Rechtspflege.

Aus dem Charlottenburger Krankenhaus. Der Arbeiter Bordinzky erlitt am 27. März 1896 im Betriebe seines Unternehmers eine Kopfverletzung. Am 1. April wurde er auf Veranlassung des behandelnden Arztes wegen delirium tremens nach Charlottenburg ins städtische Krankenhaus gebracht. Schon am 3. April starb er. Seine Witwe beantragte demnach eine Unfallrente, die Berufsgenossenschaft wies sie jedoch mit der Begründung ab, daß B. am Delirium und nicht an den Folgen des Unfalls zu Grunde gegangen sei. Die Witwe legte Berufung ein und machte geltend, der Unfall trage doch die Schuld an ihres Mannes Ableben, auch sei ihr Mann im Krankenhaus

groß mihandelt worden. Die Mithandlung wurde thatsächlich erwiesen. Der Junge Letztig belandete folgendermaßen: Er habe gesehen, wie der Wäiter Schlag den im Bett liegenden B. mehrmals mit einer leeren Bierflasche vor den Kopf geschlagen habe. Schlag habe die Stöße mit den Worten begleitet: Hund verflucht, wenn ich nicht wüßte, daß ich dann ins Zucht haus käme, würde ich Dich auf der Stelle erwürgen. B. sei darauf aus dem Bett gesprungen und habe nach seinen Sachen gefaßt. Da habe ihn Schlag gepackt, ihn mit den Fäßen vor den Unterleib getreten und mit der Faust in die Seite geschlagen, und ihn wieder ans Bett geworfen. Dann habe er B. ein Handtuch um den Hals gelegt und es so gezogen, daß B. ganz blau im Gesicht geworden sei, mit den Fäßen gepumpt und um sich geschlagen habe. Am nächsten Morgen sei B. todt gewesen. — Der Verlebene wurde obduzirt. Als Todesursache stellten die Kergie Delirium fest. Das Schiedsgericht forderte vom Professor Meidel ein Obergutachten ein. Meidel kam zu dem Schluß, die Disposition zum Delirium sei unzweifelhaft schon vor dem Unfall vorhanden gewesen, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sei aber anzunehmen, daß der Unfall das bereits in der Entwicklung begriffene Delirium zum beschleunigten Ablauf gebracht habe. Die gerichtlichen Obduzenten hätten ja auch angenommen, daß die Verletzungen, die Bordinzky durch den Wäiter erlitten habe, seinen Tod beschleunigt hätten, wenn auch das Delirium die Ursache gewesen sei. Das Schiedsgericht wies dennoch die Berufung ab; es hielt den Nachweis des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Unfall und Tod nicht für erbracht. Das Reichs-Versicherungsamt war aber anderer Meinung und verurtheilte die Berufsgenossenschaft. Ein Rentenanspruch hänge nicht davon ab, daß sich der Unfall als die alleinige oder aber wiegende Ursache der Krankheit oder des Todes erweise. Es genüge, daß der Unfall einen in's Gewicht fallenden Einfluß auf den Ausbruch der Krankheit oder den Eintritt des Todes ausübe, wie es hier nach dem Gutachten der Fall gewesen sei.

Wie mit dem rohen Unschön von Wäiter versehen worden ist, wissen wir nicht. Schmeichelhaft ist der Vorgang für die städtische Krankenhandverwaltung in Charlottenburg gerade nicht.

Wegen Uebertretung der Bundesrats-Verordnung für die Konfektionsindustrie wurde, wie wir seinerzeit berichteten, der Inhaber eines Linnenmüllers-Geschäfts in Mühlhausen i. Thür. zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Berufung gegen dieses Urtheil hatte den Erfolg, daß die Strafkammer in Gfurt den Inhaber des Geschäfts freisprach.

Es wurde von ihm geltend gemacht, daß sein Geschäftsbetrieb kein fabrikmäßiger (im Großen), sondern nur ein handwerkmäßiger sei. Er lasse nur für Privatindustrie auf Bestellung, nicht auf Vorrath arbeiten und habe an dem fraglichen Tage neun weibliche und zwei männliche Arbeiter beschäftigt. Demgegenüber machte die Anklage geltend, daß B. in einem Inzerat des Mühlhauser Adressbuchs sein Geschäft selbst als Damenmüllers-Fabrik bezeichnet habe. Der Verteidiger wies darauf hin, daß eine derartige Bezeichnung in einer zur Klage dienenden Annonce nicht missgebend sein könne. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an, hob das Urtheil erster Instanz auf und erkannte, wie schon hervorgehoben, auf kostenlose Freisprechung.

Die malkaren Bestimmungen der Bundesrats-Verordnung lassen sich nach Belieben anlegen. Die Arbeiter, welche geschätzt werden sollten, werden wohl fast immer den Kürzeren dabei ziehen.

### Gerechts-Beitrag.

Von der Tapferkeit und Jucht frommer Vaterlands-verteidiger. Ein blutiger Zusammenstoß zwischen Zivil und Militär fand gestern ein gerichtliches Nachspiel vor der 129. Abtheilung des Amtsgerichts I, vor welcher sich der Arbeiter Karl Albrecht wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs zu verantworten hatte. In der Nacht zum 8. Mai d. J. kehrte der Angeklagte von einem Ausflug nach Treptow zurück; in seiner Begleitung befanden sich u. a. seine Frau und zwei junge Mädchen seiner Verwandtschaft. Unterwegs begegnete die Gesellschaft drei Unteroffizieren des Eisenbahn-Regiments, welche anscheinend recht stark angeunken waren. Die Unteroffiziere befragten zunächst die Frau des Angeklagten, welche sie mit den Worten zurückwies: „Unsere Männer sind auch Soldaten gewesen, aber so etwas haben sie sich nicht erlaubt.“ Die Unteroffiziere wandten sich darauf von der Frau ab und befragten die beiden jungen Mädchen mit unstilligen Anträgen. Der Angeklagte, welcher inzwischen vorangegangen war, kehrte darauf zurück und stellte in ruhiger Weise dem Unteroffizier Quattmor, welcher sich am meisten hervorgethan hatte, zur Rede. Es entwickelte sich ein Wortwechsel, der zahlreiche Zuhörer herbeilockte, und Quattmor zog blank. Er erhielt darauf einen Stockhieb von hinten, daß er taumelte, und schlug nunmehr mit dem blauen Seitengewehr auf die Menge ein. Dabei erhielt der Angeklagte, welcher seinen ersten Schlag nicht geföhrt hatte, einen Säbelhieb über den Kopf, daß er zu Boden fiel. Die Wunde war bis auf den Knochen gegangen. Als der Angeklagte wieder aufsprang, führte Unteroffizier Quattmor nach ihm einen zweiten Hieb, den jener mit dem Arme auffing. Einem dritten Hiebe kam er mit einem Stockschlage zuvor. Nunmehr traten die anderen Personen dazwischen und entwandten dem einen das blaue Seitengewehr, dem anderen den Stock, dessen Kräfte abgebrochen war. Der Angeklagte hat sich infolge seiner Verletzung acht Tage lang ärztlich behandeln lassen müssen. Unteroffizier Quattmor ist inzwischen durch das Militärgericht zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden, wobei sein Benehmen als ganz unpassend bezeichnet wurde. Was den Angeklagten Albrecht anbelangt, so führte der Staatsanwalt aus, daß dieser sich in Nothwehr befunden habe; wenn er sie überschritt, so habe er es nur in Bestürzung und Schrecken gethan; deshalb beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung und der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage.

Das Hoch auf die Sozialdemokratie muß für die Staats-anwälte immer noch tapfer herhalten, um den großen Unflugparagrafen in Mitleidenschaft zu ziehen. Früher war für diese Beamtenkategorie nur die revolutionäre Sozialdemokratie ein mit dem berühmten § 360 zu sägnendes Delikt; nunmehr aber ist ihre schon die hochlebende Sozialdemokratie an sich ein Verbrechen, das beunruhigt. Auch ein Fortschritt in der staatsanwaltschaftlichen Weltanschauung. Am Montag dieser Woche mußte sich unser Parteigenosse F. Masuch aus Schöneberg vor dem Schöffengericht in Jossen verantworten. Unser Genosse hatte am 11. Juli d. J. in Gummersdorf eine Versammlung zu leiten; er schloß dieselbe ordnungsgemäß mit einem Hoch auf unsere Kulturbewegung. Die Folge war eine Anklage; in der Verhandlung am Montag wollte der Staatsanwalt das Hoch mit nicht weniger als hundert Mark bestrafen. Der Gerichtshof fällte nicht allein ein freisprechendes Urtheil, sondern legte auch die persönlichen Kosten, die unserem Parteigenossen erwachsen waren, der Staatskasse auf. Das Hoch auf die Sozialdemokratie sei in einer Versammlung ausgebracht worden, welche in einem geschlossenen Raum abgehalten worden ist. Wer aber in eine sozialdemokratische Versammlung dieser Art gehe, könne sich denn doch nicht gut durch ein solches Hoch beunruhigt fühlen, weil er wissen müsse, daß er derartig in betracht kommenden Fälle zu gewärtigen habe.

Vom Rixdorfer Milchhandel. Einen verunglückten Streik gegen die Milchplanderei hat die Rixdorfer Orts-Polizeibehörde am 29. April d. J. unternommen. Ein Werdarm mußte von den Milchhändlern Proben von Milch entnehmen, zu seiner Unterstützung wurde ihm nach Berliner Muster eine Polizeigewaltmännin mitgegeben. Diese kaufte die Milch und überbrachte dieselbe dem Werdarm, der die Probe mit Nummer und Namen versch. Der Gerichtschreiber Dr. B. e. in hat in fast sämtlichen Fällen konstatiert, daß die Proben aus einer Zusammensetzung von Vollmilch und Magermilch bestanden. Die nächste Folge war, daß gegen eine große Anzahl von Milchhändlern Anklagen wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-



Gefeh erhoben und daß die Angeklagten mit wenigen Ausnahmen auch zu Geldstrafen verurteilt wurden. Die Verurtheilten legten durch den Syndikus des Vereins Berliner Milchhändler, Rechtsanwalt Dr. S. Platan, Berufung ein und heute kamen die ersten beiden dieser Verhandlungen vor der vierten Strafkammer am Landgericht II zur Verhandlung. Unmittelbar hinter einander wurde gegen den Milchhändler Eduard Kanert und den Schlosser Balk aus Hildorf verhandelt. Das Milchgeschäft des letzteren versteht dessen Frau. Beide erklärten übereinstimmend, daß es in den hauptächlichsten von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Ortsteilen der Gegend sei, das dreierlei Milch geführt wird, nämlich „Vollmilch“, „Halbmilch“ und „Magermilch“. Erster befindet sich in der Beschaffenheit, in welcher sie von der Kuh kommt, letztere ist entrahmt und die Halbmilch wird aus Vollmilch und Magermilch zusammengestellt. Verslangen nun die Käufer eine bestimmte Sorte von Milch, so werden sie demgemäß bedient, wird aber nur schlechthin „Milch“ verlangt, so wird nur Halbmilch verabfolgt, denn die Leute zahlen für das Liter nur 15 Pf., und in Hildorf wisse jedes Kind, daß reine Vollmilch mehr als 15 Pf. koste. Es wurde nun Sache des geladenen Sachverständigen Dr. Wein gewesen sein, den Begriff „Milch“ zu erklären, dazu kam es aber nicht, weil die Zeugenvernehmung schon vorher ein ganz überraschendes Resultat zu tage förderte. Die Angeklagten behaupteten nämlich, daß nicht sie selbst, sondern ihre Frauen die Milchprobe verkauft hätten. In diesem Falle hätten die Ehefrauen angeklagt werden müssen. Frau Heße, die Polizeioberinspektantin, vermochte sich aber nur der Gefährdung zu erinnern, in denen sie Milch geholt, nicht aber der Person, ob Mann oder Frau, die ihr in jedem Falle die Milch verkauft hatte. Der Zeugin wurde nun zwar gerathen, in Zukunft etwas vorsichtiger zu Werke zu gehen, die Angeklagten wurden dagegen unter Anfertigung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Damit ist das Schicksal aller noch schwebenden Prozesse dieser Art im voraus entschieden.

In der Strafsache gegen den Schriftsteller Paul Blumenreich, der verschiedene Maßnahmen bei der Begründung des Theaters „Alt-Berlin“ der richterlichen Prüfung unterwerfen soll, ist nunmehr ein Termin zur Hauptverhandlung auf den 5. November anberaumt worden. Aus der ziemlich großen Zahl der ursprünglich erhobenen Beschuldigungen hat der Staatsanwalt nur drei zu Aufhebungspunkten verdrückt, einer derselben ist von der das Verfahren eröffnenden Strafkammer noch angefochten worden, so daß nur zwei Aufhebungspunkte zur Verhandlung gestellt werden. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein als Verteidiger des Angeklagten hat dem ziemlich umfangreichen Belastungsbeweis des Staatsanwalts ein ebenso umfangreiches Entlastungsmaterial gegenüber gestellt, so daß die Verhandlung einen ganzen Tag in Anspruch nehmen wird.

Unschuldig zu 18 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Der Kaufherr H. wurde Anfang Juli d. J. vom Hamburger Landgericht wegen Verleitung zum Meineid zu 18 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Verwandte besorgten ihm nach seiner Verurtheilung einen Anwalt. Der letzte Revisions ein, und nachdem das Reichsgericht das Urtheil aufgehoben hatte, wurde der Kaufherr in der erneuten Verhandlung vor dem Landgericht Hamburg dieser Tage vollständig freigesprochen. Der Mann hat vier Monate in Untersuchungshaft zudringen müssen.

Der Jollanischer Diebstahl wurde gestern vom Schwurgericht in Hamburg wegen Anstiftung zum Meineid zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust verurtheilt. Er hatte ein armes Dienstmädchen, das von ihm Mutter war, durch ein Heirathsversprechen bestimmt, in einer Injurienlage, die er gegen einen Drognisten angezettelt hatte, einen Meineid zu leisten. Nachher hielt er sein

Besprechen nicht, das zu halten er übrigens eingestandenemassen von vornherein nicht die Absicht hatte. Das unglückliche Mädchen, das sich in der Hoffnung, seinem Kinde einen Vater zu geben, dem mit so schwerer Strafe bedrohten Verbrechens des Meineides schuldig gemacht hat, wurde zu der niedrigsten zulässigen Strafe von einem Jahre Zuchthaus verurtheilt.

Das Festhalten von Stroh-, Hieb- und Schusswaffen, welche in Säcken oder in Kisten oder in ähnlicher Weise verborgen sind, wird nach § 367 des Strafgesetzbuchs bestraft, wenn es ausdrücklich verboten ist. Gegen ein solches, durch eine Regierungs-Verordnung erlassenes Verbot sollte ein Händler dadurch verstoßen haben, daß er Stockfinten in einer Zeitung annonciert hatte. Er wurde verurtheilt. In seiner Revision machte er geltend, Stockfinten gehörten nach ihrer ganzen Einrichtung und anderer Erscheinung nicht zu den Waffen, die im Sinne des § 367 des Strafgesetzbuchs verboten sind. Das Kammergericht wies indessen die Revision als unbegründet zurück.

### Verfassungen.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Mittwoch Abend in der Inselstraße 10 begonnene Unterricht in Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie, Vortragender: Dr. Conrad Schmidt) war von nahezu 200 Theilnehmern besucht. Ein erfreuliches Zeichen des aufstrebenden Geistes in der Berliner Arbeiterschaft. Mögen die anderen beiden Kurse (Geschichte und Rechtskunde) sich derselben regen Theilnehmung erfreuen.

Nachstehende Richtighaltung geht aus von Herrn Dr. Wegl zu: Bezugnehmend auf den Bericht vom 9. September der Nr. 210 über eine öffentliche Versammlung der Schneider bitte ich Sie, nachträglich feststellen zu wollen, daß dieser Bericht, insofern ich den Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider etc. der Bestechlichkeit geziehen haben soll, den thatsächlichen Vorgängen in jener Versammlung nicht entspricht. Dr. Wegl, prakt. Arzt.

### Briefkasten der Redaktion.

Mit bitten, bei jeder Anfrage eines Lesers (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Sonnabend von 7 bis 8 1/2 Uhr statt.

Nr. 99. Dr. Conrad Schmidt, Charlottenburg, Am Lützow 9, wird Ihren Wunsch erfüllen können.

N. G., Köpenick, 1. Ja. 2. Ja. — P. M. Ist die betreffende in Berlin unterstehungsbevollmächtigt, so führt vielleicht ein an den Magistrat gerichteter Bescheid zum Ziele. Sonst ist auch kein Weg bekannt.

50. Zwei Streitende. Es ist unmöglich, in dem Rahmen einer Briefkasten-Antwort die Organisation, Befugnisse, Pflichten, Stellung und Bedeutung der Botenpost, Postämter, Postämter, Postämter u. s. w. zu geben. Meist Ihnen an einer Orientierung, so sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — W. R. 77. 1. Sie gehören einer schriftlichen Prozessvollmacht seitens Ihrer Frau. Formulare hierfür erhalten Sie in der Buchhandlung Vorwärts. Die einzelnen Termine rufen keine besonderen Kosten hervor. — P. S. Rein. — M. S. Rein. — Westend. Ohne genauere Darlegung des Miethsvertrages — auch der unzulässig geschlossene ist ein Vertrag — nicht zu beantworten. — S. R. 23. 1. Im allgemeinen 5 Jahre. 2. In der Praxis 10—15 J. monatlich als Rente bis zum zurückgelegten 6. Lebensjahre, 12—15 J. für die Zeit vom 6. bis 14. Jahre als angemessen erachtet zu werden. — R. Kleinmichel. Der Ehemann muß zahlen. — G. S. 100. Sie müssen Ihre Geburtsurkunde, die Sterbeurkunde Ihrer ersten Frau und ferner einen Aufwandsberechnungsbogen seitens des Gerichts vorweisen. Um diesen zu erhalten, theilen Sie dem Amtsgericht mit, daß Sie zu heirathen beabsichtigen und bedwegen Aufwandsberechnung

mit Ihren mündeljährigen Kindern beantragen. Sie können auch einen Aufwandsberechnungsbogen in den Antrag vorlegen. — Thuringen, Baden. Briefliche Antwort ertheilen wir nicht. Unabhängig ist das Gewerbegericht, wo solches nicht besteht, das Amtsgericht am Wohnort des Unternehmers. In verlangen hat der Arbeiter die Reise-Gutsfindung nur, wenn die Erhaltung versprochen war. In die Kündigungsbüchlein nicht eingeschaltet, so kann Schadenersatz beansprucht werden. — Deutsches Verbandsmittel. 1. Sie sind trotz des erwähnten Junggeheils. 2. Das dürfen Sie. — S. R. 104. Ja, in den früheren Stand müssen Sie das betreffende setzen. — Driebe. Derartige Eingaben sind an den Magistrat, Stimmabdeputation, zu richten. — Waffersack, H. S. 67. Rein. — G. S. 100. Die Wartezeit für Witwen oder geschiedene Frauen beträgt 10 Monate. Dispensation von dieser Wartezeit kann vom Amtsgericht ertheilt werden. Es ist rathsam, dem Dispensations-gesuch ein Gebührens- oder ein ärztliches Attest beizufügen. — 303. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — H. S. In 2 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Baarenforderung entstanden oder anerkannt ist, tritt Verjährung ein, falls es sich nicht um Baaren handelt, die zum Gewerbebetrieb einzuweisen sind. In letzterem der Fall, so verfährt die Forderung erst in 30 Jahren. — S. R. 1. Der Antrag muß an das Amtsgericht ertheilt werden. 2. Ein Formular genügt in diesem Falle. — S. R. 26. Verheirathete sind kempfreier. — G. M. 14. 1. Leider nein. 2. Nein. Der Beamte war nach der herrschenden Rechtsprechung im Recht. — 100 S. Ihre Frau und das ihr nachweislich gehörige Eigentum (Grundstück und Mobilien) haften nicht für Ihre Schulden. — S. R. 1. Ja. 2. Am Sonntag darf nur mit gerichtlicher Genehmigung gepfändet werden. Welche Sachen unentbehrlich und daher unpfändbar sind, steht nicht ausdrücklich im Gesetz. Derselbe entscheidet in erster Reihe der Pfändungsbeamte und auf Beschwerde hin das Amtsgericht. 3. Was in der Ansicht geschieht, die Befreiung des Gläubigers zu verweigern, ist strafbar und unzulässig. 4. Ja. — W. S. 111. In Ihrem Fall ist zur Verheirathung beizubringen: Die Geburtsurkunde der Brautleute, die Sterbeurkunden von deren Eltern, die Genehmigung des Vormundes und Vormundschaftsgerichts bezüglich des Bräutigams. — W. R. 108. 1. Ja. 2. Bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin II, Neuenhoferstr. 80. 3. Sie können mit einer Klage auf Schadenersatz nicht durch, weil die rückständige Miete schon zugerechnet worden könnte. 4. Wegen der rückständigen Miete können Sie noch verklagt werden. — W. S. 1032. 1. Ja, aber solch Verkauf ist seitens der Gläubiger anfechtbar. 2. Ja. 3. 5 Jahre nach Austritt. — H. S. Hildorf. 1. Sie müssen im Beschwerdewege eine Entscheidung des Gerichts darüber einholen, ob das eine oder andere Kind als unentbehrlich zu erachten ist. 2. und 3. Ja. — M. G. M. Mit Ablauf dieses Jahres.

#### Witterungsübersicht vom 14. Oktober 1897.

Stationen.	Barometer-stand in mm., reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stufe 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.).
Swinemünde.	757	WSW	4	halb bedekt	6
Hamburg.	758	WSW	4	halb bedekt	4
Berlin.	760	WSW	3	wollenlos	5
Bielefeld.	761	WS	1	bedekt	10
München.	764	SW	2	wollenlos	5
Wien.	764	SW	1	Nebel	5
Napacanda.	747	D	2	bedekt	5
Petersburg.	—	—	—	—	—
Orl.	749	SW	5	Negen	12
Rheben.	756	SWW	2	halb bedekt	8
Paris.	759	SO	1	Dunst	6

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. Oktober 1897.  
Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter, bei mäßigen bis frischen südlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung und Regen.

### Bekanntmachung.

An Sachen betreffend den Formerstreit wird in Gemäßheit des § 66 des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juni 1890, und § 75 des Ordisstatuts für die Stadt Berlin, betreffend das Gewerbegericht zu 29. Oktober 1897, öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des 10. Oktober von den an dem Streit beteiligten Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern als Eingungsdamt angerufenen Gewerbegerichts vom 8. Oktober 1897, an welcher theilgenommen haben:

1. Magistrats-Rath Dr. S. Schulz als Vorsitzender,
2. Fabrikant Weigert, } Arbeitgeber, } als
3. Ingenieur Bergard, } } } als
4. Former Karsen, } Arbeitnehmer, } Beisitzer,
5. Schlosser Pehold,

nachdem durch die Verhandlung vor demselben thatsächlich festgestellt worden ist:

1. daß der Anspruch der Arbeitnehmer, den streitigen Doppelpfand und die Geldbühnen zu dem von den Arbeitnehmern geforderten Preise nur in der Vorherrschaft der Arbeiter zu stellen, ebenso unzulässig war wie die auf die Ablehnung dieses Anspruchs gerichtete Weigerung der Former der übrigen Gewerbetreibenden des Berliner Metallindustrieller, sonstige Arbeiter anzulassen,
2. daß die Forderungen, welche seitens der Arbeitnehmer fünf Tage nach Ausspruch des Urtheils gestellt wurden, mit dem Streit selbst in keinem Zusammenhang stehen, auch nicht, soweit sie sich auf Annahme gefangen, nachstehender Vergleich geschlossen worden ist:

  1. Die Arbeitslöhne für die angestellten Arbeiter sind solchen den zur Ausführung bestimmten Formern und den Meistern bezw. Gewerbetreibenden, welche den Arbeitgeber vertreten, zu vereinbaren.
  2. Der Wsk, welcher nachweislich ohne Verschulden des Former zu Kundstanz wird, soll bezahlt werden. In Streitfällen sollen beteiligte Former gutachtlich geurtheilt werden.
  3. Die Arbeitgeber werden die am Streit beteiligten Former und Gewerbetreibenden nach Bedarf wieder einstellen, möglichst bevor auswärtige Former zur Beschäftigung angenommen werden. Es wird ferner der am gegenwärtigen Streit beteiligten Arbeitnehmer, sofern er die Verpflichtung übernimmt, seine Mitarbeiter, welche während des Streiks gearbeitet haben, dieselbe weder durch Worte noch That, innerlich oder außerhalb der Werkstätte zu beleidigen oder zu belästigen, von dem Arbeitsnachweis des Verbandes Berliner Metall-Industrieller der Arbeitsschein vorzuzulassen werden.

(gez.) R. Henneberg, Käthe, O. Knab, Dorn, S. Bernide, L. Müller, August Plab, Paul Mitsin, W. von Köpen, R. Pehold, C. Bergard, D. Weigert, v. Schulz.

### Neue Freie Volksbühne.

Die ursprünglich zum 10. Oktober angesetzt gewesene Vereins-Vorstellung findet nunmehr bestimmt Sonntag, den 17. Oktbr., nachm. präz. 2 1/2 Uhr statt. Zur Aufführung kommt indes:

### Der G'wissenswurm.

Wasserkomödie mit Gesang in 3 Akten von P. Angenruder.  
Regie: Claudius Merten.

Die ausgegebenen Berechtigungskarten behalten Gültigkeit. Karten zur Extra-Vorstellung im Lessing-Theater am 21. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr: „Heimath“ sind am Sonntag im Theater sowie in den Zahlstellen zu haben.

Die General-Versammlung findet Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arninhallen“ statt. Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

### Tischler-Verein.

Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15: General-Versammlung.

L.-D.: 1. Abrechnung vom III. Vierteljahr 1897. 2. Bericht der Vorstandskommission und Vereinsangelegenheiten. 3. Mitgliedsbuch legitimirt.

Das diesjährige Stiftungs-Fest findet am 23. Oktober in den Andros-Park, Androsstr. 21, statt. Willens sind beim Vorstand und in der Versammlung zu haben. 190/9

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Deuts, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Reuthstr. 20/21: (300/10) Sitzung der Ortsverwaltung.

### Achtung! Maurer. Achtung!

Zentral-Verband deutscher Maurer (Zentrale Berlin II.) Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr: 4 Mitglieder-Versammlungen.

Für Westen, Süden und Schöneberg im Königshof, Bülowstraße 37.  
Für Osten und Süd-Osten in Brüder's Lokal, Waldemarstraße 75.  
Für Wedding, Norden und Oranienburger Vorstadt im Wedding-Park, Müllerstraße 178.  
Für Moabit im Lokal des Herrn Nowes, Stromstraße Nr. 28.  
Tages-Ordnung in allen 4 Versammlungen:  
Die Bedeutung des Minimallohns und der Maximal-Arbeitszeit, im besonderen die Schädlichkeit der Akkordarbeit in unserem Beruf.  
Alle Berliner Maurer sind hierzu eingeladen.  
Den Verbandmitgliedern machen wir es ganz besonders zur Aufgabe, recht rege für guten Besuch dieser Versammlungen zu wirken. 157/18  
Mit kollegialen Gruss:  
Die Lokalverwaltung, J. K. W. Frisch, Barbarossastr. 79.

### Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Helfer, Oranienstr. 51: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Bericht über den 143/10

### Freie Vereinigung der Bauanschläger

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 17. Oktober 1897, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstrasse 33: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Rosenkranz. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Die Mitglieder werden auf § 9 aufmerksam gemacht. Der Vorstand. 258/6

### Achtung, Zimmerer!

Verein der Zimmerer Berlins und Umg. Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Reuthstrasse No. 20/21: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht aus den Zahlstellen betreffend der Mitglieder, welche sich im Streit vergangen haben. 2. Abrechnung vom III. Quartal. 3. Jahresbericht. 4. Wahl des gesammten Vorstandes.  
Die Mitglieder werden dringend ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen, da die Vorstandswahl stattfindet. Der Vorstand, J. K. G. O. B. 258/6

### Achtung! R. Buske, Grenadierstr. 33.

Morgen Sonnabend: Familien-Fränkchen. Hierzu lade ich sämtliche Handwerker mit ihren Familien, sowie alle Freunde und Bekannte ganz ergebenst ein. Es wird sehr gemütlich werden. R. Buske.

### Achtung, Schöneberg.

Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, bei Obst, Grünwaldstrasse 110: Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zentrale Schöneberg).

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Zudek. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Abrechnung vom 3. Quartal. 5. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen, da die Versammlung punkt 1 1/2 Uhr eröffnet wird. 20/13

### Samariter-Kursus

für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Neumann, Brunnenstraße 150: Eröffnung der ersten Lehrkurse der Nord-Zentrale.

Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: „Anatomie und Physiologie“ (Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers). Aufnahme neuer Teilnehmer. Herrin sowie Damen haben als Gäste Zutritt. Am Sonntag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, bei Cohn, Reuthstrasse 20: Großer Experimentier-Vortrag über „Telegraphie ohne Draht“, gehalten von Fr. Clausen. 155/9  
Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein.

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(G. S. 29 Hamburg, Zentrale Berlin 3 und 4). Sonntag, den 17. Oktober, mittags 12 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke:

### Wohlthätigkeits-Matinée

zum Besten ausgelehneter Mitglieder und deren Angehörigen. Um recht rege Theilnahme ersucht. Das Comité.

Neu eröffnet! Höchste komfortabel! Badeanstalt „Süd-Ost“ Wienerstr. 25, nahe der Oranienstrasse.

Wannen- und sämtliche medizinische Bäder, sowie Dampf- und Heißwasserbäder, Lohannis- u. Bäder. Bäder-Versicherung für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umg.

Sonnabend: Refter-Berkauf! Anzug, Paletot, Hosen-Stoffe. Brenner & Cie., Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Fahrrad 70 W., Chauffeurstraße 77 L. Kaschol, Kaschol, ja noch Kaschol, sagt ein Gefährter sich wohl.



Zur Reform des Unfallversicherungs-Gesetzes.

Zahlreich sind die Klagen der durch Betriebsunfälle um ihre Gesundheit gekommenen Arbeiter darüber, daß sie erst nach einem langwierigen, komplizierten und mit persönlichen Opfern verbundenen Verfahren die Rente zugesprochen bekommen.

Die Berliner medizinische Fakultät gab 1891 auf Antrag des Reichsversicherungs-Amtes ein Gutachten über eine als „traumatische Neurose“ bezeichnete Erkrankung eines Arbeiters ab, der im Jahre 1887 auf dem Grundstück Rosenhalerstraße 14 in Berlin einen Unfall dadurch erlitten hat, daß ihm, als er in der einen Meter tiefen Baugrube arbeitete, der Langbaum eines umfallenden beladenen Schubkarrens gegen die rechte Gesichtshälfte schlug.

Die Berliner medizinische Fakultät gab 1891 auf Antrag des Reichsversicherungs-Amtes ein Gutachten über eine als „traumatische Neurose“ bezeichnete Erkrankung eines Arbeiters ab, der im Jahre 1887 auf dem Grundstück Rosenhalerstraße 14 in Berlin einen Unfall dadurch erlitten hat, daß ihm, als er in der einen Meter tiefen Baugrube arbeitete, der Langbaum eines umfallenden beladenen Schubkarrens gegen die rechte Gesichtshälfte schlug.

Diesem Obergutachten, das jetzt in den amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes veröffentlicht ist, ist ein vom Monat Juli dieses Jahres datierter Nachtrag beigefügt, der für die Notwendigkeit der Abklärung des Verfahrens bei der Rentenfeststellung geradezu klassisch Zeugnis ablegt.

Ein Punkt, der in den Erörterungen der letzten Jahre mehr als früher in den Vordergrund getreten ist, ist der, daß bei vielen der durch Unfälle herbeigeführten Nervenkrankheiten eine gewisse nervöse Ausdrucksform Komplikation den ungünstigen Verlauf bedingt, nämlich der Kampf um die Rente und die von ihm unzertrennliche psychische Affektion (seelische Aufregung) des um seine Entschädigung kämpfenden Verletzten.

Die irrtümliche Vorstellung vieler der durch Unfälle zu Schaden gekommenen, daß die Rente nicht eine lediglich der Arbeitsbehinderung entsprechende Entschädigung, sondern vielmehr eine Art Schmerzensgeld darstelle, das der Schwere des erlittenen Unfalles, unabhängig von etwa eingetretenen Folgen, entsprechen müsse.

Die irrtümliche Vorstellung vieler der durch Unfälle zu Schaden gekommenen, daß die Rente nicht eine lediglich der Arbeitsbehinderung entsprechende Entschädigung, sondern vielmehr eine Art Schmerzensgeld darstelle, das der Schwere des erlittenen Unfalles, unabhängig von etwa eingetretenen Folgen, entsprechen müsse.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 13. Oktober im großen Saale von Habels Brauerei seine Generalversammlung ab.

Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer, die sehr stark besucht war, tagte am Mittwoch bei Cohn, Beuthstraße. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehten die Versammelten das Ableben zweier Kameraden in der üblichen Weise.

Eine öffentliche Versammlung der Rabin-Puher, die am 13. Oktober im Lokale von Hoffmann, Alexanderstr. 27c, tagte, hob die Hausperrn bei der Firma Knauer und bei der Firma Stive auf.

Dingen müsse darnach gestreift werden, daß Akkordsystem abzuweisen, um bei Uebernahme von Akkordarbeiten das übliche Unterbieten zu beseitigen.

Eine Parteiversammlung für Schöneberg tagte am Mittwoch in der Schloßbrauerei. Der Vertrauensmann Klauke erstattete seinen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.

Arbeiter-Bildungslehre. Insektor 10, v. 22. Mittwoch: National-ökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Carl Schmidt).



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 15. Oktober.**  
**Opernhaus.** Götterdämmerung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Waldwund. Der zerbrochene Krug. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Mutter Erde. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Faust. Anfang 7 Uhr.  
**Goethe.** Tyrannen des Glücks. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** La Douceur. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Scherzstück. Vorher: Die im Spiel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Die Gendarmen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Sänger.** Das Stärkere. Anfang 8 Uhr.  
**Unter den Linden.** Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Wilhelm Tell. Anf. 8 Uhr.  
**Thalia.** Gefährten.  
**Chand.** Jugendbrunnen. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmshütten. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz.** Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Reichspalast.** Spezialitäten.  
**Passage-Panoptikum.** Jüdisches Dorf.

### Schiller-Theater

(Ballner-Theater).  
 Freitag, abends 8 Uhr: Das Stärkere.  
 Samstag, abends 8 Uhr: Ein Tropfen Gift.  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: 2. Vorstellung im Schiller-Theater. Kabale und Liebe. Abends 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

### Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.  
 Abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
 Schauspiel in 5 Aufzügen von Fr. v. Schiller.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Von Stufe zu Stufe.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Gold-Verstellung unter Regie von Julius Fark.  
 (In halben Preisen.)  
**Kabale und Liebe.**  
 Von Fr. v. Schiller.  
 Billeto à 60 Pf. zu der Sonntag, nachmittags-Gold-Verstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

### Thalia-Theater

Heute, Freitag, geschlossen wegen Generalprobe.  
 Sonnabend, den 16. Oktober 1897.  
 Zum 1. Male:  
**Hôtel Tohu-Bohu.**  
 (L'Ange du Tohu-Bohu).  
 Baudeville in 3 Akten von Maurice Deonna. Deutsch von Viktor Léon.  
 Musik von Viktor Roge.  
 Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

### Central-Theater

Mlle. Jakobstr. 30.  
 Direction Richard Schultz.  
 Freitag, den 15. Oktober 1897:  
 Emil Thomas a. G.  
 Zum 42. Male:  
**Berliner Fahrten.**  
 Beste Kostümmittelstellung mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsb. d. Musik von Jul. Einöder.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

### Volks-Theater

im Welt-Restaurant  
 97. Dresdenstr. Straße 97.  
**Die Reckenburg.**  
 Silber und dem Berliner Volksleben von E. Ein.  
 Anfang: Sonntag 8 Uhr, Wochentag 7 1/2 Uhr - Entree: Sonntag 40 Pf., Wochentag 20 Pf.

### Feen-Palast

22 Burgstr. 22.  
 Erbt. Vergnügungsort Berlin  
 Direction:  
**Winkler und Fröbel.**  
 Fidele Troschensahrt.  
 Um 8 1/2 Uhr:  
**Richard Winkler**  
 und  
**Wilhelm Fröbel**  
 in der Berliner Gesangs-Gesellschaft.  
 Neue Spezialitäten.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 R. 50 Pf.

### Alcazar

Variété-Theater I. Rang.  
 Dresdenstr. 52/53. (City-Passage).  
 Rundenstraße 42/43.  
 Direction Richard Winkler.  
 Borneumster Familien-Aufführung.  
 Heute zum letzten Male:  
**Die Hosen aus dem Süden.**  
 Große Kostümmittelstellung mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerold.  
 Vorher:  
**Die fidele Troschensahrt**  
 oder: Wer lebt.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Heftvorteil Platz 50 Pf.

### Gebrüder Herrfeld's

I. Original-Budapester  
 Posen- u. Operetten-Theater in  
**Kaufmann's Variété.**  
 Die Welt geht unter.  
 Eine Partie Klabrias.  
 Lupas & Würtheim.  
 Oppenheim in der Logenloge.  
 Gefährliche Jungen.  
 Der Eierhändler.  
 In flagranti.  
 Endlich allein!  
 Diese mit so grossem Beifall aufgenommenen Herrfeld'schen „Original-Stücke“ werden  
 bei weitem übertroffen  
 von den gegenwärtigen  
**Saison-Schlagern**  
 Ein Abend im Wintergarten  
 und  
**Im Atelier.**  
 Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorn. 11 bis nachm. 5 Uhr Billeto-Vorverkauf ohne Aufgeld im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten.  
 Anfang 1/2 Uhr.  
 Kasseneröffnung 1/2 Uhr.

## Urania

Taubenstrasse 48-49.  
 Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.  
**Invalidenstrasse No. 57/62:**  
 Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.  
 Näheres die Tagesanschlüsse!

### Castan's Panoptikum.

Friedrichstr. 105.  
**Bärenweib**  
 die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!  
**Neu!** Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

### Passage-Panoptikum.

Nur noch kurze Zeit!  
**Indisches Dorf**  
 mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt  
 Money Toon.

### Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dr. G. Weisk.  
 Zum letzten Male:  
**Jugendbrunnen.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonnabend, zum 1. Male: Die Geislerglocke. Drama in 4 Akten von E. Mühlh.

### American-Theater.

Dresdenstr. 55.  
 Freitag, den 15. Oktober 1897:  
 Kolossaler Erfolg! Sturm. Weiss!  
 Berlin  
 wie's nächt und trennt.  
 Volksstück in 2 Akten v. E. Ein.  
 Musik von R. Schmidt.  
 Der Traum von Vahrenth.  
 Parod. Traumbild.  
 Hugo Schulz als Eremmit. Wally Smollin, Exzentriker-Soubrette.  
 Emmy und Ernst Wendentisch als Luftschiff-Gebäude.  
 Paul Bendix, Humorist.  
 Anfang der Vorstellungen:  
 Sonntag 7 1/2, Wochentag 8 Uhr.

### W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.  
 Täglich (außer Belästigungen):  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Badekuren.**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Ein Wort zu rechter Zeit.  
 Schwank in 1 Akt von E. Ein.  
 Das gestörte Mittagessen.  
 Volle mit Gesang und Tanz von G. Friedrich.  
 Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

### Victoria-Brauerei.

Ligustr. 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Heute,  
 sowie jeden Freitag u. Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Winkel, Pietro, Wittion, Steidl, Krenn, Köhl, Schneider und Schrader.)

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

**Sonnabend, den 16. Oktober,**  
 in der Brauerei Friedrichshain (früher Lips), am Königschor:  
**Vokal- u. Instrumental-Konzert**

angeführt von **Zivilberufsmuskern** unter Leitung des Herrn **Waldemar Guttman**, sowie dem **Berliner Männerquartett „Harmonie“**. 181/7  
 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**  
 Herren, welche an demselben teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang punkt 1/2 Uhr. Billeto 25 Pf.  
 Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt.  
 Billeto sind in allen Bahnhöfen, bei den Kassieren, sowie im Verbands-Bureau zu haben.  
 An der Kasse wird kein Billeto verkauft.  
 Die Verbandskasse müssen bis Mittwoch, den 13. Oktober, mit den Kassieren abgerechnet haben, andernfalls gehen die in ihren Händen befindlichen Karten als verkauft Die Ortsverwaltung.

### Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.  
 Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
 und  
**Humoristen.**  
 Heute Anfang 8 Uhr.  
 I. Rang u.loge 1 R., Sperrsitze 50 Pf. Entree und II. Rang 30 Pf.

### Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dr. J. Glöck.  
**Erna Koschel.**  
**Mr. Brown.**  
**Miss Marie Halton,**  
 amerikanische Operetten-Diva.  
**Mr. Rodo Leo Rapoll.**  
**Dagmar Hansen.**  
**Neun Heinzelmännchen.**  
**Flip, Flap, Flop!!**  
 Große Pantomime, angeführt von der **Joseph Photos-Troupe.**  
**Kinetograph**  
 etc. etc. etc.  
 Kassenöffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.  
**Täglich**  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Novitäten-Programm.**  
**Eugen Rosée.**  
 Der beste Künstler der Jetztzeit.  
 In Vorbereitung:  
**Wer ist der Vater?**  
 Lustspiel in 1 Akt von Paulitz.  
 Anfang: Wochentag 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

## Circus Busch

(Bahnhof-Bühne).  
 Freitag, den 15. Oktober,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Humoristischer Abend.**  
 Sämtliche Clowns in ihren besten Nummern. Zum 1. Male: Der Clown Dr. Boguslaw als Duellant. Zum 1. Male: Schneider Typ, fong. Scene der Welt. Price. Sign. Magrini als Spritzenmann. Elefant u. Pferd. Original-Dressur d. Sign. Corradini. Zum 1. Male: Der Tigerhengst „Garteln“, in eigenartiger Weise dressirt u. vorgef. von Herrn Paul. 10 trauehner Hoppbenke, in neuem Genre dress. u. vorgef. vom Dir. Busch. Austr. des Schilkeit. Dr. Footit-Burghardt. Morgen: Neues Programm.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

### Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.  
**Miss Salambo**  
 und  
**Clara Antoni**  
 die gezeichneten Schöneheiten  
 und  
**20 erste Spezialitäten.**  
 Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Post. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Morgen, Sonnabend:  
**Das grosse Programm**  
 u. einmaliges Gastspiel der  
**1. Original-Budapester Orpheum-Gesellschaft**  
 im Parterre-Saal:  
 2 Kapellen.

Unserem Freunde und Genossen, dem Restaurateur **Carl Gaede**, genannt **Wappenstich** oder **grober Karl**, Freundstr. 17, zu seinem heutigen Weggange die herzlichsten Glückwünsche.  
 Lieber Karl, Du bist ganz nett, doch abends bist Du öfters fett, drum laß das viele Trinken sein, Schenk's lieber Deinen Gästen ein.

### Alwin Menzel

am 11. d. Mt. verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Nachm. 5 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes (Hermannstraße) am Post. Die Arbeiter der Pianofabrik von Görs & Kallmann.

### Tankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Metallarbeiters **G. Jepp**, sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wohlverein des Berliner Arbeiter-Bundes meinen herzlichsten Dank. Die liebetrübte Witwe **Elisabeth Jepp** nebst Kind.